

Stephan Leibfried

"Die angepaßte Universität – Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und in den USA" (Suhrkamp FfM 1968)

Inhalt

I. Vom Elfenbeinturm zur Wissensfabrik 7
Bildungswesen und Industrialisierung 7
Technologischer Fortschritt und Kapitalismus 10
Neue Konzernformen: Makler des technischen Fortschritts 20
Westdeutsche Wirtschaft unter Druck 24
Öffentliches Elend bei privatem Überfluß 27
Mittel zur Kompression des Ausbildungsbereichs 29
Zur Industrialisierung der Universität 35
Zwei Phasen: Isolierung und Funktionalisierung 39
Die Einführung der Zwangsexmatrikulation 45
Tendenzen in der Bildungsökonomie 50
Zur Unterdrückung des Konflikts. Notizen über die Sozialisation der Studierenden 52

II Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums 56

Intensiv, zügig, straff, geführt 59
Die Aufbauelite 63
Der »Normalstudent« 67
Selbstrekrutierung der Ober- und Mittelschichten 72
Zwei-Stände-Universität 80
Der Wissenschaftsrat. Notizen zur Organisation 81
Der Dahrendorf-Plan und neuere Pläne. Erweiterte Modelle der Kompression 86
Folgen der Formierung 94

III. Die Wissensfabrik. Das Beispiel der Universitäten in den USA 99

Wie sich die Bilder gleichen 99
Von den »Classics« zur Wissensfabrik. Skizze einer historischen Entwicklung 101
Universität und Großindustrie 109
The Web 113
Das Unternehmertum im Lehrstuhl. Publish or perish 119
Im Reich der Verwaltung 124
Die Studenten: Proletarier in der Wissensfabrik 126
In loco parentis 130
Ansätze zu einer totalen Institution 137
Die Domestizierung der Studenten 140
California foreshadows the future 144

IV. Schlußbemerkungen über Emanzipation und

Indoktrinierung 151
Strategien der Absicherung 151

Nachbemerkung 156

Anhang 157

»Eine Wissenschaft, die in eingebildeter Selbständigkeit die Gestaltung der Praxis, der sie dient und zugehört, bloß als ihr Jenseits betrachtet und sich bei der Trennung von Denken und Handeln bescheidet, hat auf die Humanität schon verzichtet.« *Max Horkheimer*

I. Vom Elfenbeinturm zur Wissensfabrik

Das Beunruhigende an den sozialen Veränderungen, die derzeit in allen Gesellschaftssystemen stattfinden, ist, daß sie sich in der Regel einer festen Kontrolle entziehen; sie sind noch nicht hinreichend definierbar. Der Industrialisierungsprozeß bricht in gewohnte Lebensbezüge ein, trifft die auf überkommene Verhaltensweisen fixierten Individuen oft unvorbereitet und erzwingt zugleich, daß die eingerissenen menschlichen Beziehungen in einem veränderten Sozialzusammenhang neu gestaltet werden.

Die Probleme, die sich daraus ergeben, sind in ihrer allgemeinen Bedeutung vorläufig kaum abzuschätzen, nicht zuletzt deswegen, weil sich der soziale Gesamtzusammenhang, den sie signalisieren, erst einzustellen beginnt; er kann nur auf dem Hintergrund von Vorstellungen über die Zukunft selbst sichtbar gemacht werden. Diese ist mehrdeutig - je nachdem, welche der heute miteinander konkurrierenden Gesellschaftskräfte sich durchzusetzen vermögen.

Wo immer die Reform einzelner Institutionen diskutiert wird, stehen sich daher divergierende Standpunkte gegenüber. Bleibt die Argumentation dem traditionellen Selbstverständnis der in Frage stehenden Institution verhaftet, so führen auch die Reformvorschläge nicht über dieses Selbstverständnis hinaus. Statt zur Reform kommt es nur zur Beschreibung des zu Reformierenden. Nicht berücksichtigt wird dabei die Frage nach dem Beitrag, den die Institutionen im Rahmen einer fortschreitenden Demokratisierung der Gesamtgesellschaft zu leisten hätten.

Bildungswesen und Industrialisierung

Dies trifft auch für den Hochschulbereich zu. Margherita von Brentano hat für die Zeit nach 1945 drei Tendenzen in der Diskussion über die Reform der Hochschulen unterschieden:

7

1. Eine konservativ-reformatorische Tendenz, deren Motto der Göttinger Historiker Heimpel als »Bewahren und Ergänzen« formuliert hat. Sie wird im wesentlichen von den Universitäten selbst, jedenfalls von ihren offiziellen Organen und der Mehrzahl der Professoren, vertreten.

2. Eine funktionalistische Tendenz, die die Universitäten leistungsfähig für die bestehende Gesellschaft haben und primär auf diese Leistung verpflichtet will. Sie wird neuerdings, in zunehmender Konkurrenz zur ersten, insbesondere von Staat und Wirtschaft gegenüber der Universität vertreten.

3. Quer zu diesen beiden eine radikal progressive Tendenz, Wissenschaft und Hochschulen sowohl selbst zu demokratisieren als auch aus ihrer Verantwortung für die Demokratisierung und Rationalisierung (im Sinne des Vernünftigwerdens, nicht des reibungslosen Funktionierens) der Gesamtgesellschaft zu begreifen und zu erneuern. Sie wird vor allem von studentischen Gruppen vertreten, aber auch von einigen Hochschullehrern befürwortet (VI, 376); ihren konsequentesten Niederschlag fand sie in der vielbeachteten SDS-Denkschrift *Hochschule in der Demokratie (XXII)*¹.

Daß die funktionalistische Tendenz mehr und mehr in den Vordergrund rückt, läßt sich durch einen Vergleich der Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die vor den Neuordnungsempfehlungen im Mai 1966 veröffentlicht worden sind, mit eben diesen und denen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen vom Juli 1967 sowie dem Dahrendorf-Plan für die Hochschulorganisation in Baden-Württemberg (XV) feststellen. Waren die ersten Empfehlungen nach dem Motto »Bewahren und Ergänzen« auf die Vermehrung von Lehrstühlen und die Stärkung des Mittelbaus ausgerichtet, ohne dabei die herkömmlichen Strukturen von Forschung und Lehre (und des Lernens) anzutasten, so sind bei den neueren Vorschlägen - wenn dies auch selten offen gesagt wird - gerade diese Strukturen Gegenstand der Reform.

Die Gründe dafür, daß dieser Umschlag erst so spät eingesetzt hat, müssen in der bundesrepublikanischen Geschichte und in

¹ Die im Text zitierte Literatur ist im Anhang auf S. 159 ff. aufgeführt.

8

der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung der kapitalistischen Industrienationen nach 1945 gesucht werden.² Die Restauration der neuhumanistisch-idealistischen Universitätsidee des beginnenden 19. Jahrhunderts war durch eine Mißdeutung des Versagens der Universität gegenüber dem Nationalsozialismus begünstigt worden. Nachdem dies Versagen der moralischen Schwäche einzelner Professoren sowie dem Einbruch der Politik in den Universitätsbereich zugeschrieben worden war, lag es nahe, auf den alten Begriff von akademischer Bildung zurückzugreifen: ihr Wert wurde darin gesehen, daß in einem von den Interessen der Gesellschaft losgelösten Raum »zweckfrei« geforscht wird,

um so dem Individuum charakterformende geistig-sittliche Bildung zuteil werden zu lassen (XXVII, 120 ff.; VI, 376 f.)

Eine solche Bildungsidee setzt sowohl eine aristokratische Gesellschaftsverfassung voraus, welche einer Oberschicht die Möglichkeit einer von der Daseinsvorsorge entlasteten Lebensführung bietet - eine Voraussetzung, die auch zu Humboldts Zeiten mehr Ideologie als Wirklichkeit war -, als auch eine Trennung zwischen wissenschaftlicher Theorie und technisch-handwerklicher Praxis: die technischen Fertigkeiten, die zur Aufrechterhaltung der arbeitsteiligen Reproduktion der Gesellschaft erforderlich sind, sollen außerhalb des Bereichs theoretischer Reflexion vermittelt werden. Solange die Strukturen einer vorindustriellen Arbeitswelt funktionsfähig waren, konnte man auch davon ausgehen, daß diese Techniken in den gesellschaftlichen Institutionen »nach tradierten Mustern der Geschicklichkeit pragmatisch eingeübt wurden«.³

In dem Maße, in dem sich nun die deutsche Universität der Wiederherstellung ihres überkommenen Selbstverständnisses zuwandte, ignorierte sie den tiefgreifenden sozialen Umbruch,

2 Die Ausführungen über Bildungssystem und Industrialisierung, technologischen Fortschritt und Kapitalismus, neue Konzernformen, westdeutsche Wirtschaft unter Druck, öffentliches Elend bei privatem Überfluß stützen sich auf Diskussionen mit und Vorarbeiten von Rudolf Sinz.

3 Jürgen Habermas, *Vom sozialen Wandel akademischer Bildung*, in: *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule* (Hrsg. Stephan Leibfried), Köln 1967, S. 12.

9

in den der rasch fortschreitende Industrialisierungsprozeß sie hineinriß. (XXVII, 120). Daß Staat und Gesellschaft ihre Ansprüche nicht sofort anmeldeten, verdankten die Universitäten nicht den gewandelten politischen Verhältnissen, sondern ironischerweise den »Vorleistungen«, welche die nationalsozialistische Herrschaft der westdeutschen Wirtschaft zuspülte. Die während der NS-Epoche in staatliche Regie genommene Forschung, die Vermittlung technischer Kenntnisse, welcher die zur Kriegführung Herangezogenen und die Bevölkerung bedurften, und schließlich der bis 1961 anhaltende Zustrom von Flüchtlingen trugen dazu bei, daß der westdeutschen Gesellschaft zunächst nicht die fundamentale Bedeutung aufging, die dem Bildungssystem und den wissenschaftlichen Institutionen in der kapitalistischen Gesellschaft zukommt: die eines Lieferanten technischer Neuerungen und qualifizierter Arbeitskräfte, mit deren Hilfe der wissenschaftlich-technische Fortschritt profitabel verwertet werden kann.

Technologischer Fortschritt und Kapitalismus

Allen anderslautenden Behauptungen zum Trotz gelang es dem Kapitalismus bislang, die tödliche Krise zu verhindern, ohne allerdings seinen Grundwiderspruch lösen zu können; es ist jener des aufsteigenden Bürgertums, das »Gleichheit« fordert, ohne zu erkennen, daß seine eigene Stellung auf der Ausnutzung von Ungleichheiten basiert: insbesondere der Ungleichheit zwischen dem besitzlosen Proletariat und dem Reichtum der Feudalkaste. In den wankend gewordenen Feudalverfassungen, vor Anbruch des Zeitalters der Massenproduktion, bestand das Geschäft der Profitmacherei darin, die unterschiedlichen Lebenshaltungsniveaus des landflüchtigen Proletariates und des sich in prunkender Zurschaustellung gefallenden Adels gegeneinander auszuspielen; Gewinn ließ sich dadurch erzielen, daß dem Proletariat für seine Arbeitsleistung das kärgliche Existenzminimum gezahlt (Minimierung der Kosten) und dem Adel die durch Erbe und Kriegsbeute zugewachsenen Vermögen ausgenommen wurden (Maximierung der Preise). Noch konnten Arbeits- und Ab

10

satzmarkt verschiedenen Bevölkerungsgruppen zugeordnet werden, die nicht durch eine durchgängig arbeitsteilige Interdependenz in einen zwingenden Zusammenhang gebracht worden waren.

In dem Maße jedoch, wie diese Interdependenz sich herstellte und die Feudalverfassung zerrieben wurde, wie träges Grundvermögen gegenüber nach hektischer Vermehrung drängendem Industriekapital und Leistungseinkommen an Bedeutung verlor, war das kapitalistische System gezwungen, von Periode zu Periode selbst die Voraussetzungen für die Erzielung von Mehrwert zu schaffen. Hier nun erhalten die Löhne und Gehälter ihren widersprüchlichen Charakter: sind sie privatwirtschaftlich Teil der Kosten und somit für den einzelnen Unternehmer gewinnschmälernd, der sie deshalb auch zu senken sucht, so bilden sie in ihrer Gesamtsumme das Masseneinkommen und damit gesamtwirtschaftlich die entscheidende Voraussetzung für den Absatz der Produkte.

Denken wir uns zur Verdeutlichung des Problems eine kapitalistische Gesellschaft ohne Außenhandel. Für die Konsumgüterindustrie kann die Gesamtsumme der verdienten Löhne und Gehälter die profitgarantierende Funktion der Adelsvermögen übernehmen. Voraussetzung für die Profite ist ja allein, daß die Nachfrage größer ist als die Kosten der angebotenen Produkte. Die im Konsumgütersektor verdienten Löhne reichen jedoch nicht aus, die übrigen Kosten der Konsumgüterproduktion zu decken und den erwarteten Gewinn zu sichern. Es muß daher zusätzliche Nachfrage erzeugt

werden, die nur aus einem anderen Bereich der Wirtschaft kommen kann: von den Löhnen, die im Investitionsgüter-Sektor ausgezahlt werden.

Dadurch verschiebt sich die Lücke des Systems auf den Investitionsgüterbereich. Auch dessen Umfang ist abhängig von einer Nachfrage, die groß genug ist, um die anfallenden Kosten zu übersteigen und dadurch Gewinne entstehen zu lassen. Die Nachfrage kommt hier allerdings von Unternehmern und seit der Jahrhundertwende zunehmend auch vom Staat. Das Ausmaß, in dem Investitionen nachgefragt werden, hängt jedoch von den Profiten ab, die durch die Investitionen er

11

wirtschaftet werden sollen. Da diese aber letzten Endes wieder von Konsumenten erbracht werden sollen, klafft hier die Lücke.

Der kapitalistische Widerspruch stellt sich nun in der folgenden Weise dar: Unternehmen, die ausschließlich Konsumgüter herstellen, können nur dann einen Gewinn realisieren, wenn der Investitionsgütersektor eine bestimmte Größe erreicht hat. Andererseits hängt das Ausmaß der Investitionen von den Gewinnerwartungen der Unternehmer ab, die an die für den Konsum verfügbare Kaufkraft gebunden sind. Werden in ausreichendem Maße Investitionen vorgenommen, so zielen sie letztlich auf eine derartig starke Steigerung der Konsumgüterausbringung ab, daß diese von den Konsumenten nicht mehr zu gewinnbringenden Preisen aufgenommen werden kann. Kern aller Krisen bleibt, daß die Konsumenten das Ergebnis der Produktion kaufen müssen.

Die Schwierigkeit, die fabrizierten Produkte absetzen zu können, verschärft sich, weil die Wettbewerbsmärkte heute durch Oligopole ausgehöhlt sind. Auf Wettbewerbsmärkten besteht immerhin die Möglichkeit, daß die Unternehmungen, die mit den geringsten Kosten produzieren, im Markt bleiben und Teile ihrer Kostenreduzierung durch Preissenkungen an die Konsumenten weitergeben: wenn ein Konkurrent durch Rationalisierungsinvestitionen in der Lage ist, mehr Produkte zu niedrigeren Preisen anzubieten, so hat dies zur Folge, daß die unproduktivsten Überkapazitäten durch Konkurs der leistungsschwächsten Produzenten ausgeschaltet werden. Doch dieser Mechanismus der »schöpferischen Zerstörung«, durch den erst nachträglich durch Wertvernichtung eine Kapazitätsanpassung an den Markt erfolgt, ist ebenso irrational wie konzentrationsfördernd und führt über kurz oder lang zu oligopolistischen Verhältnissen, unter denen andere Gesetze gelten. Da hier Preiskämpfe in der Regel zu Pyrrhussiegen führen, werden gewöhnlich Absprachen getroffen, die Preise nicht zu senken. Sind durch Rationalisierungsinvestitionen Überkapazitäten aufgetreten, so werden diese nicht durch Preissenkung ausgeschaltet, sondern durch Verringerung der Ausbringungsmenge. Damit geht aber eine Einschränkung der Beschäftigungsquote einher, die gleichbedeu

12

tend ist mit einer Reduzierung der Masseneinkommen und so zu weiteren depressiven Tendenzen führt. Die Weltwirtschaftskrise illustriert diesen Sachverhalt.

John Strachey hat versucht, auch für den oligopolistischen Kapitalismus einen Mechanismus abzuleiten, der die Krise verhindert. Wenn die Märkte sich verhärtet haben und die Preisbewegungen nur noch nach oben ausschlagen, so können seiner Meinung nach die Produktionsvorteile durch den technischen Fortschritt auch ohne Preissenkung den Gewinnbeziehern entzogen werden: durch Lohnerhöhungen, die im Quasi-Oligopol am Arbeitsmarkt erkämpft werden. Er glaubte, zeigen zu können, »daß es gerade der Kampf der demokratischen Kräfte gegen den Kapitalismus war, der dem System das Fortbestehen ermöglichte«. Der Kampf um höhere Löhne habe die Absatzmärkte für Fertigprodukte offengehalten, die ein sich selbst überlassener Kapitalismus zerstört hätte.⁴ So richtig es ist, daß diese Strategie den Spielraum kapitalistischer Betätigung vergrößerte, so kann doch keine Rede davon sein, daß damit der Grundwiderspruch gelöst ist. Solange Kapitalismus eine Veranstaltung zur Erzielung von Profiten ist, bestünde eine Lösung erst dann, wenn die Marktausdehnung, die durch die höheren Lohnzahlungen geschaffen wird, ausreichte, um den durch Rationalisierungsinvestitionen geschaffenen zusätzlichen Output aufzunehmen, und zwar in einem Umfang, der den bisherigen und einen zusätzlichen Gewinn garantieren würde.

Das aber setzte voraus, daß die durch den technischen Fortschritt bewirkten Kosteneinsparungen bei der für die Gewinnerzielung notwendig abzusetzenden Menge größer wären als die dafür aufgewandten zusätzlichen Löhne, und daß die notwendig abzusetzende Menge, die den alten und den Zusatzgewinn (ohne den keine Rationalisierungsinvestition durchgeführt wird) garantiert, bei den herrschenden Marktpreisen allenfalls jenes Umsatzvolumen ergäbe, das sich mit den zusätzlich ausgezahlten Löhnen und Gehältern deckt.

Dieses Gleichgewicht ist nun aber nicht herzustellen. je mehr der technische Fortschritt wirtschaftlich verwertet wird, um

13

so größer ist der Produktionssteigerungseffekt von Rationalisierungsinvestitionen. Daß die Produktion trotzdem nicht zusammenbricht, wird in der Nachfolge von Keynes mit der Ausreifungszeit von Investitionen erklärt. Damit ist gemeint, daß die Errichtung von Anlagen eine beträchtliche Zeitspanne in Anspruch nimmt, bis sie selbst in den Produktionsprozeß eingesetzt werden können und ihre kapazitäts- und damit outputsteigernde Wirkung zur Geltung kommt. Im Gegensatz dazu wirkt sich ihr Einkommenseffekt sofort aus, also die Tatsache, daß zur Erstellung laufend Löhne gezahlt werden, die sofort nach Auszahlung nachfragewirksam auf dem Konsumgütermarkt werden.

Die Folgen dieser Ungleichzeitigkeit zwischen der Auswirkung des Kapazitätseffektes und des Einkommenseffektes vermögen das Geheimnis des »wirtschaftlichen Wachstums« als dem obersten Ziel westlicher Wirtschaftspolitik zu erhellen. Solange ein Wachstum gegeben ist, besteht die Chance, daß zu dem Zeitpunkt, wo sich der Kapazitätseffekt einer Investition auf dem Markt auswirkt, schon wieder neue Investitionen vorgenommen werden, deren Einkommenseffekt garantiert, daß die erste Investition tatsächlich gewinnträchtig wird. Ist dieses Ineinandergreifen gewährleistet, so auch der Gewinn. Allerdings läuft dann die Profitmacherei nach dem Prinzip der Wechselreiterei unendlich in die Zukunft hinein, wobei es zur Spielregel gehört, daß nicht nur neue Investitionen vorgenommen werden, sondern diese stetig wachsen. Denn die Ungleichzeitigkeit von Einkommens- und Kapazitätseffekt ist asymmetrisch. In dem Augenblick, wo die Zuwachsrate der Investitionen zurückgeht, fallen die Einkommen sofort absolut zurück, während die Kapazitäten nur in ihrer Zuwachsrate, also relativ, zurückgehen.

Haben die bisherigen Überlegungen gezeigt, daß eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums in der Lage ist, die Lösung des Grundwiderspruchs im kapitalistischen System auf die Zukunft zu verschieben, so steht doch immer noch die Antwort aus, wie denn erreicht werden kann, daß die Unternehmer zusätzliche Investitionen vornehmen. Diese Frage berührt den Zusammenhang von wirtschaftlichem Wachstum und technisch-wissenschaftlichem Fortschritt.

14

Es ist möglich, durch staatlichen Konsum teilweise die Beschränkungen des privaten Konsums aufzuheben. Zwar ist es richtig, daß die Staatsausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt werden müssen, die von den verdienten Einkommen erhoben werden; doch der Mechanismus der Steuerbeschaffung ist so gestaltet, daß in einer wachsenden Wirtschaft der Anteil der Privatwirtschaft am Sozialprodukt nicht in dem Maße schwinden muß, wie staatliche Stellen aktiv werden. Vielmehr können sowohl der private Anteil als auch der staatliche Anteil steigen; werden durch staatliche Ausgaben bisher unausgenutzte Produktionskapazitäten in Betrieb genommen und im Monopolkapitalismus sind brachliegende Kapazitäten die Regel - so entstehen dadurch neben zusätzlichen Löhnen Gewinne, die wegen der schon vorhandenen Anlagen stärker steigen als die Nachfrage insgesamt. Da die Gewinne zudem von der Steuerprogression erfaßt werden, ergibt sich der Hauptanteil der Steuereinkommen aus den Gewinnen. Dem Nachfragepotential des Staates, das dieser durch die zusätzlichen Steuern gewinnt, stehen dann immer noch zusätzliche Gewinne und ein erweiterter Konsumentenmarkt gegenüber (IV, 147, 161 f.).

Der Tendenz nach wird so der Staatshaushalt zu einem Fonds, aus dem Nachfrage mobilisiert wird, die sowohl aus Gewinnen stammt, als auch selbst durch eine - aufgrund der staatlichen Nachfrage - erhöhte Beschäftigung zusätzliche Gewinne entstehen läßt. Die Nutzung der Möglichkeiten, die diese neue Nachfragequelle bietet, führt freilich zu einer entscheidenden Transformation des Kapitalismus: die Erzielung von Gewinnen bleibt nicht mehr allein an die Bedürfnisse der Konsumenten gebunden - Bedürfnisse, die ohnehin schon lange in stärkerem Maße aufgezwungen als befriedigt worden waren -, vielmehr erweitern sich die Produktionsziele um die Wünsche und Probleme, welche der Staatsapparat erfüllt und gelöst wissen will. Es ist kein Zufall, daß der Aufbau des amerikanischen Verteidigungssystems diese Transformation eingeleitet hat.

Im Gegensatz zu anderen öffentlichen Projekten wirkt sich die Rüstungsindustrie weder in unerwünschter Weise auf die Sozialstruktur aus, noch besteht die Gefahr, daß durch die

15

öffentlichen Aufträge einem bisher der Privatwirtschaft vorbehaltenen Markt Konkurrenz entstände. Vielmehr koinzidieren hier die politischen mit den ökonomischen Interessen. Die Rüstungspolitik wirkt durch zusätzliche Beschäftigung und steigende Gewinne innenpolitisch - insbesondere für die Schwerindustrie, die durch die Umstellung nach dem Krieg in Schwierigkeiten geraten war ebenso systemerhaltend, wie die zur Eindämmung des Sozialismus betriebene »Sicherheitspolitik« bestehende oder zukünftige Absatzmärkte zu sichern in der Lage ist und dafür sorgt, daß die von der Rüstungswirtschaft benötigten Rohstoffe beschafft werden können (IV, 173 f., 181 ff.)

Die Entwicklung, die sich in den USA vollzogen hat, ist in unserem Zusammenhang aus zwei Gründen wichtig: wegen

der Ausdehnung der Einflußsphäre der USA und wegen der Entscheidungen, die hinsichtlich der Verwertung des technischen Fortschritts getroffen wurden.

Die Bedeutung, die dem Ausbau großer Forschungszentren wie der RAND-Corporation zukommt, liegt weniger in der intensiven Erforschung einzelner Phänomene mit dem Ziel, völlig neue Produkte zu erfinden, als vielmehr in der Entwicklung neuer Kategorien für Problemlösungen im Sinne der Ermittlung von technischen und von Ablaufsystemen. Herbert Gross bezeichnet das Systemdenken als »eine technische Neuerung in sich selbst; es beruht auf der Erarbeitung einer optimalen Problemlösung aus vielen Bausteinen« (XII, 49).

Der Ausbau der Systemforschung verändert den Charakter der Auftragsforschung. Weil es sich hier um komplexe Systeme handelt, ist es unmöglich, präzise umschriebene Aufträge zu vergeben; vielmehr verbinden sich Wissenschaftler, Unternehmer und Staatsbeamte zu einer organisatorischen Synthese, wobei es z. B. den Beamten des amerikanischen Verteidigungsministeriums nicht mehr selbst möglich ist zu sagen, was sie benötigen, sondern es ein Teil der Aufgabe der »betrauten Unternehmung« ist, dazu Vorschläge zu unterbreiten (XII, 31). Industrieunternehmen ihrerseits sind dazu jedoch nur in der Lage, wenn sie selbst über ein Team von entsprechend hochqualifizierten Wissenschaftlern verfügen, die die bereitstehenden technischen Kenntnisse zu einer

16

für den Auftraggeber akzeptablen Lösung zusammensetzen. Damit verkauft aber das Unternehmen nicht mehr allein die zu erstellenden Produkte, sondern auch den erarbeiteten Lösungsvorschlag: »Im Grunde wird die Offerte die Lieferung. In der Erarbeitung der Problemlösung können 25 bis 50% des gesamten Umsatzes stecken. Die Offerte ist gleichsam die eigentliche Produktion; die Produktions- und Lieferkosten werden fast zu Anhängseln. Deshalb muß der Kunde selbst einen Großteil der Offerten und Erarbeitung mitbezahlen, wie dies im Rüstungs- und Weltraumsektor bereits der Fall ist« (XII, 27).

Systemanalyse und System-Management bleiben freilich nicht auf den Bereich der Rüstung und der Weltraumforschung beschränkt, sondern finden in der zivilen Wirtschaft als Unternehmensforschung und in Form systematisierter Methoden des Marketing vielfältige Verwendung. Mit diesen Instrumenten läßt sich intensivieren, was die kapitalistische Wirtschaft immer schon tat - den Prozeß der von Schumpeter so genannten »schöpferischen Zerstörung« voranzutreiben, also das zum Prinzip zu machen, was den ökonomischen Kern der Rüstungswirtschaft bildet: Destruktion, und zwar nicht nur im Falle von Kriegen, sondern schon durch die Produktion von Rüstungsgütern selbst. Denn durch die naturwüchsige entbundene Intensivierung des technischen Fortschritts wird eine stetige Entwertung der Waffensysteme erzeugt, also nicht erst durch ihren technischen Verschleiß, sondern bereits durch die produzierte Abwertung, die ökonomisch zur Folge hat, daß der Bedarf an Rüstungsgütern auch ohne Krieg immer wieder erneuert wird - und damit die Gewinnquellen.⁵

Zerstörung dieser Art läßt sich auf den Investitionsgütermarkt leicht übertragen. Solange monopolistische Bedingungen auf einem Markt vorherrschen, bedeutet jede Einführung kostensparender Produktionsverfahren einen Zusatzgewinn,

⁵ Wie entscheidend die Erweiterung des Marktes für die Beteiligten ist, wird durch folgende Tatsachen deutlich: 1961 entfielen drei Viertel des gesamten Rüstungsbudgets der USA (21 Mrd. US-Dollar) auf 100 Großgesellschaften, 7,6 Mrd. US-Dollar wurden allein von 10 Konzernen vereinnahmt, darunter drei Gesellschaften, die je über eine Mrd. US-Dollar erhielten (IX, S. 62).

17

der aufgrund der nicht flexiblen Preise der Produkte erzielt werden kann. Die Einführung der neuen Verfahren wird erleichtert, wenn die Abschreibungspraktiken darauf abgestellt sind, mit einem raschen wirtschaftlichen Verschleiß der Anlagen zu rechnen, und wenn die Abschreibungssätze bei der Preispolitik berücksichtigt sind. Die intensivierte Anwendung des technischen Fortschritts im Investitionsgütersektor bedeutet nun, daß Forschungsteams systematisch den Markt nach Lücken absuchen, um mögliche Gewinnchancen für die Käufer von Anlagen zu finden. Dadurch werden nicht nur zusätzliche Profitquellen erschlossen; diese Praxis verhindert auch, daß die Automation sich in Richtung auf eine dem technischen Wissensstand entsprechende Befreiung der Bevölkerung von dem Zwang der materiellen Reproduktion auswirkt - durch Zerstörung alter, aber noch brauchbarer Praktiken und bestehender Märkte.

Der Spielraum der kapitalistischen Expansion ist damit abermals erweitert, und zwar in einer Weise, die dem Mechanismus des Wachstums entgegenkommt. Indem Probleme gesucht und gelöst werden, welche die Kaufbereitschaft nicht von Konsumenten, sondern von Produzenten hervorlocken, die nach einer Anlage ihrer Gewinne suchen, wird nicht nur vorhandene Kaufkraft in Kaufbereitschaft umgewandelt, sondern auch eine Kaufbereitschaft mobilisiert, die ihrerseits neue Investitionen erforderlich macht und damit zusätzliche, wachstumssteigernde Kaufkraft erzeugt (XII, 30). Damit ist das Kunststück geschafft, durch neue Investitionen die rückläufige Beschäftigungsquote - bedingt durch immer stärkere technische Innovation - aufzufangen, allerdings nicht, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen, sondern um durch immer neue Zerstörung nicht nur dem individuellen Konsum »dienender«

Produkte, sondern in erster Linie ganzer Produktionsanlagen und der in sie eingegangenen Techniken, Produktionsziele zu verfolgen, denen das Produkt gleichgültig und die Profitmacherei endgültig zum Selbstzweck geworden ist.

Die Quelle neuer Profite verschiebt sich so mehr und mehr auf die Leistungsfähigkeit der technologischen Wissensproduktion, die als »dritter Faktor« die anderen beiden Wachs

18

tumsfaktoren Kapital und Arbeit in den Hintergrund drängt. Auf diesem Hintergrund wird dann auch deutlich erkennbar, warum die Forderungen, die Weltraumforschung zu intensivieren, nicht abreißen. Der Grund ist offensichtlich: »Heute nähern wir uns einem Zustand, in welchem große Kriege zu riskant werden, weil sie die Existenz der Menschheit bedrohen. Also geht es um den Ersatz kriegswirtschaftlicher Aufgaben« (XII, 39), Wernher von Braun ist einer der vielen Propagandisten der Weltraumforschung. Seine Begründung für den Ausbau dieses Forschungszweiges lautet, daß von ihm technologische Anregungen ausgehen, die organisatorische und wirtschaftliche Impulse nach sich ziehen, ohne die heute kein hochzivilisiertes Land mehr auskommen kann.⁶

Damit ist jedoch erst ein Teil der Konsequenzen des technischen Fortschritts beschrieben. Wenn auch größere Spielräume für die Kapitalverwertung im Binnenmarkt geschaffen wurden, so bleibt doch immer noch der Druck des Produktionspotentials auf die Konsumentenmärkte. Die Kehrseite des so in Regie genommenen technischen Fortschritts bleibt der Imperativ seiner Verwertung: »Mach' andere reich, damit du selber reicher wirst«, wobei >reich machen(nicht nur als Verfügungskönnen über Einkommen verstanden werden darf, sondern auch als Verfügungsmüssen über die angebotenen Produkte. Konsumenten müssen sich zu >Konsumgemeinschaften< gruppieren, die zusammengehalten werden durch gemeinsame Interessen und gemeinsame Freizeit- und Konsumstile, wenn die Möglichkeiten der Massenproduktion ausgenutzt werden sollen.^{6a} Wegen der immens gesteigerten Produktionsmöglichkeiten gilt dieser Imperativ nicht nur dem Konsumenten am amerikanischen Binnenmarkt, sondern auch für die Auslandsmärkte. Nun eignen sich jedoch für das Geschäft des Reichmachens nur Auslandsmärkte in solchen Ländern, die ebenfalls von reichen Nachbarn leben, also von Gesellschaften mit kapitalistischem Wirtschaftssystem, die deswegen

⁶ *Die Forschung braucht mehr Geld*, Bericht über die Feier zur Verleihung der Goldenen Wilhelm-Bölsche-Medaille an Wernher von Braun, in: *Handelsblatt* vom 14. 3. 67

^{6a} Herbert Gross, *Kein Reichtum ohne Reichtum aller*, in: *Handelsblatt* vom 13./14. 10 67

19

auch ausländischen Lieferanten den Zutritt zu ihren eigenen Konsumentenmärkten gestatten. Eine Vermehrung sozialistischer Gesellschaften schöbe dem einen Riegel vor, weshalb die militärisch abgedeckte Sicherung einer Einflußsphäre der USA für deren Wirtschaftssystem funktionsnotwendig ist. Und dies ist der zweite Grund, warum die Folgen der amerikanischen Rüstung interessieren.

Neue Konzernformen. Makler des technischen Fortschritts

Das Prinzip der Wechselreiterei, dem die Profitwirtschaft gehorchen muß, ist nicht ohne Gefahr. Doch findet die kapitalistische Unternehmung auch hier einen Modus der Risikoverteilung. So wie die Investmentgesellschaften ihr Kapital auf die verschiedenen Branchen verteilen, so nimmt der amerikanische Mammutkonzern in doppelter Weise eine Risikoverteilung vor: einerseits baut er ein multinationales System von Filialen auf, mit dessen Hilfe die Gewinnchancen verschiedener Länder ausgenutzt und ausgeglichen werden, andererseits beteiligt er sich selbst als »Makler des technischen Fortschritts« durch eigene Forschungsabteilungen an der technischen Entwicklung und deren Verwertung auf den Märkten. Beides setzt ihn in die Lage, verstärkt zu exportieren und im Ausland Unternehmen zu gründen. »Die multinationale Unternehmung kauft, produziert, verkauft, forscht und finanziert nach globalen Dispositionen. Für Weltunternehmen dieser Art ist charakteristisch, daß der Inlandsmarkt eine wichtige, oft auch eine entscheidende Basis darstellt, aber keineswegs der absolut richtungsweisende Faktor ist. [...] Gut die Hälfte der 500 größten US-Unternehmen haben bedeutende Produktionsinteressen im Ausland. Ihr Gesamtwert beträgt rund 50 Milliarden Dollar. Bei einer ganzen Reihe dieser Großunternehmen befindet sich wenigstens ein Drittel des Gesamtvermögens außerhalb der USA. Eine noch größere Anzahl von Firmen erwirtschaftet mehr als ein Drittel des Gewinns im Ausland. Im Instrumentarium der multinationalen Unternehmung sind Exporte aus dem US-Mutterland nur noch >innerbetriebliche Lieferungen< von Muttergesellschaft

20

schaften an ihre Auslandstöchter. Auf dieses Phänomen stützt sich die These, daß Auslandsinvestitionen Exporte nicht nur weitgehend ablösen, sondern insbesondere auch neue Exportgeschäfte auslösen. Solche Lieferungen amerikanischer Mütter an ihre Töchter erreichen gegenwärtig rund 6 Milliarden Dollar jährlich oder, anders ausgedrückt, rund 25

Prozent der US-Warenexporte werden von amerikanischen Tochterfirmen, Filialen usw. im Ausland geordert. Schließlich werden die Erzeugnisse der ausländischen Tochtergesellschaften nicht nur in den betreffenden Gastländern verkauft, sondern auch in Drittländer exportiert, wobei die Firmen dann in den Genuß der bestehenden Exportförderungsmaßnahmen, der Handelsbeziehungen oder Verrechnungsvereinbarungen kommen« (XXVIII, 715 f.).⁷

Die Vorteile dieser Konzernform sind vielfältig. Unter straffer einheitlicher Leitung und einer unvorstellbaren Eigentumskonzentration - Matthias Schmitt: »Die Zeiten für weltfremde Betriebsgrößenromantik sind vorbei« (XXVIII, 714) - nisten sich die Tochterfirmen fest in den Wirtschaftsverhältnissen der besetzten Länder ein. Sie erschließen sich nicht nur die dortigen Absatzmärkte, sie sichern sich nicht nur die Rohstoffe; der größte Vorteil besteht darin, daß sie die sich entwickelnde Konkurrenzfähigkeit anderer Staaten unterlaufen, indem sie nicht mehr die mit hohen Löhnen in den USA produzierten Güter exportieren, sondern die Produktionsstätten selbst an die Stätte billiger Arbeitskräfte verlegen. Unter Ausnutzung des Lohngefälles und mit Hilfe massiver Repressionen, die zum Grundbestand des organisatorischen know-how der Unternehmensführung gehören⁸, produzieren sie in den okkupierten Ländern nicht nur die einstigen Exportgüter, sondern ebenso einträgliche Gewinne,

⁷ Der Verfasser, Matthias Schmitt, ist seit 1961 Vorstandsmitglied der AEG, die der multinationalen Familie von General Electric angehört. Schmitt promovierte 1940 mit einer Dissertation *Funktion und Bedeutung der Kolonien*.

⁸ So berichtet der *Spiegel* (XXX, 63): »Als die amerikanische Direktion der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere-Lanz AG den Arbeitern die Frühstückspause kürzte, traten sie so lange in Streik, bis sie wieder in Ruhe frühstücken durften.« Die *Gewerkschaftspost* bei Procter

21

die dann wieder dazu verwendet werden, jene Spitzenprodukte, die durch die intensiviertere Forschung in den USA hergestellt wurden, zu Weltmarktpreisen abzunehmen.

Der Export der USA verlagert sich damit auf die technischen Neuerungen. Deren laufende Produktion wird von einem anderen Teil des Konzerns garantiert, der sich auf marktorientierte Forschung und Entwicklung spezialisiert hat. Einer dieser Konzerne, Litton Industries, gibt an, daß er einen hochqualifizierten Forschungsstab unterhält, der -bewußt klein gehalten - aus Markt- und Problemforschern einerseits und Spezialisten für »Industrial Engineering«, die für die Entwicklung neuer Produktionsverfahren zuständig sind, andererseits besteht. Aufgabe dieser Gruppe ist es, die verschiedensten Techniken aufzugreifen und mit ihnen marktfähige Produkte zu entwickeln (XII, 26). Textron, ein anderer Konzern, unterhält einige Dutzend BranchenAbteilungen; Abteilungen, die nicht in der Lage sind, die geforderte Kapitalverzinsung von 25 Prozent zu erwirtschaften, werden aufgelöst, und das freiwerdende Kapital wird in gewinnversprechende Wachstumsabteilungen investiert. Allgemein kann die Spitze solcher Konzerne gekennzeichnet werden als eine »Synthese von Wissenschaft, Unternehmerteil und moderner Organisation, gesteuert durch marktorientierte Ergiebigkeit«.^{8a}

Bereits an dieser sehr groben Skizze läßt sich die große Hoffnung der amerikanischen Wirtschaftsoligarchie und ihrer ausländischen Statthalter für die Zukunft des Kapitalismus ablesen. Unter der Voraussetzung, daß es den westlichen Militärbündnissen gelingt, die kapitalistische Einflußsphäre zu sichern, entsteht ein dichtes Geflecht von Firmen, die auf

& Gamble in Worms wurde von der Direktion bis zur Aufhebung des Verdicts durch das zuständige Arbeitsgericht verboten, weil sie geschrieben hatte: »Die Einführung einer betrieblichen Strafjustiz [...] mit selbstherrlichen Maßregelungen in Stufen ist wohl das schlimmste, was man auf diesem Gebiet heute in Deutschland diesseits der Zonengrenze antrifft.«

^{8a} Herbert Gross, *Was steckt hinter den Konglomeraten?*, in: *Handelsblatt* vom 8. 3. 67. Er schreibt dort, daß jede der 2,8 Abteilungen, die dem Konzern Textron Inc. angehören, das angelegte Kapital mit 25 Prozent verzinsen muß. Gelingt das nicht, so wird die Abteilung abgestoßen.

22

allen Märkten operieren, Kauf- und Arbeitskraft verwerten und durch die erzielten Gewinne sich gegenseitig beliefern. Mitunter geben Angehörige der Oligarchie ihre Zukunftsvisionen preis; sie halten es für möglich, »daß in den nächsten zwanzig Jahren 600 bis 700 große multinationale Firmen den größten Teil der weltwirtschaftlichen Umsätze auf sich vereinigen« (XII, 264).

Mit diesem Ausblick auf die Mammutunternehmen mag sich der Kreis unserer Betrachtungen schließen. Wir greifen die anfängliche Frage wieder auf, welche Anforderungen die »nachindustrielle« kapitalistische Gesellschaft an ihre wissenschaftlichen Bildungsinstitutionen stellt. Mit zunehmendem Tempo des kapitalistisch verwerteten technischen Fortschritts benötigen die Großunternehmungen eine wachsende Verwaltung dieser technischorganisatorischen Systeme, eine »Technostruktur«, die von der Managementspitze bis zu den »white« und »blue collar workers« herunterreicht. Dieser Verwaltungsapparat ist, der geforderten technisch-wissenschaftlichen Vorbildung seiner Funktionsträger wegen, die in der Lage sein müssen, an ihrem jeweiligen Platze die Zusammenhänge zu erfassen, um die technologisch erarbeiteten Kenntnisse zu aktualisieren, in starkem Maße von dem Angebot der Bildungs- und Forschungseinrichtungen abhängig geworden. Obwohl von den Arbeitskräften verlangt werden muß, daß sie an ihrer Stelle im Produktionsprozeß die Zusammenhänge erkennen müssen, so dürfen sie andererseits doch nicht auf feste, unter Kategorien eines abgrenzbaren Berufes zu fassende Wissensbestände spezialisiert sein; ihre Spezialisierung hat

allein darin zu bestehen, rasch zu lernen und rasch zu vergessen, um in dem ununterbrochenen Umwertungsprozeß fungibel zu bleiben.

Neben diesen - als »Techniker« zu bezeichnenden - Arbeitskräften werden in zunehmendem Maße technologische Fachleute gebraucht, die die Forschungsprozesse steuern, aus dem jeweils gegebenen Wissensfundus Synthesen erstellen und ihre synthetischen Leistungen in die Informations- und Entscheidungsprozesse des »Top-Managements« einbringen.

Wie sehr die Reformpläne für die bundesrepublikanischen Hochschulen auf eine Anpassung an diese funktionalen Erfor-

23

dernisse des nachindustriellen Kapitalismus zugeschnitten sind, zeigt das Studium des Dahrendorf-Planes, der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung des Studiums und der Forderungen von Wirtschaftsverbänden, die täglich in den Zeitungen zu finden sind. Lassen wir statt anderer einen jener Nationalökonomien zu Wort kommen, die sich schon früh mit der Bildungsökonomie beschäftigt haben, Gottfried Bombach: »Was wir brauchen, ist kein Abgehen von der expansiven Bildungspolitik, sondern eine Änderung ihrer Struktur. [...] Mir scheint nötig: 1. eine entscheidende Anhebung der Qualitäten im Bereich der herkömmlichen berufsspezifischen Ausbildung. Der qualitative Nachholbedarf gegenüber amerikanischen Spitzenuniversitäten ist ungeheuer. 2. Schaffung der Möglichkeit einer nicht eindeutig berufsorientierten Ausbildung auf höherem Niveau analog der amerikanischen College- Stufe. Mit der College-Stufe (Dahrendorfs unglücklich benanntes »Kurzstudium«) sollen jene allgemein gut ausgebildeten, flexiblen jungen Leute herangebildet werden, die der hochkomplizierte und sich in seiner Struktur schnell ändernde moderne Reproduktionsprozeß benötigt.«⁹

Läuft die Hochschulreform darauf hinaus, daß »der Kultusminister zum Erfüllungsgehilfen des Wachstumspolitikers«¹⁰ wird? Es bleibt zu prüfen, warum erst zu Beginn der sechziger Jahre diese Reformtendenz zum Durchbruch kommen konnte.

Westdeutsche Wirtschaft unter Druck

Wenn die Verwertung wissenschaftlich-technischen Fortschritts in zunehmendem Maße zur entscheidenden Wachstumsquelle

⁹ G. Bombach, *Brief an die Studiengesellschaft zur Förderung der angewandten Sozial- und Wirtschaftswissenschaften GmbH* vom 15. 8. 1967, abgedr. in *Stagnationsbekämpfung und Finanzreform*, hrsg. vom Adressaten, Lübeck 1967, S. 151 f.

¹⁰ Erich Preiser, *Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und Notwendigkeit*, Vortrag, geh. anlässlich der Entgegennahme des Reuchlin-Preises der Stadt Pforzheim, Pforzheim 1967, S. 25.

24

wird, so hat das Folgen für die Stellung der Bundesrepublik unter den kapitalistischen Ländern. Bei der hohen Exportorientierung, der die Bundesrepublik unterliegt - das Exportvolumen ist von 17 Mrd. DM bzw. 13 Prozent des Bruttosozialproduktes im Jahre 1952 auf nahezu 30 Mrd. DM bzw. über 20 Prozent im Jahre 1967 gestiegen - muß sich dies in erster Linie auf dem Exportmarkt auswirken. Die entscheidende Frage ist, ob die Bundesrepublik in der Lage ist, bei der eben gezeigten neuen Art von Weltwirtschaftspolitik durch Direktexporte mitzuhalten.

Während die westdeutschen Investitionen im Ausland Ende 1966 rund 10 Mrd. DM betragen, steigerten US-Unternehmen ihr Auslandsvermögen von 7,2 Mrd. Dollar 1946 über 40,6 Mrd. Dollar 1963 auf 64,4 Mrd. Dollar 1966. Während die USA aus ihrem Auslandsvermögen 1966 5,5 Mrd. Dollar Erträge erzielten, belaufen sich die Schätzungen bezüglich der bundesrepublikanischen Erträge auf 500 Mill., woraus die wesentlich höhere Verzinsung amerikanischen Kapitals ersichtlich wird. Außerdem investierten die USA in den letzten fünf Jahren rund 17 Prozent ihres Ausfuhrvolumens jährlich im Ausland, die Bundesrepublik hingegen nur knapp 2 Prozent. Schließlich lassen sich die privaten Direktinvestitionen noch zu den gesamten Nettoinvestitionen der Jahre 1962 bis 1966 in Beziehung setzen, woraus sich ergibt, daß die USA 9 Prozent, die BRD 2 Prozent für Investitionen im Ausland verwenden (XXVIII, 711 ff; IV, 191).

Der europäische Markt übte seit Beginn der sechziger Jahre eine besondere Anziehungskraft aus. Gegenüber den Durchschnittsprofiten von 9 Prozent auf dem amerikanischen Markt betragen sie hier 12 Prozent; neben dem niedrigen Lohnniveau wirkte sich auch die Überbewertung des Dollars aus, dem ja schon lange nicht mehr DM 4, sondern DM 2,50 bis DM 3 entsprechen. Im gesamten EWG-Markt stieg das Investitionskapital der USA von 6,7 Mrd. DM auf 16,6 Mrd. DM im Jahre 1965 an, wobei die BRD als bevorzugtes Investitionsland betrachtet wurde: hierzulande kletterte der amerikanische Kapitalbestand von 2,3 Mrd. DM 1957 auf 9,2 Mrd. DM 1965 (XXX, 49 f.)

Die westdeutsche Wirtschaft sah sich so einem doppelten Druck ausgesetzt: die amerikanischen Konzerne machten sich sowohl im Ausland als auch im Inland als harte Konkurrenten bemerkbar. In dem Maße, wie der Druck spürbar wurde, setzten denn auch die ersten Untersuchungen über die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Forschung und Entwicklung in den USA und der BRD ein.

Sowohl bei Vergleichen der in der Forschung und Entwicklung tätigen Wissenschaftler als auch bei den finanziellen Leistungen zeigt sich absolut wie in der relativen Verteilung, daß das Forschungspotential der USA, speziell der US-Industrie, unvergleichbar größer ist. So wandte die BRD 1964 für Forschung insgesamt 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts auf oder rd. 6 Mrd. DM, die USA hingegen 3,5 Prozent oder 19 Mrd. Dollar. Davon wurden in der BRD im Bereich der Wirtschaft rund 55 Prozent, innerhalb der Hochschulen etwas über 1 Mrd. oder rund 18 Prozent und von staatlichen Forschungsstellen und Organisationen ohne Erwerbscharakter 27 Prozent ausgegeben. Die entsprechenden Zahlen für die USA sind: 73 Prozent, 10 Prozent und 17 Prozent. Wird bereits hier das Übergewicht der Industrieforschung sichtbar, so erst recht, wenn die Aufbringung der Mittel aufgedeckt wird. Dabei zeigt sich nämlich, daß von den 13,4 Mrd. Dollar, welche in den USA für Industrieforschung verwandt worden sind, nur 5,8 Mrd. von der Industrie selbst aufgebracht wurden; 7,6 Mrd. oder 57 Prozent trug der Staat bei. Demgegenüber war in der BRD der Anteil der staatlichen Mittel an der Industrieforschung 1964 mit rund 500 Millionen DM über 15 Prozent nicht hinausgelangt.

Ähnlich fällt die personelle Bilanz aus. Während (nach Schätzungen) auf 1000 Erwerbsfähige in der BRD 3,9 Wissenschaftler und wissenschaftliche Hilfskräfte kommen, beträgt die Quote in den USA 10,4. Die rund 50 000 forschenden Wissenschaftler der BRD sind zu 15 Prozent in staatlichen und sonstigen Organisationen, zu 52 Prozent an Hochschulen und Universitätskliniken und nur zu 33 Prozent in der Industrie tätig, während von den 400 000 bis 500 000 amerikanischen Forschern 43 Prozent in der gewerblichen Wirtschaft, 38 Prozent an den

Universitäten und 19 Prozent in staatlichen Einrichtungen arbeiten.^{10a}

Der technologische Rückstand und die Bedrohung der Außenhandelsposition treten nicht zufällig gleichzeitig auf. Neben dem Nachholbedarf und der relativ leichten Kapitalbeschaffung (über Abschreibungserleichterungen und Marshall-Plan-Hilfe) ist die rasche Wachstumsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg dem Stand der Fähigkeiten und Kenntnisse der westdeutschen Arbeitskräfte zuzuschreiben. Da diese Qualifikationen ein für die Realisierung der anfallenden Investitionen ausreichend hohes Niveau erreicht hatten und da zudem bis 1961 ein kräftiger Zustrom von gut ausgebildeten Arbeitskräften aus der DDR der westdeutschen Wirtschaft neue Wachstumsimpulse zuführte, bestand keine direkte Veranlassung, sich um eine langfristige Entwicklung des Bildungssystems zu bemühen, zumal eine Ausweitung dieses Bereiches eine Erhöhung der öffentlichen Budgets bedeutet hätte, die von den planungsfeindlichen CDU/CSU-Regierungen nicht zu erwarten war. In dem Maße, in dem nun der ursprünglich gegebene Vorsprung der Bundesrepublik von anderen Ländern, die sich stärker um Probleme der Ausbildung und Forschung bekümmert hatten, aufgeholt wurde, fand sich auch die westdeutsche exportorientierte Industrie ihrer Stellung nicht mehr so sicher. Erst unter diesem äußeren Druck wurde das Versiegen der entscheidenden Wirtschaftsfaktoren zur Kenntnis genommen und eine Reform des Ausbildungssystems gefordert.

Öffentliches Elend bei privatem Überfluß

Nicht nur das Bildungssystem war ins Arge gekommen, vielmehr führte die »Rekonstruktionsphase« der westdeutschen Wirtschaft insgesamt zu einer Unterversorgung mit Kollektiv-

^{10a} Die Zahlen sind dem Material entnommen, das Elmar Freund (IX) zusammengetragen und teils neu organisiert hat. Die Quellen zu den Zahlen über Ausmaß und Verteilung der Forschungsfinanzierung finden sich hauptsächlich auf den Seiten 27 f., 54 ff. und 61 f., die zum personellen Bestand auf den Seiten 11, 15 ff. und 131.

ktivgütern. Und dies ist gerade der gravierende Strukturfehler eines jeden kapitalistischen Gesellschaftssystems: der Medianismus, nach dem die Produktivkräfte auf die Produktionsbereiche aufgeteilt werden, orientiert sich an der Möglichkeit, ökonomische Macht auszunutzen. Ökonomische Macht oder, was dasselbe ist, Tauschmacht ist aber an zwei Voraussetzungen gebunden: zum einen muß ein einzelner oder eine Gruppe über ein Gebrauchsgut verfügen können, das ein Bedürfnis anderer zu befriedigen vermag; zum anderen muß die Verfügung so beschaffen sein, daß der Verfügende jede von ihm nicht gewollte Nutzung ausschließen kann. Kollektivgüter und darunter sind

Infrastrukturleistungen wie die des Verkehrswesens, die funktionsfähige Gestaltung von Gemeinden und Städten, Regulierung von Wasserläufen, Reinerhaltung der Luft und, nicht zuletzt, das nicht monopolisierbare Wissen zu rechnen - taugen nun gerade nicht zur Erzielung von Profiten. Damit nicht genug. Sie werden nicht nur von der Privatwirtschaft vernachlässigt; auch den öffentlichen Instanzen stellt sich Widerstand entgegen, wenn sie solchen Kollektivbedarf durch eigene Produktion befriedigen wollen. Dafür ist zwar die liberale Tradition verantwortlich, die die staatlichen Steuermittel so gering wie möglich halten möchte. Doch haben sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse im hochindustriellen Kapitalismus geändert, nämlich dadurch, daß die staatlichen Budgets selbst zu Fonds geworden sind, die neue Gewinnquellen erschließen. Deswegen kommt einer weiteren Eigenheit der Kollektivgüter entscheidende Bedeutung zu: sie unterliegen kollektiver Verwaltung und schränken so die Spielräume der tief in die Sozialstruktur eingreifenden Verfügungsmacht, die die private Eigentumsordnung der Unternehmen sichert, ein.

Bei keinem der Kollektivgüter wirkt sich mangelhafte Voraussicht und Vorsorge nachteiliger auf das Wirtschaftswachstum aus als bei der Arbeitskraft, wenn deren Qualifikationsstruktur den technischen und technologischen Erfordernissen nicht mehr entspricht. Ist ein Land an der Grenze der Ausschöpfung dieser Qualifikationsstruktur angelangt, während seine Nachbarländer eine neue Stufe technischer Entwicklung erreicht haben und deren Vorteile nutzen, so ist das Dilemma

28

nur durch erhöhten Druck auf das Ausbildungssystem zu lösen. Eben dies ist die Situation der Bundesrepublik heute. Hier wird der Ausbau des öffentlichen Wirtschaftsbereichs zu einem Zeitpunkt unaufschiebbar, wo aufgrund von Strukturkrisen Gewinne und Steueraufkommen der Privatwirtschaft deutlich schrumpfen. Die Versäumnisse während der Zeit des großen Aufschwungs schlagen jetzt auf die Gesamtwirtschaft zurück. Nachdem klar geworden ist, daß es allorten an qualifizierten Arbeitskräften fehlt, sucht man durch Kompression des Ausbildungsbereichs, durch Intensivierung und Funktionalisierung der Lernleistungen der Auszubildenden der Lage Herr zu werden. Dabei verweist man gerne auf die amerikanischen Verhältnisse, wo allem Anschein nach ein ähnliches Verfahren der Gesellschaft den Weg in die Hochindustrialisierung gebahnt hat, freilich um den Preis einschneidender Eingriffe in demokratische und sozialstaatliche Prinzipien.

Mittel zur Kompression des Ausbildungsbereichs

Von den möglichen Instrumenten, um Kompression im Ausbildungsbereich durchzusetzen, sind derzeit lediglich vier in der Diskussion: 1. administrative Verkürzung der Studienzeit auf vier Jahre, für bestimmte Ausbildungsgänge an der Philosophischen Fakultätsogar auf drei Jahre; 2. Verkürzung der Gymnasialzeit um ein Jahr; 3. Verkürzung der Ausbildungszeit durch Verquickung von Wehrdienst und Ausbildung; 4. vertikale Spaltung des Universitätsstudiums derart, daß die Mehrzahl der Studierenden die Universität nach einem »Kurzstudium« von drei Jahren verläßt^{10b}. Die administrative Verkürzung des Studiums auf acht Semester ist durch Zwangsexmatrikulation schon weitgehend durchgesetzt¹¹ und in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zusätzlich durch die Propagierung eines Numerus clausus sanktioniert; es ist zu erwarten, daß durch den Stau der

^{10b} Seit kurzem noch ein fünftes Instrument: Verkürzung der Gymnasialzeit um wenigstens ein Jahr, Abschluß mit Fachschulreife; vgl. S. 92 f.

¹¹ Vgl. Kapitel I, S. 45 ff., und Kapitel 11, S. 56 ff.

29

Studienbewerber der Druck auf Staats- und Universitätsbürokratie zunimmt, die »Durchlaufgeschwindigkeit« zu erhöhen, um den »Abbau des Studentenberges« (so die Formulierung im Dahrendorf-Plan) vor den Toren der Hochschulen sicherzustellen. Die anderen oben erwähnten Kompressionsstrategien befinden sich noch im Stadium der Planung, doch ist damit zu rechnen, daß die Verwaltungen nicht zögern werden, sie zu verwirklichen. Zum Beweis können - neben Plänen des Wissenschaftsrats und anderer Wissenschaftsgremien, neben Stellungnahmen der Kultusministerkonferenz, der Ministerpräsidentenkonferenz, der Parteien, des Bundestages, des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung, der Industrieblätter (*Handelsblatt*, *Industriekurier*) - die Thesen und Forderungen des *Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft* (GKWW) dienen, dem ca. 300 »führende Persönlichkeiten« der Wirtschaft, der Wissenschaft und der freien Berufe angehören; die Geschäftsführung allerdings liegt allein bei den ihn tragenden Wirtschaftsverbänden: Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrieund Handelstag, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Klaus Meschkat, ehemaliger Vorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), umschreibt den Einfluß des GKWW folgendermaßen: »Hinter geschlossenen Türen findet ein ständiger Gedankenaustausch statt, von dem vermutlich der stärkste kontinuierliche Einfluß auf die bundesdeutsche Hochschulpolitik ausgeht« (XVIII, 30). Daran dürfte sich wenig geändert haben. Zwar sieht es so aus, als habe der Wissenschaftsrat inzwischen einen Teil dieser Funktion übernommen; aber die personelle und allgemeine Verflochtenheit der beiden Gremien, die sich u. a. auch an

der Geschichte der Wissenschaftsratsempfehlungen ablesen läßt, scheint dem zu widersprechen. Die oben genannten Indizien lassen jedoch noch eine zweite Erklärung zu: daß es sich bei diesem Gremium um einen Honoratiorenverband handelt, der den staatlichen Stellen im Bund als Sprachrohr dient. Die Industriellen selbst verfügen kaum über die nötigen Informationen, geschweige denn über die Möglichkeit, sie adäquat zu verwerten (es sei denn in der Form von >common sense

30

statements<). Es spricht manches dafür, daß ihre objektiven Interessen hier stellvertretend von den Verwaltungsbürokratien wahrgenommen werden, mit denen ja auch aus anderen Gründen enger Kontakt gepflogen und Interessenidentität hergestellt wird. Das Gremium selbst wäre dann der Resonanzboden für die stellvertretend formulierten Konzeptionen der Verwaltungsbürokratien, die jenes als bildungspolitisches Instrument zu gebrauchen verstehen. Auch so ließe sich die sorgfältige Registrierung der Reformbestrebungen, die im GKWW immer schon einige Zeit vor der quasi öffentlichen Diskussion verhandelt werden, erklären.¹² Wie immer dem sein mag, in jedem Fall indizieren die Stellungnahmen dieses Verbandes die jeweils aktuell werdenden Trends der Entwicklung im Ausbildungsbereich.

Dr. Hans Dichgans, selbst Mitglied des GKWW, MdB, CDU-Mitglied und geschäftsführendes Mitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, hat die oben beschriebenen Forderungen mit besonderem Nachdruck schon seit längerem vertreten. An Dichgans' Äußerungen läßt sich zeigen, daß die von Wirtschaftsinteressenten - oder doch aufgrund von Wirtschaftsinteressen - getroffenen Entscheidungen in dem Konflikt über die Strukturreformen im Ausbildungsbereich nicht nur jede Ausdehnung demokratischer Kontrolle über individuelle Lebens- und Freiheitschancen verhindern, sondern auch Demokratisierungsprozesse an der Basis der Gesellschaft unterbinden. Die >Zweckmäßigkeit< seines Reformdenkens müßte »alle im Bildungssystem angelegten Freiheitsgarantien und Emanzipationschancen ersticken und es zu einer nahezu militärisch organisierten Institution machen, die das, was der industrielle Fortschritt an Arbeits- und Leistungsdruck abbaut, in eigener Regie restauriert« (XXIV, 33). Dichgans selbst verhält sich ähnlich wie der GKWW. Die hartnäckige Verfolgung der Kompressionsziele, die wir ihm verdanken, dürfte weit eher in Absprachen bzw. in einer Interessenübereinstimmung mit den Selbstverwaltungsorganen der Wissenschaft (z. B. der WRK) - und den professionellen Wissenschaftsverwaltern in diesen Gre

¹²Vgl. dazu die Dokumentation der Beschlüsse des GKWW (X).

31

mien - sowie den staatlichen Instanzen ihren Grund haben als in einer kontinuierlichen Zusammenarbeit mit den wissenschaftsinteressierten Stellen der Wirtschaft. Auch das bedeutet nicht, daß sich die langfristigen, objektiven Interessen des »new industrial state« nicht doch (manchmal sogar gegen den Willen mancher Gruppierungen in der Privatwirtschaft) durchsetzen.

Der GKWW begreift sich als Treffpunkt für die »Partner aus der Wirtschaft«, die hier ihre bildungs- und wissenschaftspolitischen Interessen »mit den Partnern aus der Wissenschaft« koordinieren. Die offiziöse Selbstinterpretation von Arbeit und Funktion dieses Gremiums aus dem Jahre 1967 läßt das deutlich erkennen: »Sowohl der erfolgreiche Kontakt zwischen den Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Wissenschaftsverwaltungen, der Unternehmerschaft und der Verbände, als auch der Verlauf aller Veranstaltungen und schließlich das Echo in der Öffentlichkeit lassen die Berechtigung zu positivnützlicher Beurteilung der Tätigkeit des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft zu. Die Partner aus der Wirtschaft sind sich bei dem Austausch der Erfahrungen und Auffassungen im Rahmen des Gesprächskreises mit den Partnern aus der Wissenschaft in vollem Umfang einig, daß das beiderseitige Verhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein dauerndes gegenseitiges Nehmen und Geben darstellt. Wie die Wirtschaft, über ihre speziellen Förderungsmittel hinaus, auch bereits durch ihren ausschlaggebenden Anteil an den Steuerleistungen der Wissenschaft die Existenzgrundlage bietet, so ist die gegenwärtige Wirtschaft und erst recht eine leistungssichere Wirtschaft der Zukunft ohne die deutsche Wissenschaft, ohne aktive Forschung und ohne deren leistungssicher ausgebildeten Nachwuchs nicht denkbar. Wie keine hohe Wirtschaftsform mehr ohne Wissenschaft existieren oder gar florieren kann, so hat auch keine deutsche Wissenschaft ohne eine dauerhaft gesunde deutsche Wirtschaft eine eigene Zukunft. In diesem Bewußtsein dienen die innerdeutschen Aussprachen des Gesprächskreises Wissenschaft und Wirtschaft auch gemeinsamer Bewährung vor dem Ausland und als ein nützliches Instrument der Wissenschaftspolitik. Damit hat sich die in der Wirtschaft schon langhin

32

vertretene Auffassung durchgesetzt, daß nach dem Abschluß der Wiederaufbauperiode für unsere Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen die künftige Entwicklung, der Anschluß an den internationalen Fortschritt und die Aufgabe der Wissenschaft als Schrittmacher für die Zukunft erst ihre eigentliche und unentwegt weiterwachsende Bedeutung

erhalten. Es wurde eingesehen, daß es nur durch intensiven Austausch und gemeinsame Beschlüsse gelingen kann, die deutsche Produktivität und das langfristige Wachstum bei stagnierendem Potential an Arbeitskräften zu sichern. Durdi das im GKWW stattfindende gegenseitige Herantragen von Anregungen, Erwartungen und Vorschlägen an die jeweiligen Lenkungsgremien könnte die Absicht der Bundesregierung, daß sich künftig die Politik aller beteiligten Ressorts stärker dem Bildungspotential und der wissenschaftlichen Forschung widmen soll, hier viele Möglichkeiten zur Auswirkung in der Praxis finden« (X, 5).

Hans Dichgans resümiert die Entwicklung der letzten Jahre in einem Vortrag über *Abitur mit achtzehn Jahren*, den er am 2. 10. 1966 vor dem *Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft* hielt, wie folgt: »Vor drei Jahren, im Oktober 1963, hat der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft mit seiner Diskussion über >Die Dauer der Ausbildung für akademische Berufe< eine Lawine in Bewegung gesetzt. Die öffentliche Meinung beschäftigte sich plötzlich lebhaft mit den Schäden, die unser System der überlangen Ausbildung nach sich zieht mit der Abschreckungswirkung, mit der Vergeudung von Zeit und Kraft, mit der menschlich unerträglichen Lage der Dreißigjährigen, die immer noch als Examenskandidaten klein und unabhängig¹³ gehalten werden. Wir wurden uns bewußt, daß wir systematisch Unselbständigkeit züchteten« (VII).

über die Forderung nach einer Verkürzung der Studienzeit wird unterdes längst nicht mehr diskutiert; diskutiert werden

13 Es dürfte sich hier um eine unbewußte Fehlleistung, vielleicht um einen Tippfehler im Manuskript handeln. Aus dem Zusammenhang zu schließen ist, daß - nach Maßgabe der Selbständigkeitsideologie - »abhängig« gemeint ist.

33

einzig die Formen ihrer Verwirklichung.¹⁴ Und schon hat Dichgans sich ein neues Operationsfeld gesucht, die Schule: »Die Schulzeit muß verkürzt werden, damit unsere angehenden Akademiker es früher lernen, mit den Problemen des Lebens und der Ausbildung fertig zu werden, damit sie früher zur menschlichen Selbständigkeit kommen, damit sie früher reif werden.«

In Dahrendorfs Begleitbrief zum Hochschulgesamtplan für BadenWürttemberg finden sich ähnliche Forderungen: » [...] die Gymnasialzeit ist mit neun Jahren ebenfalls zu lang; die Wehrpflicht, die bei vielen männlichen Abiturienten zwischen Abitur und Studium tritt, ist in ihrer gegenwärtigen Form für die Ausbildung weitgehend verloren; [...] Der Arbeitskreis konnte konkrete Vorschläge nur zur Verkürzung des Hochschulstudiums selbst machen: er empfiehlt jedoch dringend, auch an allen übrigen erwähnten Punkten Maßnahmen einzuleiten, die zur Verkürzung und Intensivierung der Ausbildung führen« (XV, S. V). Nicht minder deutlich hat der GKWW die gleichen Forderungen vorgetragen: »Schulzeit bis zum Abitur, Wehrdienst für Studenten, Studienzeitbegrenzung auf acht Semester einschließlich Prüfung, Bakkalaureat an wissenschaftlichen Hochschulen [...]« (X, 4). Als Leitmotiv all dieser Postulate kann eine Bemerkung des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte Sterkrade AG und Vorsitzenden des GKWW, Bergassessor a. D. Dr. Dr. e. h. Hermann Reusch, in seinem Bericht vom 7. 11. 1966 auf der dritten Vollversammlung der GKWW gelten: »Hier will ich einmal laut denken, ob wir uns tatsächlich auf die Dauer den Luxus leisten können, wertvolle Kräfte unseres Führungsnachwuchses dem Produktionsprozeß vorzuenthalten?« (X, 37). Die Antwort hat nicht auf sich warten lassen; sie besteht in der Forderung, abzubauen, »was überlebt ist was sogar ernstlich störend einer nutzbringenden Entwicklung im Weg steht« (VII, 37). Die Frage ist: Entwicklung zu wessen Nutzen? Und wer soll entscheiden, was, in diesem Fall, nützlich ist?

14 Vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel I, S.45fE., und Kapitel II, S.56ff.

34

Zur Industrialisierung der Universität

Investitionen im Ausbildungswesen sind »produktiv« nur auf lange Sicht; sie ersetzen auch nicht Veränderungen in den gesellschaftlichen und technischen Produktionsbereichen. Überdies ist die Gefahr groß, daß sie nicht Schritt halten mit den wachsenden Aufgaben, welche die technische und wirtschaftliche Entwicklung stellt. Eben deshalb wird versucht, »mit den geringsten Kosten heute die Lücken durch eine verkürzte Ausbildung zu herabgesetzten Preisen auszufüllen« (XI, 13 7). Hier aber ergibt sich ein Konflikt, der die gesamte Gesellschaft betrifft. Nachdem das Problem der Frühakkumulation, des Existenzminimums, gelöst ist, gerät das Gesetz der objektiv notwendigen Produktion ins Wanken. »Leben, um zu arbeiten, und arbeiten, um zu leben, diese Folge ist nicht mehr ein geschlossener Kreis. Die Unterordnung der Individuen unter die Gesellschaft wie unter einen fremden Imperativ hat ihre absolute Notwendigkeit verloren« (XI, 129). »Warum produzieren, wenn die produzierten Dinge und die Art, in der sie produziert werden, nicht [...] Lebensformen hervorbringen, die selbst Ziel und Zweck sein können? Diese Forderung geht also aus der Praxis hervor, sobald sie zum Bewußtsein ihrer selbst kommt; dann nämlich, wenn die Arbeitnehmer nicht mehr vom Mangel bedrückt sind und ihre Arbeit nicht mehr nur als Verausgabung von Energie, als Mühe verstehen, sondern sie als [...] Austausch und als Möglichkeit menschlicher Souveränität begreifen wollen; in einem Wort, wenn die Praxis ihr Ziel und ihren Sinn in sich selbst findet« (XI, 129). Der hier angedeutete Widerspruch kennzeichnet freilich nicht nur die

Lage der Arbeiter in der dritten Phase der Industrialisierung, sondern auch der Wissenschaftler und Techniker - es ist der Widerspruch zwischen den wissenschaftlich-technischen Innovationsanforderungen an die qualifizierte Arbeitskraft bei der Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben einerseits und der Unterwerfung unter die Betriebshierarchie andererseits; anders ausgedrückt: zwischen der »technischen Initiative der Arbeit und dem Status eines Ausführungsorgans« (XI, 48). An den Hochschulen zum Beispiel fördert man »die Fähigkeit zur Synthese, zur Analyse, zur Erfindung

35

und Verarbeitung, die jedoch leerläuft [...], weil sie sich im Arbeitsprozeß nicht anwenden läßt« (XI, 133). Dies deshalb, weil langfristige Forschungsarbeit und ein subjektives Interesse an der Sache selbst, das in Mittel-Zweck-Bestimmungen nicht aufgelöst werden kann, sich mit den Kriterien der herrschenden Arbeitshierarchie und deren Rationalitätsbegriff nicht vertragen.

Diesem Konflikt soll nun wohl drastisch vorgebeugt werden, und zwar schon in den Ausbildungsinstitutionen. »Da der Arbeitnehmer in einer möglichst kurzen Zeit an seine Aufgabe angepaßt werden soll, darf er bei seiner Ausbildung nur ein Minimum an autonomen Fähigkeiten entwickeln. Man befürchtet, daß die Menschen, wenn sie ihre Fähigkeiten >zu weit< entfalten [. . .], sich nicht mehr einer begrenzten Aufgabe und der industriellen Hierarchie unterwerfen werden. [...] Man wünscht, daß sie kompetent, aber beschränkt sind; aktiv, aber folgsam; intelligent, aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare Funktion hinausgeht; unfähig, den Blick von ihrer Aufgabe abzuwenden. Kurz man wünscht sich Spezialisten. In ihrer Ausbildung wird alles ignoriert und aus ihrer Umgebung alles entfernt, was sie dazu befähigen könnte, außerhalb der Arbeit jene Verwirklichung ihrer selbst zu suchen, die ihnen in der Arbeit versagt wird« (XI, 134).¹⁵

Das Ziel ist die Industrialisierung der Universität. Die Emanzipationsinteressen der Wissenschaft werden abgeschnitten; Erkenntnis, statt die Gesellschaftsgeschichte voranzutreiben, gerinnt zum Produktionsfaktor. »Es geht [...] darum, im Bereich der Erziehung zu schaffen, was man im Bereich der Freizeit >Massenkultur< nennt: die Verbreitung von vorverdauten und parzellierten Kenntnissen. [...] Man lehrt Rezepte und Tricks, die mechanisch auf empirische Probleme anzuwenden sind« (XI, 135 f.). So erreicht man mit einem Schlage zwei Dinge: 1. unproduktive, d. h. unprofitable Ausgaben werden minimiert, und 2. die Arbeitskräfte selbst gehen im Produktionsprozeß auf. Indem man Bedarf und Nachfrage nach spezialisierter Arbeit zur Deckung bringt, erzielt man maximale »Leistungssicherheit« Gegenverhalten

15 Vgl. André Gorz, *Studium und Arbeit heute*, in: *Wider die Untertanenfabrik, a.a.O.*, S. 42 ff.

36

wird gebrochen, sprachlos gemacht, um, wie ein französischer Industrieller gesagt hat, »Anpassungsschwierigkeiten zu vermeiden« (zit. n. XI, 47).

Dies alles läßt sich sehr wohl mit der Verminderung der Studienfreiheit in Verbindung bringen. »Offensichtlich stimuliert sie eine eigentümliche Verknüpfung von kognitiven Lernvorgängen und solchen Bildungsprozessen, in denen sich mit dem Stand der Information zugleich verfestigte Einstellungen ändern. Im Sprachgebrauch des Deutschen Idealismus nannte man das Reflexion. Es scheint so, daß sogar die Hemmungen des Lernprozesses und die Desorientierungen, denen der Student unter dem Entscheidungszwang der akademischen Freiheit in einer unstrukturierten Lage ausgesetzt ist, zu heilsamen Problematisierungen führen können. Das Bildungspotential der Wissenschaften braucht nicht nur auf der kognitiven Ebene allein wirksam zu sein. Soweit es durch Reflexion auch in den lebensgeschichtlichen Zusammenhang des Einzelnen eingeht, bewirkt es Verunsicherung und Revision gefrorener Traditionsmuster und führt zur kritischen Auflösung dogmatisch bindender Gewalten. Diese Form der Kritik und Selbstkritik eröffnet eine Dimension, die sich nicht mit der, freilich unabdingbaren, Rationalität der Beherrschung technisch verwertbaren Wissens deckt. Sie ist nicht nur ein Medium persönlicher Bildungsprozesse, auf die jeder, der den Kriterien der Eignung zum wissenschaftlichen Studium genügt, ein Recht haben sollte. Heute ist vielmehr jene Form der Kritik, weil wir uns eine unreflektierte Umsetzung der wissenschaftlichen Informationen in den Kontext der gesellschaftlichen Lebenspraxis nicht länger leisten können, auch ein politisches Erfordernis ersten Ranges. Es spricht einiges für die Vermutung, daß wir die praktischen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht eher beherrschen lernen, als bis wir den Fortschritt durch Reflexion gebrochen fortsetzen« (XIII, 94/95). In einem nach dem Vorbild eines Großbetriebes organisierten Hochschulsystem jedoch haben die abhängig Arbeitenden weder die Möglichkeit, den Produktionsprozeß in seiner Gesamtheit zu durchschauen, noch gelingt es ihnen, durch Reflexion und Entscheidung die vorgeprägten und gegeneinander abgedichteten Wissensbereiche

37

aufzubrechen. Diese Spannung zwischen dem subjektiven Interesse und dem undurchdringlichen Gesamtzusammenhang, dem die Subjekte sich fügen sollen, ohne je seinen Sinn zu verstehen, geschweige denn ihn selbst zu konstituieren, ist nur dann erträglich, wenn der Konflikt selbst nicht mehr zur Sprache gebracht wird, wenn

»das Individuum [...] ihn zu seinen Ungunsten vorentscheidet, also das vollzieht, was man in der Psychoanalyse >Identifikation mit dem Angreifer< nennt, und sich selbst gegenüber zum Sachwalter jenes heteronomen >Realismus< wird, den man zuinnerst fürchtet.«¹⁶

Vor diesem Hintergrund allein wird der Bericht von Habermas über die Ergebnisse einer Untersuchung Frankfurter Studenten verständlich, die das Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt im Jahre 1957 durchgeführt hat. Habermas schreibt, bei den meisten der befragten Studenten hätten sich Ähnlichkeiten in der Mentalität ausmachen lassen: diese sei »vom Rückzug in den Bereich der Innerlichkeit gleichermaßen geprägt wie von einer pragmatischen Anpassung an die sogenannten äußeren Notwendigkeiten.«¹⁷ »Die Fesselung der Produktivkräfte, in deren Zeichen die Welt, trotz aller Entfesselung der Technik, heute steht, wiederholt sich nochmals in den Subjekten, die gleichsam sich selbst fesseln müssen, und darum ist auch die oft beklagte und nicht abzuleugnende >Geistesfeindschaft< vieler Studierenden nicht absolut zu nehmen, sondern als Ausdruck einer, sei es auch ihnen selbst unbewußten, Verzweiflung. Wo der Entwicklungsstand der Produktivkräfte ihrer Träger wahrhaft bedarf, steigern sich diese an ihm und der gesellschaftlichen Forderung, so wie umgekehrt diese weitergetrieben wird von der Spontaneität der Subjekte. Daß die Möglichkeit dieser Wechselwirkung heute kaum mehr auch nur ins Blickfeld tritt, bezeugt, wie weit Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte

16 Theodor W. Adorno und Christoph Oehler, *Die Abhängigkeit des Ausbildungsziels von den Studierenerwartungen der Studenten*, in: *Universität und moderne Gesellschaft* (Hrsg. C. D. Harris und M. Horkheimer), Frankfurt/M. 1957, S. 83

17 Jürgen Habermas, *Zum Einfluß von Schul- und Hochschulbildung auf das politische Bewußtsein von Studenten*, in: *Jugend in der modernen Gesellschaft* (Hrsg. Ludwig von Friedeburg), Köln und Berlin 1966, S. 425.

38

auseinandergetreten sind: die jungen Menschen erfahren sich selbst vorweg in fast hoffnungslosem Widerspruch zu den Verhältnissen und glauben, nur dann unterschlupfen zu können, wenn sie sich auf das ihnen Fremde hin selbst zurechtstutzen.«¹⁸ Dies läßt sich bis hinein in die Studienmotivation verfolgen, deren Hauptmerkmal, nach einer Frankfurter Untersuchung aus dem Jahre 1953 zu urteilen, im »Mittel zum Zweck«-Denken - sei es nun orientiert an einem Berufsziel, einem Statusgewinn oder einem Beruf in der Wissenschaft selbst - zu erblicken ist; lediglich 8 Prozent der Studenten bekunden ein allgemeines wissenschaftliches Interesse an der Sache selbst und gehen »in dem Ressortbetrieb des Unterrichts - vorerst - noch nicht«¹⁹ auf.

Zwei Phasen: Isolierung und Funktionalisierung

Analog zu der bisher skizzierten Entwicklung wäre die Geschichte der Hochschulen nach dem Zweiten Weltkrieg, verknüpft mit der Restauration der gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik, in zwei Phasen einzuteilen: 1. die Phase der Isolierung, d. h. der Einübung in politische Abstinenz, 2. die Phase der Funktionalisierung. Die erste Phase ist geprägt von den Auseinandersetzungen um das »politische Mandat«: um die Berechtigung der repräsentativen Organe der Studentenschaft, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen oder sich politisch zu engagieren.

Wenn man die Untersuchungsergebnisse, die Heribert Adam erarbeitet hat, beim Wort nimmt, nämlich, daß das »Gros der Konflikte, die über [...] Meinungsverschiedenheiten hinausgingen und zu Interventionen des Rektors führten, [...] auf eine im engeren Sinne politische Aktivität der Studenten« zurückgeht (1, 42), dann wird deutlich, welche Bedeutung dem politischen Mandat in den Grundsatzdiskussionen an den Hochschulen zukommt. Wichtig in diesem Zusammenhang sind vor allem Zeitpunkt und Anlaß der Versuche von Staat und Universität, politische Aktionen der Studentenschaft zu

18 Theodor W. Adorno und Christoph Oehler, a.a.O., S. 83. ebda., S. 84.

39

verhindern oder zu unterdrücken: »Konflikte zwischen Rektor und Studenten wegen deren politischer Aktivität beginnen mit der Diskussion um die Wiederaufrüstung Deutschlands. Erst seit dieser Zeit stellen sich Rektor und Senat immer häufiger gegen einzelne politische Aktionen der Studenten auf die Seite staatlicher Instanzen. In den zuvor an den Hochschulen dominierenden Auseinandersetzungen, in den langjährigen Debatten um die Zulassung der Korporationen, den Demonstrationen gegen Veit Harlan oder, später, in der Schlüter-Affäre, agierten Hochschule und Studentenvertretung meist gemeinsam und besonders in Fragen der Kulturpolitik - gegen den Staat. Nun aber entwickelt sich die Rechtsaufsicht, die die Hochschulbehörden als eine Art staatlicher Auftragsangelegenheit über die Studentenschaft ausüben, zunehmend zu einer Zweckmäßigkeitkontrolle politischer Betätigung der Studenten. Offensichtlich ist mit der Konsolidierung und Restaurierung des Staatsapparats seit 1945, die in der Wiederaufrüstung ihren Abschluß fand, auch an den Hochschulen der sporadische Widerstand gegen diese Entwicklung beendet. Die in der Hochschulreformdiskussion der ersten Nachkriegsjahre häufig vertretene Meinung, die Universitäten könnten als

eine Art exterritoriales Gebilde bestehen und sich gesellschaftlichen Tendenzen widersetzen, hat sich als Schein erwiesen. Wo dennoch studentische Minderheiten opponierten, wurden sie um so nachdrücklicher zur Ordnung gerufen« (1, 46). Sammlungen für DDR-Studenten werden genehmigt, solche für algerische Studenten verboten (Freie Universität Berlin, 1962); der AStA erhält vom Rektor einen Verweis, weil das Auslandsreferat der Studentenschaft eine Demonstration gegen die Rassentrennungspolitik der südafrikanischen Regierung organisiert hatte (Universität Köln, 1960), usf. Zusammenfassend stellt Adam fest: »Wenn auch erst eine Einzelanalyse der [...] Konflikte alle Hintergründe und Motive offenlegen könnte, so zeigen sich in den verschiedenen Kontroversen doch Gemeinsamkeiten. Auffällig ist, daß die Interventionen der Hochschulbehörden mit herrschenden politischen Tendenzen in der Bundesrepublik konvergieren. In unseren Erhebungen fand sich kein Fall, in dem das zur Begründung der Maßnahmen stets angeführte

40

Argument, die Vertreter eines Zwangsverbandes seien zu politischen Stellungnahmen nicht legitimiert, auch bei studentischen Aktionen vertreten wurde, die mit Interessen der offiziellen Politik übereinstimmten. [...] Ideologisch mit dem unpolitischen Selbstverständnis der Hochschule begründet und mit juristischen Erwägungen umkleidet, wird [...] gerade nach politischen Gesichtspunkten über die Zweckmäßigkeit einer studentischen Betätigung von oben verfügt« (I, 50). Den politisch-ideologischen Zustand, der so sich einstellt, hat der Hochschulrechtler W. Thieme folgendermaßen beschrieben: »Erlaubt ist das, was der Regierung gerade paßt. Die Studenten dürfen daher ihre Stimme erheben, wenn die Sowjetrussen Ungarn besetzen, und sie dürfen es nicht, wenn die Engländer, Franzosen und Israelis Ägypten angreifen.«

Die zweite Phase, die Funktionalisierung der Universität, hat den Erfolg der ersten zur Voraussetzung, denn eine hinreichende, politisch sich artikulierende Solidarität der Studenten hätte die reibungslose Eingliederung der Hochschulen in den gesamtgesellschaftlichen Trend bereits im Ansatz unmöglich gemacht. »Daß in einer Situation, in der >Studienreformen< auf eine Straffung und Disziplinierung des Studiums angelegt sind, die Kritik sich auch studentischen Öffentlichkeitsformen zuwenden würde, war zu erwarten: vermutlich sind die Studenten heute die einzig relevante gesellschaftliche Gruppe, von der ein nachhaltiger Widerstand gegen die Integration in eine gleichgeschaltete und scheinliberale Leistungs- und Konsumgesellschaft erwartet werden kann. Waren die Studenten der Nachkriegszeit nach Eschenburg die Schoßkinder der Nation, so ist offenbar nun auch für sie das bereits vom ehemaligen Bundeskanzler Erhard proklamierte >Ende der Nachkriegszeit< angebrochen. Die demokratischen Ansprüche aus jener Zeit sind verjährt, die Erfahrungen des Faschismus und des Krieges endgültig verarbeitet. Daher erscheint ein Brief an die Alliierten, in dem an sie appelliert wird, die Einführung von Notstandsgesetzen in West-Berlin zu verhindern, als Mißachtung der >Solidarität der staatlichen Einheit<, während er doch in Wirklichkeit an die antifaschistische Koalition von Potsdam adressiert ist

41

und an die demokratischen Verheißungen des 8. Mai anknüpft.«²⁰

Als ein populärer Vertreter der Einschränkungsbestrebungen hat sich Theodor Eschenburg erwiesen, der kürzlich, auf juristische Thesen von Karl August Bettermann, I. Berner u. a. sich stützend, einen politisch unliebsamen Beschluß des Konvents der Freien Universität Berlin zum Anlaß nahm, die Abschaffung des politischen Mandats zu fordern. »Es hat oft Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung gegeben, und manchesmal prallten die Meinungsverschiedenheiten aufeinander. Trotzdem haben sich die Bundesrepublik und Westberlin achtzehn Jahre so verhalten, als ob Berlin das zwölfte Bundesland sei, wenn es dies rechtlich auch nicht sein darf. Die politische Existenz Westberlins in der Bundesrepublik und ebenso die beide verbindende staatliche Einheit beruht, solange sie staatsrechtlich noch nicht besteht, auf dieser Solidarität. Wohl zum ersten Mal ist jetzt diese Solidarität durchbrochen worden - und zwar durch den Studentenkonvent, das Studentenparlament der Freien Universität Berlin. In einem offenen Brief appellierte er an die Besatzungsbehörden der Westalliierten (und an die UdSSR als vierte Besatzungsmacht. S. L.), eine Notstandsregelung des Abgeordnetenhauses für Berlin zu verhindern (nach Berliner Besatzungsrecht bedarf ein Notstandsrecht der Billigung der Besatzungsbehörden).«²¹ Schon hier wird deutlich, worum es geht: die aus der »Solidarität« Ausgescherten sollen der Disziplin der diese Solidarität herstellenden Interessen wieder unterworfen werden; zwar würden dann auch die »zahmen Anfänge« (von denen Eschenburg nun nachträglich meint, daß man auch ihnen hätte wehren sollen) ausgelöscht, nämlich die dem status quo durchaus angepaßten Programme und Aktionen der Studentenschaft - wie zum

20 Ulrich K. Preuß, *Irren sich die Studenten? Eine Erwiderung auf Th. Eschenburg*, unveröffentlichtes Manuskript, S. I.

21 Th. Eschenburg, *Wo die Studenten sich irren*, in: *Die Zeit* vom 14. Juli 1967, S. 4; ders., *Das >politische Mandat< der Studentenschaft*, herausgegeben vom Akademischen Presseamt der Universität Tübingen, 1967; ders., *Zur Vaterrolle untauglich*. Ein Leserbrief, in: *Die Zeit* vom 11. August 1967, S. 30.

42

Beispiel die Kundgebungen zum 17. Juni an allen deutschen Hochschulen -, aber sein Unbehagen am politischen Mandat der Studenten scheint so groß, daß er es ein für alle Mal verworfen sehen möchte; denn 1. sei das Mandat gesetzes- und verfassungswidrig²² und 2. drohe die Gefahr, daß es »in Händen radikaler Studentengruppen zu einem gefährlichen politischen Instrument werden könnte«. Von einer politischen Gefahr, die in der Machtausübung der regierenden Politiker begründet sein könnte, ist bei Eschenburg nicht die Rede; er hat einzig die Anpassung der Studenten im Auge. Am Schluß seines Leserbriefes an die Zeit schreibt er: »Ich will beileibe nicht Herrn Dutschke >hinwegdekretieren<. Er erfüllt soziale Funktionen, die vielleicht der Gesellschaft sehr dienliche Wirkungen haben können, wenn auch in anderer Richtung, als er sie sich vorstellt. Ich will ihm nur in Fragen der Politik den amtlichen Lautsprecher nehmen, ihm wie jedem anderen Studenten.« Nur Theodor Eschenburg weiß, was der Gesellschaft dienlich ist; und von ihm dürfen es die Studenten, soll es die Gesellschaft lernen.

An den krassen Beispielen von Widerspruch gegen das politische Mandat der Studenten tritt der technisch-instrumentale Wissenschaftsbegriff, der jenen zugrunde liegt, besonders klar hervor. Oberstes Kriterium für das Selbstverständnis der Wissenschaften wird ihre Tauglichkeit für den Produktions- und Reproduktionsprozeß; dessen Gesetz ist das der politisch neutralen Rationalität. Jeder Vernunftgebrauch, der sich nicht an diese Spielregel hält und den Wissenschaften Verantwortung für den Gesellschaftsprozeß beimißt, gilt von vornherein als Anschlag auf ein »Lebensprinzip«. Erst unter solchen Bedingungen wird zum Beispiel die Rechtswissenschaft ein Instrument zur Verteidigung des herrschenden Gesellschaftszustands; ihre »Unabhängigkeit« von politischem Denken schlägt um in Abhängigkeit von der Politik. »Erst ein politisches Wissenschaftsverständnis der Universitätswissenschaftler könnte sie befähigen, nicht als ein Häuflein Bürger, sondern als

22 Vgl. dazu Stephan Leibfried, Ulrich K. Preuß, *Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis im Interesse der Emanzipation*. In: *Wider die Untertanenfabrik*, a.a.O., S. 340 ff.; desgl. Ulrich K. Preuß, *Wissenschaftliche Lernfreiheit und studentische Selbstorganisation*, ebda., S. 353 ff.

43

Universität politisch zu handeln, also das gesellschaftliche Interesse an universitärer Wissenschaft und damit deren gesellschaftliche Dimension politisch zur Geltung zu bringen. Aber genau diese politische Selbstverständigung [. . .], durch die die Autonomie als Ausdruck einer unkritischen Distanz zur Politik überhaupt hätte überwunden werden können, mußte in einer Universität scheitern, in der Autonomie nur den Ordinarien gegeben war« (V, 114). Der von Eschenburg vermutlich ernstgemeinte Hinweis, keine Gruppe habe das Recht, »in dem Gebäude, in dem sie arbeitet, politische Demonstrationen abzuhalten«, zeigt, daß Wissenschaft in den Augen mancher ihrer offiziellen Vertreter eine rein technische Funktion hat, wie jedes beliebige Produkt gesellschaftlicher Arbeitsteilung.

Die Konsequenz aus der Trennung von >Wissenschaft< und Emanzipationsinteresse, Erkenntnis und ihrer Verwertung, Theorie und Praxis²³ im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung als organisiertem Ausdruck der wissenschaftlichen Lernfreiheit hat V. Rohde - im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen um das politische Mandat an der Universität Bonn im Dezember 1966 gezogen: »Wer also auf das politische Mandat verzichtet, macht sich zum Sachwalter der Autorität, akzeptiert das ihm zugewiesene Ghetto und bietet der Gesellschaft die Möglichkeit, die Universität nach Belieben zu manipulieren. Mit dem Lockruf, nur und aus

23 W. Lefèvre beschreibt die Ursachen für das Auseinanderfallen von Theorie und Praxis als Strukturbedingungen der Ordinariuniversität selbst: »Eine politische Selbstverständigung der universitären Wissenschaften müßte das wissenschaftliche Selbstverständnis zerstören, in dem sich die privilegierte Position der Ordinarien rechtfertigen ließ; eine politische Selbstverständigung konnte in der Universität nicht vonstatten gehen, ohne die auf der Ordinariuniversität beruhende Universitätsstruktur selbst anzugreifen. Die Isolierung der Theorie von der Praxis, die durch die Universitätsautonomie besorgt wurde, fand ihre Stabilität innerhalb der Universität darin, daß sich diese Autonomie auf die Ordinarien beschränkte; die grundsätzliche gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen theoretischer Produktion und gesellschaftlicher Verwertung von Erkenntnis fand in der Universität ihre Stütze, indem inneruniversitär eine innertheoretische Arbeitsteilung von Erkenntnisproduktion und freier Bestimmung darüber wiederholt wurde« (V, 115).

44

schließlich die Interessen der Studenten vertreten zu wollen, ziehen diese trojanischen Pferde als fünfte Kolonne der Obrigkeit in die studentischen Selbstverwaltungen ein, wo sie mit Bienenfleiß alles verwalten, ohne etwas zu ändern. Denn zu einem Umbruch braucht es mehr als universitätsinternes Reservatsdenken. Die Studentenschaft braucht Vertreter, die fordern, keine dienenden. Sie braucht Leute mit einer Konzeption, die sie gegen den Widerstand der herrschenden Kräfte durchzusetzen bereit sind; keine Verwalter, die ohne ihre Posten nicht nur ohne Hosen, sondern nackt dastehen.«²⁴

Die Einführung der Zwangsexmatrikulation

Mit ihrer zunehmenden Funktionalisierung werden innerhalb der Hochschulen repressive Maßnahmen institutionell festgelegt. Die Zwangsexmatrikulation am Ende des Hauptstudiums (doch auch verbunden mit der Zwischenprüfung)

wird zu einem festen Bestandteil der Universitätsverfassung. Was, unter diesen Bedingungen, noch als Hochschulreform oder Studienreform firmiert, muß begriffen werden als Angleichung der Universität an die Erfordernisse eines industriellen Großbetriebs und hält sich streng an die Kategorien der Betriebsökonomie: In-put - Out-put-Maximierung bei minimierten Kosten. Erst diese Angleichung erlaubt eine genaue Kalkulation der Investitionen und erhöht den Ausbildungseffekt, wenn man ihn quantitativ, also nach den Prinzipien einer volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz, beimißt. »Geht man davon aus, daß heute über 40 Prozent der Studenten ihr Studium abbrechen, dies aber bei durchschnittlichen Studienzeiten von etwa elf Semestern, so wäre selbst eine Aussiebquote von 50 Prozent eine erhebliche Effektivitätssteigerung, wenn eine Begrenzung der Studienzeiten eingeführt würde. Kommt noch hinzu, daß der Hauptaussiebpunkt bereits am Ende des vierten Semesters liegt, so reduzierte sich das Risiko der öffentlichen Bildungsinvestition noch einmal erheblich. Beide Maßnahmen würden es zudem ermöglichen, daß die ab 1970

24 V. Rohde, in: akut, Nachrichtenblatt der Bonner Studentenschaft Nr. 29/30, Dez./Jan. 1966/67, S. 31.

45

rapide steigenden Studentenzahlen auch dann von den Universitäten recht und schlecht aufgenommen werden könnten, wenn - wie zu erwarten - der notwendige Aus- und Neubau von Universitäten wegen der Haushaltslage nur schleppend vorankommt« (V, 105).

Die Universität hat in technisches und soziales Verfügungswissen einzuüben, das sich den herrschenden Bedürfnissen anmißt. Ihre Aufgabe soll sein, funktionale Bildung zu vermitteln. Unproduktives oder gar produktionshemmendes Wissen hat in diesem Ausbildungssystem keinen Platz²⁵; was, gemessen an den gegenwärtigen Bedürfnissen der Gesellschaft, nur geringen Nutzen abwirft, soll nicht länger Wissenschaft heißen. Daß die »Differenz zwischen dem, was ein Mensch von sich aus ist und möchte, und dem, was er werden und tun muß, um sein Leben und das seiner Familie zu erwerben«²⁶, aufgehoben werden könnte, ist kein Gedanke, den Wissenschaft zu denken hat; die qualitative Weiterentwicklung der menschlichen Geschichte braucht Gelehrte und Forscher nicht zu beschäftigen. Nachdem einmal das kritische Moment aller Wissenschaft ausgelöscht ist, bleibt als einziger Zweck der Universität, die bestehende Gesellschaft nachzubilden, indem sie deren Bedürfnisse befriedigt und legitimiert.

Die psychische und physische Zwanganstalt, die gewährleistet, daß der >Ausstoß< an Akademikern auf den allgemeinen Bedarf abgestimmt bleibt, ist im Begriff, Realität zu werden. Den gesamtgesellschaftlichen Restaurations- und Formierungsprozeß haben Kogon, Opitz, Abendroth, Schäfer²⁷ u. a. längst beschrieben. Anhand der Reformdiskussion der letzten Zeit soll hier kurz gezeigt werden, »daß die Universität in diesen Formierungsprozeß auf dem Wege ist zu einem rationell funktionierenden Betrieb, zu einer Akademiker-Fabrik, mit einem reglementierten Stoff-Produzieren und Re-Produzieren, mit der Aufgabe, möglichst billig Spezialfunktionäre auszustoßen« (Knut Nevermann). Es sind insbesondere die

25 Vgl. Wolfgang Edelstein, *Schulreform und kritische Theorie*, in: *atomzeitalter*, August 1965, S. 229 ff.

26 Theodor W. Adorno und Christoph Oehler a.a.O., S. 82/83.

27 Vgl. Gert Schäfer, Carl Nedelmann (Hrsg.), *Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*, München 1967.

46

Konsequenzen einer formierten Universität für eine sich formierende Gesellschaft zu skizzieren.

Die Androhung administrativer Entfernung von der Universität und der sich hieraus ergebende Druck, der den Betrieb rationell erhält, war mit der »X+2«-Formel (Minimalstudiendauer + zwei Semester Karenzzeit = Zwangsentfernung) der Westdeutschen Rektorenkonferenz gegeben. Sie hatte am 9. Juli 1965 in Clausthal mit 23 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung ihren 33 Mitgliedhochschulen empfohlen, für den Erlass folgender Bestimmungen zu sorgen: »Jede Immatrikulation oder Zulassung zum Studium erfolgt auf die Dauer der in den Prüfungsordnungen der betreffenden Fachrichtungen festgesetzten Mindeststudienzeiten unter Hinzurechnung Von 2 Semestern. [...] Ist die Immatrikulation [...] erloschen, so kann eine erneute Immatrikulation beantragt werden. - Über den Antrag entscheiden die zuständigen Fakultäten. [...] Zur Vorbereitung der Entscheidung soll der Antragsteller zu einer persönlichen Aussprache geladen werden. [...] Gibt die Fakultät dem Antrag statt, so bestimmt sie gleichzeitig eine Frist, nach deren Ablauf die verlängerte oder erneuerte Immatrikulation erlischt. Mit der verlängerten oder erneuerten Immatrikulation können Auflagen verbunden werden [...]« (XXIX, 82). Der Wissenschaftsrat brauchte sich dem nur anzuschließen. Daß solche Beschlüsse zustande kommen können, ist freilich bezeichnend für die Reformpraxis der wissenschaftlichen »Selbstverwaltungsorganisationen«. Wie Lefèvre schreibt (V), wurden die Universitäten von der Kultusministerkonferenz 1964 mit einer Reihe von Empfehlungen und Vorschlägen konfrontiert, die auf eine unmittelbare Effektivitätssteigerung der universitären Ausbildungsleistung abzielten. Unter anderem wurde auch die Zwangsexmatrikulation als Mittel vorgeschlagen: »Überprüfung der Frage, ob eine Höchststudiendauer in der Weise normiert werden kann, daß nach ihrem Ablauf die Exmatrikulation von Amts wegen erfolgen kann, wenn nicht die sachliche Berechtigung eines weiteren Studiums dargetan wird.« Von allen Vorschlägen der Kultusminister - Reform

der Studien- und Prüfungsordnung, Arbeit in der vorlesungsfreien Zeit etc. hat die Rektorenkonferenz später nur einen auf

47

genommen: die Zwangsexmatrikulation. Die Misere der langen Studienzeiten war damit zugleich als ein Problem der »Studentenreform« definiert. Folglich schien es auch das einzig Richtige, gegen die Studenten administrativ vorzugehen. Und sehr schnell wurde deutlich, was unter »Studentenreform« zu verstehen ist: »Der Student sollte dazu >reformiert< werden, nichts anders zum Ziel seines Studiums zu haben, als in vorgegebener Zeit die Lernprozesse zu durchlaufen, die keiner kritischen Kontrolle unterliegen« (V, 140).

Diese >Bewegung< hat, wie Dichgans selbst zugibt, der GKWW initiiert. Bereits im Oktober 1963 hatte der GKWW in seiner 18. Entschließung festgestellt: »Die >Gesprächsgruppe akademischer Nachwuchs< hat die Thesen des Bundestagsabgeordneten Dr. Dichgans zum Thema >Die Dauer der Ausbildung für die akademischen Berufe< eingehend erörtert. Die Gesprächsgruppe stimmt der diesen Vorschlägen zugrunde liegenden Auffassung, daß die Ausbildungszeit für die akademischen Berufe fühlbar verkürzt werden solle, zu und bittet die Ständige Konferenz der Kultusminister, die Westdeutsche Rektorenkonferenz und den Wissenschaftsrat, so schnell wie möglich Wege zu finden, die der Erreichung dieses Zieles dienen« (X, 16). Im Juni 1964 wurde diese Generalklausel dann in der 20. Entschließung konkretisiert: »Der Unterrichtsstoff vom Schulbeginn bis zur Hochschulreife sollte auf zwölf Jahre verteilt werden (vier Jahre Grundschule, acht Jahre Gymnasium). [...] Das Studium für alle Fakultäten sollte bis zum erstmöglichen Studienabschluß (Diplom oder 1. Staatsexamen) auf höchstens vier Studienjahre bemessen werden. [...] Das Studium sollte ein echtes Leistungsstudium sein. Es sollte durch Zwischenprüfungen einer entsprechenden Selbstkontrolle und Qualitätsauslese unterworfen werden. [...]« (X, 16/17).

Nach solchen Thesen nimmt es nicht wunder, wenn den Wissenschaftsratsempfehlungen zur Neuordnung des Studiums vom Mai 1966 im Gesprächskreis akklamiert wurde. So heißt es in dem Bericht von Reusch vor der Vollversammlung des GKWW im November 1966: »Ganz besonders aber die mit Fiktionen aufräumenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates - in denen wir mit Freude auch manche unserer

48

Gedanken aufgegriffen sehen - sind, gleichgültig wie man nach Temperament, Aufgeschlossenheit oder Weltfremdheit zu Einzelheiten seiner Modelle stehen mag: Pioniertaten zum Wandel im Bereich der Universitäten und darüber hinaus Wegweiser aus begonnenen Einzelreformen zu gemeinsamen Maßnahmen« (X, 34), nämlich Maßnahmen der »Partner im Fortschritt: Wirtschaft und Wissenschaft«.

In der Schrift von Dichgans *Erst mit dreißig im Beruf?*, die wohl als eine Art Zusammenfassung von Referaten und Diskussionen im GKWW angesehen werden darf, heißt es, daß durch den zeitsparenden und leistungserhöhenden Druck auf den Ausbildungsbereich »die Kräfte der Jugend freigesetzt« (VIII, 45) und »die Verschwendung von Lebenszeit und Intelligenz unterbunden« (VIII, 94) werden sollen. Sinn und Zweck der Zwangsexmatrikulation sind hier völlig offen dargelegt; nach einem »logischen« Vorschlag, den Studenten nach der Formel »X + I« Studiengebühren in Höhe von 25 000 DM begleichen zu lassen, kommt Dichgans auf seinen Hintergedanken zu sprechen: die befristete Immatrikulation. »Es muß in das Bewußtsein aller Professoren und Studenten eingehen, daß ein Student, der sich Sondervorteile auf Kosten der Allgemeinheit verschafft, deshalb ebenso zu beurteilen ist wie etwa ein Versicherter, der ein Übermaß an Kuren und Erholungsaufenthalten in Anspruch nehmen will. Um diese psychologische Wirkung zu erreichen, sollte mit dem Studienbeginn sofort das Studienende verknüpft werden. Wer sich immatrikulieren läßt, sollte jeweils eine schriftliche Mitteilung darüber erhalten, wann er sich spätestens zum Examen melden muß, zugleich mit dem Hinweis, daß er als durchgefallen gilt, wenn er ohne besondere Genehmigung der Fakultät diesen Termin überschreitet. Während des Studiums muß den Studenten immer wieder beigebracht werden, daß zu jeder Aufgabe auch eine Zeitbegrenzung gehört. In der späteren Berufspraxis stehen alle Arbeiten unter Zeitdruck. Wenn ein chemisches Großunternehmen ein Problem zu lösen hat, so darf es darauf nicht mehr Zeit verwenden als die Konkurrenz, um im Wettbewerb nicht zurückzufallen. Schon der Student muß deshalb lernen, daß alle Aufgaben unter Zeitdruck

49

stehen« (VIII, 87). Muße und Distanz, beides Voraussetzungen eines subjektiven Interesses an der Sache selbst, stehen nicht zur Debatte. Worum es genau genommen bei dieser Art Ausbildungsreform geht, hat niemand schärfer ans Licht gebracht als einer ihrer konsequentesten Verfechter, Professor Karl August Bettermann, Zulassungsdozent an der Juristischen Fakultät der Freien Universität Berlin, als er einräumte, daß es sich bei der Zwangsmaßnahme »nicht um eine Studienreform, sondern um eine Studentenreform« handle. Diese Bemerkung läßt keinen Zweifel an den Absichten der »Reformer« der zwangsweisen Eingewöhnung der Studierenden in jenen Leistungsdruck, der in Staat und Wirtschaft herrscht, und der Herstellung funktionierender Staatsbürger.

Tendenzen in der Bildungsökonomie

Eine genaue inhaltliche und quantitative Bedarfsplanung, wie sie in Frankreich schon seit geraumer Zeit praktiziert wird, um die Universität dem allgemeinen Produktionsprozeß einzupassen, wird nun auch in der Bundesrepublik versucht. So gehen zum Beispiel die beiden Studien zur Bildungsplanung von Widmaier²⁸ und Riese²⁹ von einer Bedarfsprognose der bis 1980 von der Wirtschaft und in den Dienstleistungsberufen (tertiärer Sektor) benötigten Arbeitskräfte aus und strukturieren das Bildungswesen danach. Als vorzügliches Manipulationsmittel der Nachfrage - im Jargon heißt das »nachwuchspolitische Überlegungen« - wird die Lenkung des Angebots von Bildungsplätzen und Bildungsgängen empfohlen. (Das impliziert die Anwendung eines relativen numerus clausus). »Ungleichgewidite« in der »Bildungsbilanz« dürfen nicht entstehen, denn »Überschuß« bedeutet akademisches Proletariat, »Defizit« in der Produktion bedeutet Wachs

28 Hans Peter Widmaier et. al., *Bildung und Wirtschaftswachstum. Modellstudie zur Bildungsplanung*, in: *Bildung in neuer Sicht*. Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung und Bildungspolitik, Reihe A Nr. 3, Villingen, Juli 1966.

29 Hajo Riese, *Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1967

50

tumsschädigung durch ungedeckte Nachfrage.³⁰ Die Akademikerfabrik hat systemgerecht zu liefern; sie wird, soweit sie ökonomisch analysiert und eingespannt ist, wie jede andere Fabrik behandelt, die einen bestimmten In-put von »personellen und materiellen Strömen« und einen entsprechenden Out-put hat: die ausgeworfenen Akademiker. Die Produktionsbedingungen bleiben unbefragt; ihre Gültigkeit und Unantastbarkeit wird unterstellt.

Auf dies wichtige Problem der gegenwärtigen Bildungsökonomie hat Claus Offe beizeiten aufmerksam gemacht; die Bildungsökonomie, wenn sie mehr sein soll als eine unkritische Reaktion auf gegebene Bedürfnisse, muß insbesondere auf die folgenden vier Fragen eine hinreichende Antwort finden:

1. Welche Auswirkungen haben im internationalen Vergleich Veränderungen in den volkswirtschaftlichen Bildungsinvestitionen auf die Veränderung des Sozialprodukts?
2. Wie wird für einen abschätzbaren Zeitraum der künftigen wirtschaftlichen, technologischen und demographischen Entwicklung das quantitative und qualitative Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften aussehen?
3. Welcher Bedarf an Bildungseinrichtungen besteht für einen absehbaren Zeitraum auf seiten ihrer *Benutzer*, und wie entwickelt sich *deren* Nachfrage nach Bildungsmöglichkeiten?
4. Mit Hilfe welcher Veränderungen kann diese Nachfrage nach Schulen und Universitäten angesichts knapper Mittel besser befriedigt werden? (XXIV, 34, 37)

Die zeitgenössische Bildungsökonomie befaßt sich vor allem, und meist ausschließlich, mit den ersten beiden Punkten. Die Fragestellung ist hier aber schon so sehr determiniert, daß die Ergebnisse »an administrative Instanzen gerichtete Handlungsaufforderungen enthalten« (oder doch von diesen objektiv als solche angesehen werden), »den prognostizierten negativen Entwicklungstendenzen dadurch zuvorzukommen, daß

30 Zum Ganzen vgl. Klaus Hüfner und Jens Naumann, *Möglichkeiten und Grenzen der Ansätze zur Bildungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland*, zusammenfassende Darstellung von zwei Referaten, gehalten auf der Tagung der Studiengruppe für Systemforschung Anfang Juli 1966 in Karlsruhe. Max Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin 1966

51

man die Bildungsinvestitionen erhöht und auf die erwartete Arbeitsmarktlage abstimmt« (XXIV, 34). Es steckt somit schon im Ansatz der ersten beiden Fragen ein autoritär-technokratisches erkenntnisleitendes Interesse. Das Motiv administrativen Handelns »sind die Konsequenzen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreten, sofern man eben dieses Handeln unterläßt. Diese zirkuläre Struktur von Handlungen und Motiv ist nun charakteristisch für eine eigentlich unkritische und unpolitische Verfahrensweise administrativer Instanzen, in die gesellschaftliche Interessen und Bedürfnisse allenfalls als äußerliche Regulative eingehen. Solches Handeln resultiert nämlich aus einer abstrakten Kritik der Zukunft, nicht aus einer Kritik der Gegenwart, die vielmehr mit Hilfe der ceteris-paribus-Klausel sanktioniert und zum Element der zukünftigen Situation gemacht wird. Merkmal dieses Verhaltens ist seine >Interesselosigkeit<; außer dem nur negativen Interesse, sich vor einer mit dem Zusammenbruch des etablierten wirtschaftlichen und politischen Systems gleichbedeutenden Stagnation zu bewahren, geht kein Bedürfnis in diesen Typ des politischen Handelns ein« (XXIV, 34). Die Fragen 3 und 4 hingegen suggerieren kein verwaltungstedinisdies Problemverständnis,

vielmehr nehmen sie gegenwärtige Bedürfnisse (nicht nur negativ) auf und interpretieren sie für Zwecke politischen Handelns. Erst damit könnte den subjektiven Interessen Rechnung getragen, d. h. die Grundlage für eine demokratische Bildungspolitik geschaffen werden. Denn es ist nicht »die autonome Motivation der vereinzelt Nachfrager, sondern die Kalkulation der meist oligopolistischen und - im Falle des Bildungswesens - monopolistischen Anbieter«, die »den Ausschlag über Preis, Form und Menge der Produkte« (XXIV, 37) gibt; hier nicht anders als auf den meisten Gebieten des Konsumgütermarkts.

Zur Unterdrückung des Konflikts. Notizen über die Sozialisation der Studierenden

Mit den bisher beschriebenen Entwicklungsphasen der Universität scheinen sich auch je spezifische Formen der Disziplin

52

nierung der Studentenschaft zu verbinden. Sowohl in der Vor- als auch in der Übergangszeit zur Funktionalisierung der Hochschulen war häufig die Rede von »Allgemeinbildung«, »studium generale«, der »akademischen Gemeinschaft« und der »Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden«. Diese Dunstglocke angeblicher Interesseneinheit hat lange Zeit die aufbrechenden Widersprüche an den Universitäten verhüllt und deren Artikulierung verhindert. Unter Berufung auf den uneigennütigen Zweck des Ganzen wurden nichtharmonisierbare Gruppeninteressen hinweggefeiert. Auf eben dieses »Ganze« wird der Student bei der »feierlichen Immatrikulation«, dem Aufnahmeeritus in die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, vereidigt: »Er hat feierlich gelobt, sich in Haltung und Gesinnung der-im Dienst an der Wahrheit verbundenen Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden würdig zu erweisen und seinem Studium mit Eifer nachzugehen, verpflichtet dem Sinnspruch, den das Siegel der Freien Universität Berlin bekundet: Veritas, Justitia, Libertas« - so die Beschwörungsformel auf der feierlichen Immatrikulation an der Freien Universität Berlin; ähnlich lautet die Formel an anderen Universitäten. Und wie Formeln eh und je im Zauber einen irrationalen Habitus fixieren und dessen Bruch als Sakrileg vorwegbestimmen, so auch hier: »Jeder Student ist verpflichtet, seinem Studium mit Eifer nachzugehen und sich in Haltung und Gesinnung des hohen Ziels der Universität würdig zu erweisen« (§ 21, 11 der Universitätsordnung der Freien Universität Berlin v. 11.8.1960).

Das Initiationsritual der Immatrikulation besteht aus feierlichen Umzügen (in denen sogar - ganz am Ende - der AStAVorsitzende mitgehen darf, wenn er einen schwarzen Anzug anzieht) und Bekenntnissen zur Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Seine Funktion ist es, als harmonisch und einträchtig erscheinen zu lassen, was in Wirklichkeit von Interessengegensätzen zerrissen ist. Nicht zufällig ähnelt die Formel von der »Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden«, die am lautesten dann beschworen wird, wenn die Gegensätze sichtbar werden, jener anderen, der zufolge die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer identisch seien.

53

Sie sind es mitnichten, auch nicht in der Universität. Bis heute bestimmt ein Institutsdirektor, welche Arbeit an seinem Institut geleistet werden muß, ohne daß die Betroffenen, Assistenten und Studenten, auch nur gehört würden. Wenn ein Ordinarius, wie in Berlin geschehen, sich weigert, weiter Prüfungen abzunehmen, weil ein Seminar, dessen Ergebnisse er für sein Privateigentum hält (»Forsdiungsseminar«), in einer Studentenzeitung rezensiert worden ist, dann zieht ihn niemand zur Verantwortung. Das unterstellte »gemeinsame Ziel« ist die Ideologie, die solche Zustände verdecken soll. Ihr dient das Disziplinarrecht, das an fast allen westdeutschen Universitäten die Studenten auf »Ehre«, »Würde« und vieles mehr verpflichtet und sie dadurch einem einseitigen Anpassungsdruck aussetzt. Sie sind gleichsam »Radfahrer«, die buckeln, ohne noch jemanden unter sich zu haben. Der einzige Ausweg aus dieser eindeutigen Zwangssituation war bislang die Identifikation mit den Aggressoren, welche die Stunde, in der die Gewaltunterworfenen selber auf der oberen Stufe der Autoritätsaus- und einübung stehen, lustvoll antizipierte. Seit die Studenten diese Mechanismen durchschaut haben, sind sie zu Reaktionsformen übergegangen, die vielleicht geeignet sind, die autoritäre Struktur der Universitäten zu reformieren.

Je weniger die Universität in ihrer Politik Identität mit den unmittelbaren Interessen der Studenten erreicht, desto ausschließlicher muß sie auf irrationale Mittel sinnen, um die Bedürfnisse der Zukurzgekommenen von außen nach innen zu wenden, sie gleichsam zu spiritualisieren. In diesem Zusammenhang haben dann auch die großen Symbole (Amtsketten, Wappen, Urkunden, Titel) und die großen Worte ihren Ort, mit deren Hilfe eine nicht rational begründete Bindung an das herrschende Interesse hergestellt werden kann. Was Horkheimer über die Volksreden bürgerlicher Führer gesagt hat: daß sie halb Argumentation, halb Beherrschungsmittel seien, gilt auch für die Immatrikulationsreden und manche Vorlesungen. Den selben Sachverhalt meint Eduard Baumgarten mit seiner Bemerkung, daß »mit dem [...] Schrumpfen der Massenkollegs [...] den Professoren eine bestimmte Art von Genuß geraubt werden (wird), die eigen

tümlich rauschhafte Steigerung des Personengefühls von Rednern vor Massen«.³¹

Alle Arbeit der Studenten an den Hochschulen geschieht der hehren Idee wegen: Pflicht, Ehre, Gemeinschaft. Vom Subjekt ist da nicht die Rede. Wozu auch? Der Sozialisationsprozeß an den Universitäten hat, wie das Ausbildungssystem selbst, nicht das denkende Individuum zum Endzweck, sondern Mitglieder »einer akademischen Lebensgemeinschaft« (so der Kollegienhaus-Plan des Wissenschaftsrates). »Nichts macht einen Menschen verdächtiger als sein Mangel an innerer Übereinstimmung mit dem Leben, wie es nun einmal ist« - als dieser Satz geschrieben wurde³², konnte sein Autor noch nichts wissen von der Entwicklung der deutschen Universität in den fünfziger und sechziger Jahren; aber er wußte sehr viel von der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Die angepaßte Universität ist nur ein Ausdruck der Geschichte dieser Gesellschaft: ein Ausdruck ihrer Selbstverblendung.

31 Eduard Baumgarten, *Zustand und Zukunft der deutschen Universität*, Tübingen 1963, S. S.

32 Max Horkheimer, *Egoismus und Freiheitsbewegung*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* IV/2, S. 160 ff.

II. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums

Der Umstand, daß es sich bei den *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen* vom Mai 1966 um einen dünnen Organisationsplan handelt, sollte niemanden über ihre normative Kraft täuschen. Diese Normierungskompetenz hat 1963 der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Ludwig Raiser, folgendermaßen umrissen: »Der Wissenschaftsrat hat sich in der Zwischenzeit, vor allem seit der Veröffentlichung seiner umfangreichen Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen Ende 1960, eine von den Hochschulen selbst, von den Verwaltungen und Parlamenten nirgends mehr bestrittene Autorität zu verschaffen gewußt. Die Folge ist, daß seine Empfehlungen eher zu genau als zu wenig beachtet werden« (XXV, 6/7).¹ Diese seine Autorität aus der Isolierungsperiode, in welcher der Wissenschaftsrat sich ausschließlich mit einer quantitativen Erweiterung des Ausbildungssystems befaßte, kann er nun als - bewehrtes Druckmittel in die Periode der Funktionalisierung der Hochschulen einbringen. Seine Vorschläge sind schon deshalb ernst zu nehmen, weil sie an eine bestehende, obwohl noch nicht völlig eingeschliffene schlechte Praxis anknüpfen: »das Recht auf Teilnahme an Prozessen der Forschung nach Maßgabe individueller Bildungsinteressen« bleibt hier »nicht nur faktisch, sondern formal einer Minderheit von Studenten vorbehalten« (XIII, 93). Die *Empfehlungen* nähern das Hochschulsystem dem bundesrepublikanischen Berufsausbildungs-System², an, anstatt beide zu demokratisieren. Der Wissenschaftsrat erklärt die Misere an den Universitäten zu einer Misere des einzelnen Studenten, allerdings nicht, um sie

1 Die zitierte Literatur ist im Anhang, S. 159 ff., aufgeführt.

2 Auf die herrschaftsbestätigende Funktion des bundesrepublikanischen Berufsausbildungs-Systems kann hier nicht näher eingegangen werden. Vgl. hierzu die Ausführungen von Friedhelm Nyssen (XXIII, 102 f.) und die Literaturverweise dort. Nyssens Aufsatz sind die folgenden Thesen

zu beheben, sondern um sie abzuwälzen und sich aus der Verantwortung zu entlassen. So hat er, vielleicht um seiner Konzeption den rechten Nachdruck zu verleihen, die Neugliederung der Studiengänge »mit einer bürokratischen Auflage versehen, die durch geneigte Ministerien leicht zu erfüllen wäre und in jedem Fall spektakuläre Folgen haben müßte: er empfiehlt die obligatorische Begrenzung des Studiums auf vier Jahre. jeder soll das Recht zu studieren verlieren, wenn er nicht spätestens im neunten Semester ein Examen ablegt, das seine akademische Berufsfähigkeit bestätigt. Das bedeutet, nach geläufigen Begriffen, die generelle Einführung der Zwangsexmatrikulation« (XIII, 88). Unter verwaltungstechnischen Gesichtspunkten kann man - wie der ehemalige Berliner Rektor, Hans Joachim Lieber - auch die Herstellung eines »zeitlich überschaubaren Wechsels von Studentengenerationen« als Zwangsexmatrikulation bezeichnen.

Der Wissenschaftsrat braucht sich demnach auf seine tradierte Autorität allein nicht zu verlassen. Der Geneigtheit der Ministerien wiederum hat man sich versichert, indem man sie an der Ausarbeitung der Wissenschaftsratspläne maßgeblich beteiligte. »Daß überdies außer den Kultusministerien der Länder und dem im Bund für Forschungsfragen bisher

von H. Blankertz entnommen, der die Ergebnisse einer Studie von W. Lempert und H. Ebel (*Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg*, Freiburg 196S) wie folgt zusammenfaßt: »(Lempert) legt den Finger auf die Wunde des deutschen Berufsausbildungssystems [...], nämlich auf die Herrschaft antidemokratischer Tendenzen. Das deutet er in drei Thesen an:

I. Das Weiterwirken ständischer Wertvorstellungen, faßbar in dem Votum für die praktischen Erfahrungen gegen Entfaltung des Intellekts, wie sie in

der noch immer von den meisten westdeutschen Volksschulabsolventen durchlaufenen handwerklichen und kaufmännischen Lehre in Klein- und Mittelbetrieben wirksam sind.

II. Das Erbe der Klassengesellschaft, erkennbar im Verzicht auf eine politische Kritik der Technologie, auch in der im übrigen hinreichenden Berufsbildung der Minderheit in der Großindustrie; und schließlich

III. die Konsequenzen in Gestalt der Trennung von Theorie und Praxis, Bildung und Ausbildung, Aufstieg und Beruf«. Wie diese drei Faktoren auch im Ausbildungsbetrieb der Hochschulen mehr und mehr an Geltung gewinnen, ist in diesem Kapitel dargelegt.

57

federführend gewesenen Bundesinnenministerium auch die Vertreter der Finanzministerien und weiterer an der Forschung interessierter Fachressorts beteiligt sind, sichert von vornherein deren Mitarbeit, deren Interesse und Verantwortungsbereitschaft für die Ergebnisse der Beratungen. [...] Praktisch hat sich gezeigt, daß die verantwortliche Mitwirkung der Vertreter von Ländern und Bund bei den Arbeiten des Wissenschaftsrates seinen Empfehlungen zwar nicht rechtliche, aber doch in hohem Grade moralisch bindende Kraft zu geben vermochte [...]« (XXV, 9/10). Wenn Professor Leussink, Vorsitzender des Wissenschaftsrates im Jahre 1966, damit rechnet, »daß sich bis 1968 eine realistische Bestimmung des Studienziels und damit eine Reduzierung der Studiendauer auf eine vernünftige Länge deutlich abzeichnen wird«^{2a}, und er die Einführung des Aufbaustudiums für wahrscheinlich hält; wenn schließlich die Ständige Konferenz der Kultusminister am 23. September 1966 sich »einhellig dafür ausgesprochen (hat), die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu befolgen (!) und so rasch wie möglich ihre praktische Verwirklichung in Angriff zu nehmen«³, dann kann an dem Einfluß der ReformRichtlinien, die dieses Gremium vorgezeichnet hat, auf die Hochschulpolitik unserer Gesellschaft kaum noch ein Zweifel bestehen.

Der Wissenschaftsrat »[...] schlägt folgende Gliederung der Ausbildungsfunktion der wissenschaftlichen Hochschulen vor: das Studium für alle Studenten, das mit einer die Berufsfähigkeit bestätigenden Prüfung abschließt; ein Aufbaustudium für alle Studenten, die an der Forschung interessiert und für sie befähigt sind; ein Kontaktstudium, das als Angebot an im Beruf stehende Absolventen der wissenschaftlichen Hochschulen diesen die Möglichkeit geben soll, ihre wissenschaftliche Ausbildung in Abständen aufzufrischen« (XXXII, 16). Alle diese Empfehlungen haben zum Ziel, die Produktion der Universität »effizienter« zu machen und die Produktionszeit administrativ festzulegen. »Die Studenten (werden) nur für die Dauer des Studiums und der anschließenden Prüfung immatrikuliert [...]. Bei einer vierjährigen Studiendauer 2a Zit. nach *Süddeutsche Zeitung* vom 30./31. Juli 1966, S. 8.

3 Zit. nach *Die Welt* vom 24. 9. 1966, S. 3.

58

(erlischt) die Immatrikulation nach viereinhalb Jahren« (XXXII, 29). Das Studium ist, in anderen Worten, Berufsausbildung, nichts sonst, und bleibt auf ein Fach beschränkt; andererseits wird streng vermieden, diese Konzeption zu Ende zu denken und die Berufspraxis in die Universität kritisch miteinzubeziehen.

Intensiv, zügig, straff, geführt

Die *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates zielen auf eine Leistungssteigerung der Universität durch den Abbau von »Reibungsverlusten«. Um dieses Ziel zu erreichen, soll so verfahren werden, wie man es von der Industrie gewohnt ist. Freilich: auch dort wird, wenn man produktions- und leistungssteigernde Maßnahmen ergreift, den Untersuchungen, welche die Möglichkeit einer Leistungssteigerung durch den Abbau hierarchischer Organisationsformen aufzeigen, kaum Beachtung geschenkt. Wird der Teilnehmer am Arbeitsprozeß in die Lage versetzt, sich als dessen Subjekt erkennen und verstehen zu können, und wird jede falsche Identifikation mit der Kontrolle über diesen Prozeß und der Verwertung der Produkte abgeschnitten, so kann das unmittelbar produktionssteigernde Wirkungen haben. (Obwohl das nicht das einzige Kriterium einer Demokratisierung sein kann.) Diese eher horizontale Organisation von Arbeit bricht sich aber offensichtlich an den Organisationsstrukturen dieser Gesellschaft, und zwar deshalb, weil sie mit den geltenden Herrschafts- und Beherrschungstechniken nicht übereinkommt. Dennoch deutet sich hier eine Alternative, eine sozial gerechtere Gesellschaftsverfassung an, die durchaus geeignet wäre, den Fortbestand und die Weiterentwicklung der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Produktivität zu gewährleisten. Überlegungen dieser Art haben in den *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates nicht nur keinen Platz gefunden, vielmehr tragen diese selbst dazu bei, daß solche Überlegungen erst gar nicht angestellt werden. »Die Einrichtungen einer verwirklichten Demokratie wären wie [...] Netze aus zerbrechlichster Intersubjektivität gewoben« (XIV, 430); die Apologeten

59

des Bestehenden wissen dem vorzubeugen, indem sie die gegebene Herrschaftsapparatur durchfunktionalisieren und so nachdrücklich in der Psyche und im Bewußtsein der Subjekte verankern, daß die Institutionen bald »wie Ringwände dastehen, vor denen die überlebenden Individuen nur noch bellen« (XIV, 430). Herbert Marcuses Hypothese über den weiteren Verlauf der Gesellschaftsentwicklung scheint sich in diesem Punkte zu bestätigen: »[...] je näher die reale

Möglichkeit rückt, den Einzelnen von den ehemals durch Mangel und Unreife gerechtfertigten Einschränkungen zu befreien, desto mehr steigert sich die Notwendigkeit, diese Einschränkungen aufrecht zu erhalten und immer funktionstüchtiger zu gestalten, damit sich die bestehende Ordnung nicht auflöst. Die Zivilisation muß sich gegen das Traumbild einer Welt verteidigen, die frei sein könnte.⁴

So sind denn die *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates, bei Lichte betrachtet, ein Beispiel für die Unzulänglichkeit der offiziellen Hochschulpolitik insgesamt: man sucht die strukturell bedingten Widersprüche zu schlichten, jedoch ohne die Struktur, in der diese Widersprüche ja wurzeln, zu bessern oder zu ändern. Einerseits ist man sich einig in der Klage über unzureichende Investitionen, über die zu geringe Zahl der Universitäten und Studienplätze und auch darüber, daß dies alles in den nächsten Jahren noch schlimmer wird.⁵ Andererseits darf das System, das dies zu verantworten hat, nicht in Frage gestellt werden. Ein geeignetes Mittel, allen Versuchen in dieser Richtung zu wehren, ist die Zwangsexmatrikulation. Sie zwingt den Studenten, sein Studium so rasch wie möglich zu beenden, schafft also in begrenztem Rahmen neue Studienplätze. überdies setzt sie den Studenten unter Druck, sich ausschließlich auf den fachspezifischen Lernstoff zu konzentrieren; die Lust, über die soziale Funktion und den gesellschaftlichen Ort seiner Arbeit nachzudenken, mag ihm ver

4 Herbert Marcuse, *Triebstruktur und Gesellschaft* Frankfurt/M. 1965, S.94/95.

5 Vgl. hierzu in den *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970* (XXXI) das Kapitel *Die Entwicklung der Studentenzahlen*, S. 49 ff., und die Statistiken auf den Seiten 278 und 282.

60

gehen. Eben dieser Druck soll nun durch die *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates sanktioniert werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Student außer Wissen fürs Examen eine Kenntnis der Zusammenhänge von Wissenschaft und Gesellschaft erwirbt, wird zusehends geringer. Und das Reglement sorgt dafür, daß er sich beizeiten mit der bestehenden Ordnung identifiziert und mit der gegebenen Machtverteilung abfindet. So reproduziert denn die gegenwärtige Hochschulpolitik auch mit den Studienreformplänen im Endeffekt ein Moment der Überflußgesellschaft: den Überfluß an überflüssiger Herrschaft. Dabei spielt es keine Rolle, ob dies den Verantwortlichen bewußt ist oder nicht. Die Fatalität der allgemeinen Entwicklung ist augenfällig, das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft durchsichtig.

Dem Wissenschaftsrat kommt es auf ein »intensiveres Studium«, »auf ein zügigeres Studium« (XXXII, 20), auf »straffere Ordnung« (XXXII, 20), auf eine »wirksame Führung« (XXXII, 18) an. Er will sich nicht mit Vorkehrungen begnügen, »die jedem Studierenden eine zureichende Chance der notwendigen Orientierung sichern, damit er die ihm zugebilligte akademische Freiheit nutzen kann; er verlangt statt dessen eine institutionalisierte Planung für Studenten, denen der Anspruch auf akademische Freiheit entzogen wird« (XIII, 89). Somit würde, »analog zur betriebspolitischen Praxis des Industriemanagements, die Steigerung der Gesamtleistung der Institution - hier Industriebetrieb, dort Ausbildungsbetrieb Universität - allein auf dem Rücken der unterprivilegierten Gruppe innerhalb dieser Institution ausgetragen, während der antiquierte organisatorische Rahmen, der vor allem eine Leistungssteigerung aufhält, unverändert bleibt« (XXIII, 100/101). Dieser Gesichtspunkt des Drucks von außen zum Zweck der Steigerung der Produktivität, subsumiert unter das Interesse der Ordinarien, ihre Besitzstände zu halten, ist der zentrale. Das Ergebnis ist eine »Reform«, die »eine entpolitisierte Hochschule in das System der gesellschaftlichen Arbeit fugenlos integriert und sie zugleich unauffällig aus ihrer Verzahnung mit der politischen Öffentlichkeit löst« (XIV, 425).

Der einzige Weg, ohne langfristige demokratische Bil

61

dungsplanung und qualitative Änderung der Herrschaftsverhältnisse an den Hochschulen die Studenten durch die Ausbildungsfabrik zu schleusen, ist in der Tat jener der »Führung«, Zwangsexmatrikulation, Zwischenprüfung. Als oberste Maxime gilt: mehr »Ausstoß« bei gleichbleibender Organisationsstruktur. Ihr wird alles geopfert: das Anrecht der Studierenden auf Erkenntnis statt auf Lernstoff; die Entfaltung einer wirklich unabhängigen Forschung (auch in Wissenschaftszweigen, die traditionell kritische Disziplinen sind und deren ökonomischer Nutzen nicht sogleich mit Händen zu greifen ist); die Überprüfung des überlieferten Wissenschaftsbegriffes; und, nicht zuletzt, die Zukunft der Hohen Schulen in diesem Land. In der Anstrengung, radikale Reformen abzuwehren durch kleine Zugeständnisse in Randfragen, sind sich viele Ordinarien und Institutsdirektoren mit Staat und Wirtschaft einig; sie fürchten mit Recht um ihre Autonomie. So wenden sie, nach den Eingriffen des hessischen und des bayerischen Hochschulgesetzes in ihre unmittelbare Interessensphäre mit verdoppelter Kraft, ihren ganzen Einfluß und alle ihre Gedanken an Reformpläne, die sich auf die unausgeschöpfte Kapazität der bestehenden Hochschulstruktur beschränken. Diese Aktivität wiederum ist im Zusammenhang mit den angekündigten weiteren Maßnahmen des Wissenschaftsrates zu sehen, die den Ordinarien ein zusätzlicher Anreiz zu Reformbemühungen sind, um einschneidendere Wandlungen zu verhindern. Am 12. Juli 1966 schrieb Professor Leussink an den Rektor der Universität Hamburg, Professor Schäfer: »Ich bitte aber, doch einmal zu überlegen, auf welches Konzept einer Hochschule hin der Wissenschaftsrat seine eingreifenden materiellen

Empfehlungen, die in Zukunft zweifellos noch eingreifender sein werden, richten soll, wenn er kein zukunftsträchtiges Modell des Studiums findet [...]« (XXIX, 42). Kurzum: »Die Gefahr der deutschen Universitäten zum gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt scheint [...] darin zu liegen, daß das traditionalistisch-konservative Lager in der Universität resignierend paktiert mit den Befehlsstellen der sich formierenden Gesellschaft, dabei aufgibt, was allein des Konservierens wert wäre, nämlich die akademische Freiheit und die Einheit von Forschung und Lehre - in den Pakt hin

62

gegen einbringt die hierarchischen und autoritären Strukturen der bisherigen Universität, die den rechten Kitt abgeben für das schnelle und reibungslose Produzieren einer ausreichenden Zahl von wissenschaftlichen Robotern für eine Gesellschaft, deren verkleinertes Modell eine zur >knowledge factory< degradierte Universität dann sein wird« (VI, 382). Daß die Entwicklung im modernen Wissenschaftsbetrieb Spezialisierung, Kooperation, Einschränkung personaler Herrschaft usw. - »auf den Abbau sachfremder, zunehmend betriebsstörender Herrschaftsansprüche innerhalb wie außerhalb der Hochschule« hin tendiert, wird geflissentlich ignoriert; daß diese Entwicklung im Wesen identisch ist »mit den politischen Ansprüchen einer Demokratie auf Abbau repressiver, inhumaner Herrschaft in der Gesellschaft« (XXII, 121), ist schon kurz nach Beginn der Restauration in der Bundesrepublik außer Sicht geraten.

Die Aufbauelite

Der Wissenschaftsrat erklärt im *Allgemeinen* Teil seiner Empfehlungen, daß »die wissenschaftliche Durchdringung der Praxis (dazu führt), daß direkte Erfahrung und Überlieferung zunehmend unzulänglich und fragwürdig werden. An ihre und an die Stelle von Fertigkeiten und Künsten treten von der Forschung bestimmte wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse. Die Praxis in allen Bereichen braucht deshalb immer mehr Menschen, die, im Umgang mit der Wissenschaft zugleich diszipliniert und aufgeschlossen, in der Lage sind, aus eigener sachlicher Einsicht und nicht nur als in Verfahren der Praxis eingeweihte zu entscheiden, zu planen und zu handeln« (XXXII, 9). Wie so oft laufen die praktischen Konsequenzen leider auf das genaue Gegenteil hinaus. Die Einheit von Forschung und Lehre bedeutet, wenn »sie noch einen anderen Sinn haben soll als den, daß der forschende Professor auch lehrt, [...] Teilnahme aller Hochschulangehörigen am Gesamtprozeß der Wissenschaft« (XVIII, 35). Diese »unmittelbare Teilnahme« an der »lebendigen Wissenschaft« ist noch 1960 als Richtpunkt in den Forderungen des Wissen

63

schaftsrates an die Universitäten enthalten gewesen. Nunmehr soll statt des Studiums das elitäre »Aufbaustudium dem bisher gültigen Ziel des Studiums (zugeordnet)« werden, »das den Studenten nach Möglichkeit zu selbständiger Forschungsarbeit führen soll« (XXXII, 14). Die wissenschaftliche Praxis, heißt das, bleibt einer Elite vorbehalten; und allein der Nachweis, angeblich gut Fachwissen rezipiert zu haben, soll künftig den Zugang zum eigentlichen wissenschaftlichen Studium eröffnen. Dabei wird eine ganz und gar am Berufsleben ausgerichtete, bewußt wissenschaftsabstinente Prüfung zur Voraussetzung wissenschaftlicher Arbeit gemacht. Die vorgeschlagene Neugliederung des Studiums bringt es daher mit sich, daß dem Studenten »strenggenommen erst am Ende seines berufsvorbildenden Studiums und auch nur dann, wenn er zusätzliche Qualifikationen für ein Aufbaustudium nachweist, die >Reife< zuerkannt wird, die bisher mit dem Abitur bestätigt wurde« (XIII, 89). Die vielgerühmte akademische Freiheit, so lautete die erste Zeitungsnotiz über die Pläne des Wissenschaftsrats in der *Welt* (zit. nach XXIX, 47) »(beginnt) erst später und nur für jene Studierenden, von denen man erwarten kann, daß sie den rechten Gebrauch von ihrer Freiheit machen«.

»Von allen Studenten muß am Ende des 4. Studienjahres eine Abschlußprüfung abgelegt werden, die für etwa 70 bis 80 % der Studenten auch das Ende ihres Hochschulstudiums bedeutet. Nur ein kleiner Teil der Studenten kann (auf Grund der Leistung bei diesem Examen oder auch abhängig von dem Bedarf in dem betreffenden Berufszweig) zu weiterer Ausbildung zum Spezialisten zugelassen werden« (VIII, 50). So schrieb Dichgans im Jahre 1965. In die *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970* ist dieses Schema als Berechnungsgrundlage eingegangen: »Wenn nicht anders angegeben, ist für die Berechnung angenommen worden, daß von den Studienanfängern rund 85 % das Studium nach der Zwischenprüfung fortsetzen und daß von den Absolventen des Studiums rund 20 % in das Aufbaustudium eintreten« (XXXI, 75). Mit dieser Konzeption eines elitären wissenschaftlichen Trainings im Aufbaustudium entspricht der Wissenschaftsrat - neben einer

64

Notwendigkeit der erweiterten Reproduktion von Forschung und Lehre selbst - einem Bedürfnis nach Spezialisten der Koordinierung und Planung. Sie haben, gleichsam stellvertretend, die Synthese des undurchdringlich gewordenen Gesamtzusammenhangs hinter dem Rücken der Subjekte durchzusetzen. Dem trägt der Wissenschaftsrat Rechnung, wenn er feststellt, daß es im Aufbaustudium auch darum gehe, »für qualifizierte Aufgaben in Staat und Gesellschaft

besser vorgebildete Kräfte heranzubilden«, und wenn er zur »angemessene(n) Eingliederung dieser Kräfte« empfiehlt, »das System der Laufbahnen im öffentlichen Dienst zugunsten besonders ausgewiesener Bewerber aufzulockern« (XXXII, 33), Einerseits will man die technische Macht in den fortgeschrittensten Produktionsbereichen den wissenschaftlichen Arbeitnehmern überlassen, andererseits wird »eine kleine Gruppe von Spezialisten [...] allein mit den Aufgaben der Zentralisierung und der für die Funktionsfähigkeit des Systems in seiner Gesamtheit unabdingbaren Synthese beauftragt. [...] Zu einer Notwendigkeit ist der totalitäre und (im weitesten Sinne des Wortes) technokratische Apparat jedoch erst aufgrund eines kulturellen Malthusianismus geworden, der die Individuen [...] der unentbehrlichen Fähigkeiten zur Ausübung der Selbstverwaltung, der Demokratie auf allen Ebenen beraubt« (XI, 151). Dieses Phänomen ist charakteristisch für die Gesellschaftsform des Spätkapitalismus, doch nicht nur für sie allein. Mit dem Blick auf die Vereinigten Staaten hat der Ökonom J. K. Galbraith den Tatbestand folgendermaßen umschrieben: »It is to the faculty that the national government and the large corporation now turn for talent when they are faced with really difficult problems. The university scientist guides the government on the problems of nuclear policy. He helps the helplessly practical men of business through the world of the computer. With perhaps less applause, he designs and administers social welfare innovation, staffs and guides the Council of Economic Advisers, maps taxation and regulation and, on occasion, even seeks to rationalize the determined empiricism of economic aid and diplomacy.«⁶

6 J. K. Galbraith, *Facing Political Reality. How the University can protect itself*, in: *College Management*, September 1967, S. 34.

65

Der Verfall politischer Demokratie, die Illusion vom nichtideologischen Zeitalter ist selbst ein Produkt dieser Gesellschaft und setzt sich u. a. mit derartigen Studienstrukturierungen, wie der Wissenschaftsrat sie vorschlägt, weiter fort. Hermann Lübke hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung technokratischer >Herrschaft< »esoterische Praxis« ist⁷, der ein abgeschlossener Kommunikationskreislauf entspricht. Technokratische Öffentlichkeit ist »relativ geschlossen«⁸. Eine scharfe Trennung des gewöhnlichen Studiums vom elitär wissenschaftlichen Studium in der Aufbauphase würde zweifellos auch im Hochschulbereich die institutionellen Bedingungen einer esoterischen Öffentlichkeit schaffen. Auf diese Weise beförderte die Universität selbst ihre politische Sklerose und die Sache des autoritären Staates, indem sie zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung und der Studierenden über deren Bildungsstand und sozialen Aufstieg eine Vorentscheidung trafe. »Es ist der Rückstand an Kultur und Erziehung, der die Individuen (seien sie organisiert oder nicht, seien sie die Arbeitgeber, die politischen >Eliten<, die Bourgeoisie als Klasse, die organisierten Arbeitnehmer) unfähig macht, selbst die Verwaltung der gesellschaftlichen Produktion und der Gesellschaft zu übernehmen, ganz gleich, auf welcher Ebene« (XI, 152).

7 Hermann Lübke, *Wissenschaftspolitik, Wissenschaft. und Politik*, in: *Festschrift zur Eröffnung der Universität Bochum*, S. 144 f. Vgl. dazu die folgenden Bemerkungen in Pierre Bourdieus und Jean-Claude Passerons Studie *Les Héritiers Les étudiants et la culture* (Paris 1964): »En effet, les individus programmés, c'est-à-dire, dotés d'un programme homogène de perception, de pensée et d'action sont le produit le plus spécifique d'un système d'enseignement. Les hommes formés à une certaine discipline, ou à une certaine école, ont au commun un certain >esprit< normalien ou polytechnicien; façonnés selon le même >modèle< les esprits selon modèles sont prédisposés à entretenir avec leurs pareils un rapport de complicité et de communication.« Vgl. zum elitären Training der Technokraten auch den Aufsatz von Ulrich K. Preuß, *Beamtenelite*, in: *atomzeitalter* 3, 1968, S. 107 ff.; er kommentiert die Diskussion in Frankreich um die Ecole Nationale d'Administration, die durch eine Streitschrift von Jacques Mandrin (Pseudonym für ein Autorenkollektiv): »Die Enarchie oder Die Mandarine der bürgerlichen Gesellschaft«, ausgelöst wurde.

8 Hermann Lübke, a.a.O., S. 144/145.

66

Der »Normalstudent«

Der oben geschilderte Sachverhalt hat den Wissenschaftsrat dazu bewogen, die Einheit von Forschung und Lehre zu zerbrechen und die Stücke dann administrativ als »Verbindung von Forschung und Lehre« (Vgl. XXXII, 9, 2. Abs.) wieder zusammenzufügen, da der »normale« Student an der Forschung ja grundsätzlich nicht teilnehmen und teilhaben soll. »Bei dieser Zuordnung (von Normalstudium und Aufbaustudium. S. L.) gestaltet sich das Verhältnis von Forschung und Lehre in der Weise, daß für das (Normal-)Studium die an der Forschung orientierte Lehre den Vorrang hat, während im Aufbaustudium die Forschung die auf sie bezogene Lehre in ihren Dienst nimmt« (XXXII, 30). Die für die Teilnahme an spezialisierten Forschungen erforderlichen Verhaltensweisen sollen in »einem erzieherischen Vorraum von Wissenschaft geübt« und als abstrakte »wissenschaftliche Haltung« den Studenten vermittelt werden.⁹ Die Wissenschaft selbst liefert dem Studenten nur noch das Status-Korsett, eine »Haltung«, und hat mit der studierten Sache selbst kaum noch etwas zu tun. In den Worten des Wissenschaftsrates heißt das so: »Im einzelnen soll erreicht werden, daß der Student sich das von seinem Fach erforderte und für seinen Beruf nötige Wissen aneignet, sich mit den wissenschaftlichen Arbeitsmethoden seines Faches vertraut macht, im Umgang mit Wissenschaft erfährt, was wissenschaftliche Erkenntnis ist und zu leisten vermag« (XXXII, 14) - nur selber praktizieren soll er Wissenschaft und Erkenntnis nicht. Damit ist die Loslösung wissenschaftlicher Erkenntnis von selbsttätiger Forschung besiegelt. »Wo es nicht beim Feststellen und Ordnen in möglichst neutralen, das heißt für die Lebenspraxis in den

9 Gerhard Grohs, Heinz Theodor Jüchter, Lothar Krappmann, Klaus Meschkat, Peter Müller, Werner Müller, Wolfgang Nitsch, Peter Scheib, Theo Tupetz, Karl Heinz Zenz, *Studienreform ohne Hochschulreform? Eine kritische Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums*, verfaßt von Mitgliedern der Kommission des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen. Vorabdruck der Deutschen Universitätszeitung, Ausgabe Dezember 1966, S. 3

67

gegebenen Formen unerläßlichen Kategorien bleibt, regt sich sogleich ein Widerstand. [...] Ohne die Fortsetzung der theoretischen Anstrengung, die mit dem Interesse an einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft die gegenwärtige kritisch durchleuchtete [...] ist der Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der menschlichen Existenz der Grund entzogen.«¹⁰

Mit der Konzeption des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums ist eine Zwischenprüfung nach dem vierten Semester verbunden, die, dem eingeschlagenen Weg zur Ausstattung des Studierenden mit Fachwissen folgend, Leistungen auf eben diesem Gebiet erwartet; sie verlangt nicht Kenntnisse der Problemgeschichte des betreffenden Fachs, auch nicht fundiertes Wissen zur Methodologie, sondern »Verfügungswissen« zum Zweck der Berufseinübung. Das bedeutet, daß wissenschaftliches Arbeiten im genauen Sinne dieses Begriffs vor dem ersten Hauptexamen überhaupt nicht stattfindet.

Als weitere Konsequenz der Neuordnungspläne ist zu verzeichnen, daß der Student nur »in einem Fach an dem für seinen Beruf dienlichen Wissen exemplarisch (erfahren soll), was wissenschaftliche Erkenntnis ist« (XXXII, 21). Das bedeutet eine deutliche Verschlechterung der Studienmöglichkeiten. Ein Student, der ein derart »kastriertes Hauptstudium« absolviert hat, wird, trotz Diplom, nicht imstande sein, zum Beispiel an der wissenschaftlichen Planung und Forschung in Staat und Industrie verantwortlich teilzunehmen; er bleibt ein Mitglied jener Kaste, die »weniger auf wissenschaftlich abstrahierendes Denken als auf praktisches Handeln gerichtet« (XXV, 14) ist. Er hat zu lernen und zu vergessen gelernt, mehr nicht, und bleibt zeit seines Lebens das, was der Wissenschaftsrat eine »praktische Begabung« nennt. Der Bedarf an derlei »Begabungen« scheint nicht weniger groß als der an Spezialisten, die, den Vorstellungen des Wissenschaftsrates und des GKWW zufolge, das Produkt des Aufbaustudiums sind. Aber für beide Gruppen, die »Führungskräfte der mittleren Ebene« (X, 13) und die technokratische Elite, gilt, daß

10 Max Horkheimer, *Traditionelle und kritische Theorie*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 1937 (VI/2), S. 245 ff.

68

sie, da sie sich in erster Linie, wenn auch auf unterschiedlichen Niveaus, um die Funktions- und Leistungsfähigkeit des Apparats kümmern, nur noch die Werkzeuge sehen, nicht mehr die Ziele, denen jene dienen; ihre Arbeit und ihre Ausbildung veranlassen sie nicht mehr dazu, diese Ziele in Frage zu stellen. Für sie ist »nur wahr, was funktioniert. Nur die unmittelbar anwendbaren Vorschläge haben Gültigkeit« (XI, 153/154)

Es ist offensichtlich, daß mit dieser Art Studienordnung die Berufschancen von vornherein auf bestimmte Leitbilder eingeschränkt werden, die einem autoritär-technokratischen Staatsgefüge Vorschub leisten. Die Wände zwischen den einzelnen Ausbildungsbahnen werden schalldicht gemacht. »Die vorgeschlagene Neuordnung des Studiums verbietet den Lernenden, unabhängig von einem Examen, das die Fähigkeit zu einem akademischen Beruf bestätigt, wissenschaftliche Interessen außerhalb seines zunächst gewählten Studienganges zu verfolgen. Dieses Verbot schränkt die Möglichkeit ein, eigene Interessen an verschiedenen Gegenständen zu erproben und kennenzulernen; womit auch die wichtigste Voraussetzung für einen begründeten Studienfachwechsel entfällt« (XIII, 93), Man wird deshalb den Studienfachwechsel aus »begründetem Entschluß« (XXXII, 29), den der Wissenschaftsrat vorsieht, wenn er auch im zweiten Teil des Studiums »seltene Ausnahme« (XXXII, 29) sein soll, eher als eine salvatorische Klausel verstehen dürfen, die es der Universitätsbürokratie gestattet, unter Leistungs- und Effektivitätsgesichtspunkten die einzelnen Studiengänge hermetisch abzuriegeln.

Neben dieser Gefahr für die individuelle Berufsplanung ergibt sich nun aber noch eine zweite aus der Erhöhung der »drop-out«-Quote; sie rührt aus der mit der Zwangsexmatrikulation verknüpften Verschärfung des Leistungsdrucks her. Angesichts der Tatsache, daß die Mittel, die zur Verwirklichung der *Empfehlungen des Wissenschaftsrates* nötig wären, gegenwärtig weder vom Bund noch von den Ländern aufgebracht werden können, ist die Verschlechterung der Arbeitssituation der Studenten die wahrscheinliche Folge; was dazu führen mag, daß sich die Zahl der Studenten, die ohne formellen Abschied die Universität verlassen, erhöht. Eine

69

Untersuchung über den Studienerfolg¹¹ an den Universitäten Berlin (Freie Universität), Frankfurt/M., Bonn und der Wirtschaftshochschule Mannheim, die für die Gesamtstudentenschaft oder andere Universitäten bzw. Fachgruppen

zwar nicht repräsentativ, aber doch aufschlußreich für eine ungefähre Abschätzung des Problems ist, brachte folgende Ergebnisse:

	Wissenschaftlicher Abschluß ^a	Wissenschaftlicher Abschluß ^b	noch im Studium ^c	Studium augegeben ^d	100%
Theologie	73	10	12	5	100%
Medizin	74	4	10	12	100%
Pharmazie	82	-	7	11	100%
Rechtswissensch.	77	2	6	15	100%
Wirt.-u.Soz.-Wiss.	65	2	11	22	100%
Kulturwissensch.	37	17	25	21	100%
Naturwissensch.	56	6	26	12	100%
Technische Fächer	46	-	26	18	100%
Musik/Sport (Köln)	x	-	x	-	100%
Landwirtschaft	100	-	-	-	100%
Sonstige Fächer	-	-	-	x	100%
insgesamt	63	6	15	16	100 ^e

a) an deutscher wissenschaftlicher Hochschule; b) im Ausland oder an nichtwissenschaftlicher Hochschule, Akademie, Fachschule o. ä. im Inland; c) im Inland, ohne ein wissenschaftliches Hauptexamen; d) wiss. Studium wurde ganz aufgegeben oder ganz ins Ausland verlegt (kein gelegentlicher Aufenthalt), aber nicht abgeschlossen, oder nichtwissenschaftliches Studium wurde *noch nicht* abgeschlossen; e) die Prozentangaben dieser Summenzeile sind weder auf die Gesamtstudentenschaft noch auf einzelne Universitäten übertragbar, da die Erhebungsstichprobe der Studienanfänger des SS 1957 an vier ausgewählten Hochschulen weder für alle Universitäten und Fachgruppen noch für die Gesamtstudentenschaft repräsentativ ist. x bedeutet: vorhanden, aber Prozentangaben nicht sinnvoll.

11 Zit. nach Gerhard Kath, Christoph Oehler, Roland Reichwein, *Studienweg und Studienerfolg*. Studien und Berichte No. 6 des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 1966, S. 23.

70

Von einer »wissenschaftlichen Durchdringung der Praxis« (XXXII, 9) kann im Rahmen der Neuordnungspläne keine Rede sein. Theorie und Praxis fallen völlig auseinander, wenn im Laufe des Studiums lediglich eine »wissenschaftliche Haltung« verinnerlicht werden soll und die Berufspraxis selbst in der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Ausbildung nicht kritisch aufgehoben wird. Zum Problem Studium und Praxis heißt es denn auch in den *Empfehlungen*: »Die wissenschaftliche Ausbildung wird von den Hochschulen getragen. Die zur Ausbildung der entsprechenden Berufe nötige praktische Ausbildung können die wissenschaftlichen Hochschulen in der Regel nicht übernehmen. Sie müssen aber darauf dringen, daß der Student nicht schon während seiner wissenschaftlichen Ausbildung, die seine volle Kraft beansprucht, von anderen Stellen zur Einübung in seinen künftigen Beruf beansprucht wird. Eine Vermengung dieser beiden Ausbildungsweisen stört die wissenschaftlichen Hochschulen in der Erfüllung ihrer Aufgaben« (XXXII, 122). Aus der an anderer Stelle entworfenen Konzeption der Lehrerausbildung (Trennung von praktisch-pädagogischem und theoretischem Teil) muß im Zusammenhang mit dem soeben Zitierten geschlossen werden, daß die Berufspraxis selbst nicht Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung sein soll. »Statt dessen übernimmt (der Wissenschaftsrat) die bei den bestehenden Verhältnissen naheliegende Trennung zwischen wissenschaftsloser Praxis und praxisloser Wissenschaft [...]«¹² Ein solches Verständnis des Verhältnisses von Theorie und Praxis geht nicht nur hinter die Bildungsidee der neuhumanistischen Universitätsgründer zurück, es paßt sich auch freiwillig den Intentionen jener »formierten Gesellschaft« an, in der das von den Wirtschaftseliten definierte »Gemeinwohl« mit der Harmonisierung der sozialen Widersprüche zu »sozialen Rollen« zusammenfällt. Die hier gedachte Trennung von Theorie und Praxis vollendet die Eingliederung der Universität in den allgemeinen ökonomischen und staatlichen Verwertungsapparat.¹³ »Den Gegenstand der Theorie von ihr getrennt zu

12 *Wissenschaftslose Praxis und praxislose Wissenschaft*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a.a.O., S. 112 ff.

13 Vgl. dazu F. Nyssen, a.a.O.

71

denken, verfälscht das Bild und führt zum Quietismus oder Konformismus« (Max Horkheimer). Reformbedürftig, so scheint es, sind nicht zuletzt die Reformpläne.

Selbstrekrutierung der Ober- und Mittelschichten

Entgegen dem Hinweis im *Allgemeinen Teil*, daß »Bildung auf allen Stufen ein Grundrecht aller ist« (XXXII, 12), tragen die *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates objektiv dazu bei, die unterprivilegierten Schichten von der Universität weiterhin fernzuhalten. Es gibt in Deutschland wohl niemanden, der nicht der Meinung wäre, daß Bildung ein »Grundrecht aller« ist. Aber diejenigen, die sich Gedanken machen, wie dieses Grundrecht zu verwirklichen sei, sind dünn gesät. In der Rechtswissenschaft immerhin gewinnt jetzt die Überlegung an Boden, daß verfassungsmäßige Grundrechte nicht ausschließlich als Abwehrrechte des einzelnen gegenüber dem Staat zu interpretieren seien, wie es ihre Funktion noch im Liberalismus war, sondern daß sie als Mitwirkungsrechte und Teilhaberechte aufzufassen seien.¹⁴ Der Wissenschaftsrat, der nach seinem eigenen Verständnis seine Reformvorschläge auch und gerade im Hinblick auf eine Aufhebung der Klassenstruktur des deutschen Bildungswesens gemacht hat, hat von diesem Thema nur beiläufig Notiz genommen. Die Konsequenzen, die er an anderen Stellen zieht, sind gleichwohl nicht unerheblich für die soziale Mobilität an den Universitäten,

Zunächst wird die Studienzeitsbegrenzung - verbunden mit den Bestimmungen über die »zweckmäßige Verwendung der vorlesungsfreien Zeit« (XXXII, 28) - die Zeit verkürzen, die zur Studienfinanzierung bislang gerade von den >Minderbemittelten< genutzt wurde.¹⁵ Selbst die Honnef-Stipendiaten erhalten in den ersten Semestern keine Zuwendungen für die »Semesterferien«; da aber der Druck auf die ersten Semester sich mit der Neuordnung spürbar verschärft, wird hier eine

14 K. Hesse, *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Karlsruhe 1967, S. 114 f.

15 Im Sommer 1959 gaben rund 30 Prozent aller westdeutschen und westberliner Studierenden an, daß sie im vorangegangenen Semester ihr

72

zusätzliche Barriere für die errichtet, die zu Beginn ihres Studiums nicht in der Lage sind, Finanzierungslücken abzudecken. Es leidet keinen Zweifel, daß solche Bestimmungen die schichtenspezifischen Auslesemechanismen verfestigen. Hinzu kommt, entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates bis 1970, die Wirkung des Numerus clausus, der in erster Linie die Kinder der unteren Schichten treffen wird, die, wie die sozialpsychologische Erfahrung lehrt, eine nur schwache Studienmotivation mitbringen. »Unser Bildungssystem ist ein bürgerliches mit bürgerlichen Traditionen.«¹⁶ An diesem Sachverhalt findet der Wissenschaftsrat nichts Problematisches. Daß die Kinder der unteren Schichten, die niemals im bürgerlichen Sinne einen Sozialisationsprozeß durchlaufen haben und deren Sprachstile¹⁷ und intellektuelle Leistungsgewohnheiten¹⁸ aus eben diesem Grund von denen der oberen Schichten völlig verschieden sind, gerade im Ausbildungsbereich ganz außerordentliche Anpassungsschwierigkeiten haben, bekümmert den Wissenschaftsrat nicht, ja, es wird nicht einmal thematisch in seinen *Empfehlungen*; auf die ausführliche hochschulpolitische Diskussion¹⁹ dieser Frage geht er mit keinem Wort ein. Dort, wo früher »in höchst vermittelter Weise die sozialökonomischen Verhältnisse derjenigen, die als Angehörige der Ober- und Mittelschichten einen wirtschaftlich leichteren Zugang zum Studium« haben, die

Studium ganz (ca. 5 Prozent) oder teilweise (ca. 25 Prozent) durch Einnahmen aus Werkarbeit finanziert hatten. Der Anteil lag im Sommer 1963 bei 22 Prozent (ganz: 6 Prozent, teilweise: 16 Prozent). Unabhängig von der Notwendigkeit, das Studium zu finanzieren, scheint in beiden Jahren jeweils rund die Hälfte aller Studierenden erwerbstätig gewesen sein. Vgl. Gerhard Kath, Christoph Oehler, Roland Reichwein, *Studienweg und Studienerfolg*, Studien und Berichte No. 6 des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, S. 77 ff

16 Wolfgang Edelstein, *Chancengleichheit ohne Schulreform*, in: *Neue Sammlung* 1966, Heft 6, S. 627 ff.

17 Vgl. Basil Bernstein, *Soziokulturelle Determinanten des Lernens*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 4, 1959.

18 Wolfgang Edelstein, a.a.O.

19 Vgl. z. B. Ralf Dahrendorf, *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*, Tübingen 1965, und die Literaturangaben in den Fußnoten 26a ff.

73

Chancen derjenigen minderten, denen »nach wirtschaftlichen Kriterien der Studienzugang zwar noch mühsam« möglich war, in Anbetracht der sie erwartenden Anpassungskonflikte jedoch kaum »wünschbar erschien« (XXXII, 380), dort werden nun diese Verhältnisse als Sperren unmittelbar wirksam. Wer es zu nichts gebracht hat, hat es eben nicht besser verdient; mit dieser Ideologie²⁰ wird heute wie vor hundert Jahren über die Chancen sozialen Aufstiegs entschieden - von denen, die es zu etwas gebracht haben und die nicht danach fragen mögen, warum sie oben²¹ und die anderen unten sind.

In seinen Ausbauempfehlungen bis zum Jahre 1970 hat der Wissenschaftsrat nun wenigstens dem Problem der Studienfinanzierung Aufmerksamkeit geschenkt. Er empfiehlt die Ausdehnung der Honnefförderung auf die »vorlesungsfreie Zeit« sowie eine Änderung der Aufnahmebestimmungen, so daß dem Honnefer Modell »breitere Wirkungsmöglichkeiten eröffnet werden« (XXXI, 116). Diesem Vorschlag ermangelt es aber sowohl an Präzision als an einem verbindlichen Appell an den Adressaten: die (selbst mitarbeitenden) staatlichen Instanzen, denen bei der

gegenwärtigen Haushaltslage keine allzu große Aktivität auf diesem Gebiet unterstellt werden darf. Daß die sozialen Auslesemechanismen weder erwähnt noch definiert werden, nimmt nicht wunder, nachdem sich das Selbstverständnis der Hochschulen im Verlauf der allgemeinen Restauration mehr und mehr auf den Horizont der »Hochschulpolitik« verengt hat, eine Kategorie, die jedes umfassende Interesse als unrein, »hochschulfremd«²² von sich weist und in der die Zurichtung des Ausbildungssystems für

20 Vgl. hierzu den Abschnitt *Der Wissenschaftsrat. Notizen zur Organisation*, Kap. 11, S. S 1 ff.

21 Wolfgang Nitsch hat darauf hingewiesen, daß den Schülern, Studenten, Lehrern und Berufstätigen aus den bislang diskriminierten Unter- und Mittelschichten die Motivation und Artikulationsfähigkeit zur Entfaltung ihrer (latenten) Begabungen fehlt. Sie leben in einem Sozialisationsghetto. Vgl. auch den Bericht von Donald N. Michael, *The Next Generation. The Prospects Ahead for the Youth of Today and Tomorrow*, New York 1965.

22 Vgl. dazu Wolfgang Fritz Haug, *Der hilflose Antifaschismus*, Frankfurt/Main 1967. Haug hat den Mechanismus der Abdrängung methodi

74

die Bedürfnisse dieser Gesellschaft sichtbar wird. Im *Blauen Gutachten* vom Januar 1948 konnte man noch lesen: »Die wichtigste Triebkraft der politischen Ereignisse unseres Jahrhunderts ist der Kampf des Arbeiters um den angemessenen Platz in der Gesellschaft. Er befand sich zunächst, auch wo er formale politische Freiheit besaß, in ökonomischer Sklaverei. Aus dieser hat er sich teilweise herausgearbeitet. Aber noch immer kämpft er um den vollen Zugang zu den materiellen und geistigen Gütern einer Zivilisation, die ohne seine Arbeit nicht bestehen könnte. Die Umgestaltung der Gesellschaft, die man als das Ende des bürgerlichen Zeitalters bezeichnen kann, ist noch im Gange.«²³ Zwanzig Jahre später sind solche Argumente verdrängt und vergessen - und mit ihnen die Tatbestände, auf die sie angespielt haben und die fortbestehen. Sieht man sich die heutigen Statistiken zur Sozialschichtung im Hochschulbereich an, so zeigt sich, daß das »bürgerliche Zeitalter« noch in voller Prosperität steht. Für das Wintersemester 1966/67 sind aus der Sozialerhebung des Verbands Deutscher Studentenschaften die folgenden Zahlen über die Herkunft der Studierenden, denen die Anteile der selben Kategorien unter den männlichen Erwerbspersonen gegenübergestellt sind, bekannt²⁴:

	Väter der Studierenden im Wintersemester 1966/67	Männliche Erwerbspersonen lt. Volkszählung 1961
Arbeiter	5,4%	56,6%
Angestellte	29,7%	19,7%
Beamte	34,2%	7,2%
Selbständige	30,7%	16,5%
	100%	100%

scher Analyse mit Hilfe von Reizwörtern wie »unsauber«, »unrein«, »wissenschaftsfremd«, »von außen kommend« insbesondere an den universitären Faschismusinterpretationen nachgewiesen.

23 Zit. nach Rolf Neubaus, *Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959*, Wiesbaden 1961, S. 299.

24 Zit. nach Horst Geyer, *Gibt es Bildungsprivilegien in der Bundesrepublik?*, in: *Heidelberger Blätter* 9/10 1966/67, S. 1 ff.

75

Zum Vergleich: die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft in Frankreich ist der deutschen strukturell ähnlich. In der Untersuchung von Bourdieu/Passeron (*Les Héritiers*) finden sich folgende Indexziffern für die »chances objectives«, die »probabilité d'accès« bestimmter sozialer Schichten im Zugang zur Hochschule: »Salarie agricoles«: 0,7; »agriculteurs«: 3,6; »personnel de service«: 2,4; »ouvriers«: 1,4; »employés«: 9,5; »patrons de l'industrie et du commerce«: 16,4; »cadres moyens«: 29,6; professions libérales et cadres supérieurs«: 58,5.²⁵

Die Zusammensetzung der Studentenschaft, der Professoren und der oberen Mittelschicht in der Bundesrepublik, bezogen auf soziale Schichtung im Elternhaus, wird von Ralf Dahrendorf wie folgt angegeben²⁶:

Soziale Schicht	Gesamtbevölkerung (1955)	Obere Mittelschicht (1955)	Studenten (1955/56)	Professoren (1953)
Obere Mittelschicht (= "funktionale Elite")	4,6%	27,7%	47,2%	65,0%
untere Mittelschicht	38,6%	55,5%	47,4%	31,8%
Arbeiterschaft (obere und untere Unterschicht)	51,9%	15,5%	5,0%	2,4%
Unklassifizierbar	4,9%		0,4%	-
	100%	100%	100%	100%

Am Anteil der Arbeiterschaft hat sich demnach bis 1966/67 kaum etwas geändert (es ist eine Zunahme von 0,4 Prozent

festzustellen). Die unterschiedlichen statistischen Daten über die Beteiligung anderer Gruppen dürften weniger auf belangvollen schichtmäßigen Verschiebungen als auf ungleichartiger Kategorienbildung beruhen. Die obere Mittelschicht umfaßt

25 Siehe Pierre Bourdieu/Jean-Claude Passeron, *Les Héritiers* a.a.O., S. 15.

26 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Freiheit*, München 1962, S. 176 ff.

76

nach Dahrendorf die »funktionalen Eliten« in Wirtschaft und Politik, Erziehung und Religion, Kultur, Militär und Recht. Aus der Übersicht ergibt sich, daß die Selbstrekrutierung der »funktionalen Eliten« im ganzen (27,7 Prozent) geringer ist als der Anteil von Studenten (47,2 Prozent) und vor allem der Professoren (65,8 Prozent), die aus den oberen Mittelschichten stammen. Im Zuge der Verwissenschaftlichung wird auch die Quote der Selbstrekrutierung der Oberschichten wieder steigen. Die Durchlässigkeit der Hochschule für die Unterschichten in der Ausbildungsphase ist gering (5 Prozent), im Ordinariatsstadium minimal (2,4 Prozent). - Die *Sozialschichtung der Fakultäten* selbst indiziert ihrerseits eine unterschiedliche Durchlässigkeit für die unteren Schichten:

Ausgewählte Herkunftsgruppen der Studierenden in den verschiedenen Fakultäten deutscher Universitäten und Hochschulen 1955/56

Fakultät	Fakultätsanteil %	Anteil Arbeiterkinder %	Anteil Akademikerkinder %	4:5	Verteilung der Arbeiterkinder %
Theologie	5,0	12,2	24,1	2.0	12,0
Kulturwissenschaften	15,6	5,7	29,5	5.2	17,9
Naturwissenschaften	14,5	6,6	29,1	5.2	15,9
Technische Fächer	20,0	6,5	24,9	4.5	21,8
Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	29,4	4,5	26,3	5.9	26,6
Land- und Forstwissenschaften	1,6	2,4	30,7	12.6	0,7
Medizin	15,9	1,9	53,1	27.4	5,1
Insgesamt	100,0	5,0	30,5	6.0	100,0

Berücksichtigt man, daß ca. 20 Prozent aller Volksschullehrer aus Arbeiterfamilien stammen, so sähe eine Schichtungspyramide wie folgt aus: die breite Basis der Pyramide bilden Pädagogik und Theologie, beides Fächer, die für Angehörige der unteren Schichten vergleichsweise leicht zugänglich sind.

77

In der Mitte der Pyramide liegen die natur- und kulturwissenschaftlichen Fächer, an der Spitze die Medizin und die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Zwischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wird leider statistisch nicht differenziert; es ist anzunehmen, daß die Wirtschaftswissenschaften eher zur Mitte tendieren, die Rechtswissenschaften hingegen stark zur Spitze.

All diese Subtilitäten gesellschaftlicher Analyse, die ein Soziologiestudent spätestens im dritten Semester durchschaut, hat der Wissenschaftsrat lässig übergangen. Weder hat er sie explizit erörtert, noch sind sie sonst in seine Überlegungen und deren Konsequenzen eingegangen. Die aufwendige Rede vom Grundrecht aller auf Bildung erweist sich als Alibi dafür, daß für die Verwirklichung des Grundrechts nichts getan wird, ja, schlimmer: daß die schicht- und geschlechtsspezifische Selektion im westdeutschen Bildungswesen für den Bereich der Hochschule institutionell abgesichert wird. Die rhetorische Verbeugung vor den Formalien ist nur ein Bestandteil des Widerstands gegen deren Materialisierung. Für die Verhältnisse in der Bundesrepublik ist die gleichsam naturwüchsige Arbeitsteilung zwischen theoretischer Bildungsforschung und praktischer Bildungsreform symptomatisch. Seit Jahren liegen fundierte Untersuchungen über die Ursachen der schicht- und geschlechtsspezifischen Auslese im bundesrepublikanischen Bildungswesen und dem vergleichbarer westlicher Länder vor. Die Arbeiten aus den USA^{26a}, die sprachanalytischen Forschungen von Bernstein, Oevermann und anderen^{26b}, die Berichte über die Anpassungserwartungen des

26a U. Bronfenbrenner, *Socialization and Social Class Through Time and Space*, in: Maccoby, Newcomb, Hartley (Hrsg.), *Readings in Social Psychology*, New York 1958; B. C. Rosen, R. G. D'Andrade, *The Psychological Origins of Achievement Motivation*, in: *Sociometrie* 1959; L. Schneider, S. Lysgaard, *The Deferred Gratification Pattern*, in: *American Sociological Review* 1953; M. R. Winterbottom, *The Relation of Need of Achievement to Learning Experiences in Independency and Mastery*, zit. n. H. G. Rolff, *Sozialisation und Auslese in der Schule*, Heidelberg 1967, S. 39 ff.

westdeutschen Schul- und Universitätsbetriebs^{26c} und die Analysen der geschlechtsspezifischen Unterprivilegierung^{26d}, so unterschiedlich sie in der Methode, der Konzeption und den Folgerungen auch sind, zeigen immerhin dies: daß die Ursachen der schicht- und geschlechtsspezifischen Selektion von der frühkindlichen Sozialisation bis zu den Abschlußprüfungen an den Universitäten fest institutionalisiert sind^{26e}. Angesichts dieser Tatbestände wird die Rede vom »Grundrecht aller« nachgerade zum Zynismus. Der Wissenschaftsrat hat von diesen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen keine Notiz genommen, und entsprechend sind die Ergebnisse. Als im Jahre 1919 die erste demokratische Verfassung Deutschlands in Kraft trat, betrug der Anteil der Arbeiterkinder an den Studierenden rund ein Prozent. Fünfzig Jahre später sind es rund fünf Prozent^{26f}. Wenn die *Empfehlungen* des Wissenschaftsrats konsequent praktiziert werden, ist für die

quences, in: J. J. Gumper und Dell Hymes (Hrsg.), *The Ethnography of Communication*, in: *American Anthropologist*, December 1964; U. Oevermann, *Soziale Schichtung und Begabung*, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 1966, Beiheft 6.

26c H. Adarn, *Bildungsprivileg und Chancengleichheit*, in: *Das Argument* 1964, S., 204 ff.; Ralf Dahrendorf, *Arbeiterkinder ... a.a.O.*; W. Edelstein, *Kritische Überlegungen zur Bildungswerbung*, in: *Sicherheit und Aufstieg*, Düsseldorf 1967; R. Geulen und H. Bacia, *Arbeit und Angst der Studierenden*, in: *Wider die Untertanenfabrik a.a.O.*; J. Kob, *Die Rollenproblematik des Lehrerberufs*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1958, Beiheft 4; H. Popitz, *Die Ungleichheit der Chancen im Zugang zur höheren Schulbildung*, in: Ludwig v. Friedeburg (Hrsg.), *Jugend in der modernen Gesellschaft* Köln 1965; P. H. Roeder u. a., *Sozialstatus und Schulerfolg*, Heidelberg 1965.

26d M. v. Brentano, *Die Situation der Frauen und das Bild >der Frau< an der Universität*, in: *Universitätstage der Freien Universität* 1963, Berlin 1963; H. Anger, *Probleme der deutschen Universität*, Tübingen 1960; X. Dörner, *Der Zwang zur Dissoziation von Lust und Leistung*, in: *Das Argument*, Heft 23, S. 29 ff.; H. Gerstein, *Studierende Mädchen*, München 1965; H. Vetter, *Zur Lage der Frauen an den westdeutschen Hochschulen*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1961.

26e R. Geulen, *Die Ungleichheit der Bildungschancen*, in: *Vorgänge* 1968, S. 89 ff.; H. G. Rolff a.a.O.

26f vgl. zu den Daten R. Dahrendorf, a.a.O., S. 5 f.

nächsten fünfzig Jahre ein Zuwachs dieses Anteils um weitere vier Prozent keineswegs sicher. Wie gutwillig jedes einzelne der Mitglieder des Wissenschaftsrats auch sein mag, das objektive Interesse, das dessen Empfehlungen leitet, ist kein emanzipatorisches. Es ist orientiert am Marktmodell, am In-put-Out-put-Denken, an betriebsund volkswirtschaftlichen Erwägungen, an Denkfiguren aus der Sphäre der Gewinnmaximierung. Hier wird nicht etwa einer Klippschul-Ideologie das Wort geredet. Eine hochindustrialisierte Gesellschaft braucht eine große Zahl ausreichend qualifizierter Fachleute. Es ist aber dagegen anzugehen, daß die Bildungsreform, drapiert als Antwort auf Anforderungen »der Wirtschaft« und auf »gesellschaftliche Interessen«, sich den spätkapitalistischen Produktionsapparat zum Vorbild nimmt, ohne die Frage nach dem Abbau schicht- und geschlechtsspezifischer sozialer Auslesemechanismen auch nur zu stellen.

Zwei-Stände-Universität

Der Reform des Studienganges entspricht eine solche des Lehrens, zumindest auf der unteren Stufe der Ausbildung. Wie das Studium selbst in ein Normalstudium und ein Aufbaustudium unterteilt wird, so der Lehrkörper in lehr- und forschungsintensive Stäbe, d. h. in Pauker und Forscher. »Einer kompromißlosen Verschulung des Hauptstudiums käme die Aufteilung in zwei Kategorien von Lehrern entgegen. Die Studienprofessoren übernehmen die ganze Last der normalen Ausbildung, während sich die Professoren alten Stils auf die Betreuung des Aufbaustudiums beschränken dürften und auf diesem gehobenen Niveau zur Aufrechterhaltung der traditionellen Einheit von Forschung und Lehre privilegiert wären« (XIII, 9 f.). Dies bedeutet eine Erweiterung des akademischen Mittelbaus durch die Schaffung von Pseudoprofessuren (i. e. Studienprofessuren), deren Inhaber zu eigener Forschung keine Zeit finden und von der Ordinarienhierarchie ausgeschlossen bleiben. Zu dieser Kategorie von Lehrkräften wird man die Akademischen Räte, die Studentäte im Hochschuldienst, die Studienprofessoren u. ä. rechnen

müssen. Die Konsequenz dieses Vorschlags ist die Verschulung der Universität; der Wissenschaftsrat hat sie in Kauf genommen, freilich ohne über die Mehrkosten auch nur ein Wort zu verlieren; zu einer großzügigen Regelung von Forschungssemestern, welche die stärkere Akzentuierung der Lehre ausgleichen könnten, mochte er sich nicht verstehen; statt dessen plädiert er in seinen Ausbauempfehlungen für eine restriktive Personalpolitik.²⁷ Die rund hundertprozentige Kostenerhöhung allein für personellen Mehrbedarf, die zum Beispiel an der Freien Universität Berlin für die Fachgebiete Germanistik, Geschichte, Mathematik und Wirtschaftswissenschaften errechnet wurde²⁸, klammert der Wissenschaftsrat wohlweislich aus seinen Erwägungen aus. Da er die öffentliche Hand nicht zur Erhöhung der Investitionen auffordert, muß gefolgert werden, daß er die finanzielle Verwirklichung seiner Vorstellungen von den Hochschulen selbst erwartet. Das wiederum ist nur möglich auf dem Wege einer Aufspaltung der Lehrhierarchie, der

auch personellen Trennung von Forschung und Lehre. Das Ergebnis wäre die vollkommene Zwei-Stände-Universität.

Der Wissenschaftsrat. Notizen zur Organisation

Befürworter und Initiatoren der *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums sind die Großindustrie und die Regierungen bzw. die Verwaltungsbükratien. Wie stark deren Interessen auch organisatorisch im Wissenschaftsrat repräsentiert und befestigt sind, läßt sich an dessen Zusammensetzung ablesen.

Viele der Wissenschaftler, die Mitglieder des Wissenschaftsrates sind, arbeiten gleichzeitig auch als Funktionäre in den sogenannten Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft, die ihrerseits mit Staat und Wirtschaft eng verflochten

27 Vgl. den Beschluß des Verbandes Deutscher Studentenschaften, in: *Wider die Untertanenfabrik, a.a.O., S. 363 ff.*, und den Aufsatz von Peter Müller, ebda., S. 367 ff.

28 Vgl. *Wissenschaftslose Praxis und praxislose Wissenschaft. in.- Wider die Untertanenfabrik, a.a.O., S. 112 ff.*

81

sind. In einem Fall verhielt es sich sogar so, daß ein Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Professor Karl Maria Hettlage, als Wissenschaftler in den Wissenschaftsrat kooptiert wurde. Dergleichen Vorfälle verdeutlichen die Funktion des Wissenschaftsrates, die Absichten von Bürokratie und Wirtschaft wissenschaftlich zu drapieren.

Neben den Vertretern von Bund, Ländern und >Wissenschaft< sind in den Wissenschaftsrat auch sechs »anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens« zu berufen. Der Bundespräsident hatte auf Vorschlag von Bund und Ländern- Stand vom Dezember 1966 folgende Personen benannt:

Dr. jur. Viktor Achter, Geschäftsführender Gesellschafter der Viktor Achter GmbH & Co., Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Mönchengladbach;

Dr. rer. pol. h. c. Otto A. Friedridi, Vorsitzender des Vorstandes der Phoenix-Gummiwerke AG (Flick-Konzern);

Dr. Ing. Dr. Ing. e. h. Heinz Goeschel, Vorstandsmitglied der Siemens Schuckert-Werke AG;

Dr. Ing. Dr. rer. nat. h. c. Dr. Ing. e. h. Dr. rer. pol. h. c. Carl Wurster, Vorsitzender des Vorstandes der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG;

Hans L. Merkle, Generaldirektor der Bosch-Werke;

Dr. Heinz Troeger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank.²⁹

29 Die genannten Herren gehörten der wissenschaftlichen Kommission bis Dezember 1966 an (Vgl. XXIX, 22). Im Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Wissenschaftsrates 1961 bis 1964 [XXVII], erstattet von Prof. Dr. Ludwig Raiser - Vorsitzender des Wissenschaftsrates von Januar 1961 bis Januar 1965 - ist folgende Zusammensetzung angegeben: Viktor Achter trat im Februar 1963 an die Stelle von Dr. rer. pol. Dr. jur. h. c. med. h. c. Peter van Aubel, Wirtschaftsprüfer, Vorsitzender des Vorstandes der Wirtschaftsberatungs AG Düsseldorf; Otto A. Friedrich ersetzte zur selben Zeit Dr. Ing. Dr. Ing. e. h. Otto Reuleaux, Vorsitzender des Vorstandes der Kali-Chemie AG; Goeschel gehört dem Wissenschaftsrat seit 1958 an; Carl Wurster gehört dem Wissenschaftsrat seit 1958 an; die Herren Hans L. Merkle und Heinz Tröger traten im Januar 1965 die Nachfolge von Rüdiger Robert Beet, Beigeordneter im Deutschen Städtetag, und Dr. jur. Dr. rer. pol. h. c. Ernst Hellmut Vits, Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, Vorsitzender des Vorstandes des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, an.

82

»Anerkannte Persönlichkeiten« sind offenbar nur Herren der Großindustrie.³⁰ Interessant ist weiterhin, daß bis auf H. Merkle alle Mitglieder Akademiker oder doch zumindest Akademiker ehrenhalber sind; drei Herren sind mit der Wissenschaft zusätzlich durch eine Professur liiert: Viktor Achter, außerplanmäßiger Professor für Germanische Rechtsgeschichte an der Universität Köln; Heinz Goeschel, Honorarprofessor an den Technischen Hochschulen Braunschweig und München; Carl Wurster, Honorarprofessor an der Universität Heidelberg. Solche Affinität zum Sozialklima wissenschaftlicher Betriebe verhindert unnötige Reibungen und verspricht eine einigermaßen friktionslose Durchsetzung der Interessen, für welche diese Mitglieder des Wissenschaftsrates stehen und deren Macht und Gewichtigkeit sie zu >opinion leaders< unter nur Professoren, »Kollegen«, werden läßt, die über eine ähnliche starke Rückendeckung nicht verfügen, aber auf diese Prioritäten in langjähriger Verwaltungspraxis eingespielt sind. Für Vertreter der Gewerkschaften war zunächst im Kartell der Wissenschafts- und Bildungspolitik kein Platz reserviert gewesen. Das hat sich zu Beginn des Jahres 1967 geändert: bei einem Revirement der »anerkannten Persönlichkeiten« wurden an Stelle von Wurster, Goeschel und Friedrich die Herren Rolf Spaethen (Deutsche Angestellten Gewerkschaft), Dr. Schneider (MaxPlanck-Gesellschaft) und Dr. Mommsen (Mitglied des Vorstands der Thyssen Röhrenwerke) kooptiert. An Art und Inhalt der Entscheidungsprozesse im Wissenschaftsrat dürfte sich dadurch kaum etwas gewandelt haben.

In der Weise, wie im Wissenschaftsrat Öffentlichkeit repräsentiert ist, wird in seinen Gremien auch verfahren: »kollegial« in einer von Geheimniskrämerei und Geheimhaltung umgebenen Institution. Der Wissenschaftsrat besteht

aus zwei Kommissionen: einer Verwaltung und einer Wissenschaftskommission, die zusammen die Wissenschaftsratsvollversammlung bilden. Bund und Länder sind in der Verwaltungskommission mit siebzehn Mitgliedern vertreten: den elf Kultusministern der Länder und sechs Staatssekretären des Bundes. 30 Das mag die Indifferenz gegenüber den Problemen der unteren Sozialschichten mit erklären. Vgl. S. 72 ff.

83

die allerdings nur über elf Stimmen verfügen, um mit den Ländern pari zu sein.

Die Wissenschaftskommission setzt sich zusammen aus den sechs »anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens« sowie aus den Vertretern der Wissenschaft (sechzehn Mitglieder). Welchen Einfluß die »Honoratioren-Gerontokratie«³¹ in der Wissenschaft hat, mögen einige Beispiele illustrieren. Der Einzug in den Wissenschaftsrat erfolgt nicht durch Wahl, sondern durch Kooptation der Honoratiorengruppe in der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) aus unverbindlichen Vorschlagslisten der Universitäten, die mit den Wünschen der Landesrektorenkonferenzen und des Länderausschusses der Westdeutschen Rektorenkonferenz abgestimmt wurden.³² Was liegt näher, als daß die führenden Mitglieder der kulturpolitischen Gremien sich selbst »promovieren«?

Professor Helmut Coing, 55, Römisches Recht, Bürgerliches Recht und Rechtsphilosophie, Universität Frankfurt/M. 1956/57 Präsident der WRK, war Wissenschaftsratsvorsitzender vom Februar 1958 bis zum Januar 1961, alsdann bis Januar 1963 Mitglied des Wissenschaftsrates;

Professor Ludwig Raiser, 63, Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Universität Tübingen, Wissenschaftsratsvorsitzender von Januar 1961 bis Januar 1965, war zuvor (1951-55) Präsident der DFG und ist seit Februar 1958 Mitglied des Wissenschaftsrates;

Professor Hans Leussink, 55, Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb, TH Karlsruhe, war 1960/62 Präsident der WRK, wurde im Januar 1963 Wissenschaftsratsmitglied und ist seit Februar 1965 Vorsitzender des Wissenschaftsrates;

Professor Gerhard Hess, 60, Romanistik, bis März 1966 Heidelberg, war von 1958 bis Januar 1965 Wissenschaftsratsmitglied, nachdem er zuvor 1951 Präsident der WRK und von 1955 bis 1964 Präsident der DFG gewesen war;

31 Wolfgang Nitsch, *Prioritäten in der Forschung*, in: *atomzeitalter 6611*.

32 Zum Verfahren vgl. XXIX, S. 18 ff. und 40ff.; desgl. Hannes Heer, *Die Monopole und die Festung Wissenschaft. Die Universität als Objekt der Politik*, in: *Wider die Untertanenfabrik a.a.O.*, S. 77 ff.

84

Professor Hellmut Bredereck, 63, Organische Chemie, TH Stuttgart, seit 1964 Mitglied des Wissenschaftsrates und zugleich Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission, war zuvor Stellvertreter der WRK beim Wissenschaftsrat.³³

Im Rahmen eines derartigen personellen Verbundsystems gerät jede Auseinandersetzung der Selbstverwaltungskörperschaften der Wissenschaft - die zum Teil schon deshalb ihrem Anspruch nicht gerecht werden, weil Wirtschaft und Verwaltung in ihnen Sitz und Stimme haben - mit dem Wissenschaftsrat zu einem Scheingefecht. Zu richtigen Abstimmungen kommt es erst gar nicht. Wie in allen Honoratiorengremien legt man großen Wert auf Einstimmigkeit. Beschlüsse bedürfen auch nach der Satzung des Wissenschaftsrates der Zweidrittel-Mehrheit, so daß der Bund und vier Ländervertreter jeden unliebsamen Beschluß verhindern können. Um »unnötige Reibereien« zu vermeiden, wird alles Wichtige in den Kommissionen oder sonstwie vertraulich geklärt. Die Vollversammlung braucht nur noch zu akklamieren. Die Meinungsbildung des Wissenschaftsrates, ja selbst deren Grundlagen - die erstellten Gutachten - bleiben ebenso geheim wie die Namen der Gutachter. Auf diese Geheimnisse sich stützend konnte Professor Raiser in dem Bericht des Vorsitzenden feststellen: »Im übrigen hat die Selbständigkeit der Kommissionen doch nie zu einer für die Zusammenarbeit schädlichen Gegensätzlichkeit geführt. Man kann im Gegenteil sagen, daß die beiden Kommissionen inzwischen im Bewußtsein der Gemeinsamkeit der Ziele und im Vertrauen auf den beiderseitigen Willen zu unvoreingenommener Sachlichkeit noch stärker zusammengewachsen sind« (XXVI, 5).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Wissenschaftsrat ein durch die »Honoratioren-Gerontokratie« vermitteltes Selbstgespräch führt, im Namen der Verwaltungs- und Wirtschaftsbürokratien. Die Wissenschaft selbst stellt nur die ideologisch nützliche Kulisse.

33 Vgl. hierzu wiederum XXIX, S. 22 ff.

85

Der Dahrendorf-Plan und neuere Pläne. Erweiterte Modelle der Kompression

Jüngstes Produkt der Bemühungen, der » Studentenexplosion« Herr zu werden, ist der Dahrendorf-Plan, oder genauer: der *Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg. Empfehlungen zur Reform der Struktur und Organisation der wissenschaftlichen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kunsthochschulen. Bericht des Arbeitskreises >Hochschulgesamtplan< beim Kultusministerium Baden-Württemberg. Juli 1967*³⁴ Ralf Dahrendorf war der Vorsitzende dieses Arbeitskreises.

»Die Gesamtzahl der Studenten 1966 liegt [...] mit rund 256000 erheblich über der Ausbildungskapazität von rund 199000. Für die Überhöhung der Gesamtzahlen der Studenten 1966 sind die Gründe verantwortlich, die die Neuordnung des Studiums notwendig machen« das schreibt der Wissenschaftsrat in seinen neuesten *Empfehlungen* (XXXI, 103). Dahrendorf löst das Problem nach bekanntem Muster, wenngleich in neuer Verkleidung: er komprimiert das Studium für ca. 55 Prozent der Studenten auf drei Jahre, indem er zur Einführung eines »Kurzstudiums« mit berufspraktischer Ausrichtung rät; die herkömmliche Art des Studiums bleibt als »Langstudium« mit »stärker theoretischem Charakter« (XV, 48) erhalten. Motto: Wäre der Hochschulgesamtplan bereits 1959 realisiert worden, gäbe es heute 20 Prozent mehr Hochschulabsolventen pro Jahr. Effekt: »rascherer Umschlag in differenzierteren Studiengängen« (XV, 67), »rascherer Umschlag durch Kurzstudiengänge« (XV, 105), kurzum »Abbau des Studentenberges« (XV, 122). Ergebnis: mehr Out-put an Diplomierten bzw. Bakkalaureaten bei weniger In-put an Investitionen.

Im Hochschulgesamtplan hat Dahrendorf ein Hochschulmodell entwickelt, das die in den *Empfehlungen* des Wissenschaftsrats enthaltenen Ansätze³⁵ konsequent weiterführt. Auch seine Vorschläge tragen objektiv einem Gesellschaftssystem

34 Das Manuskript ist nunmehr publiziert in der Reihe *Bildung in neuer Sicht*, Reihe A Nr. 5, Villingen, Oktober 1967.

35 Vgl. dazu Kapitel II, S. 56 ff.

86

Rechnung, dem Infrastruktur-Ausgaben »unproduktive Ausgaben« sind, die auf einem Minimum zu halten jedem Interessierten am Herzen liegen muß. Im Gegensatz zum Wissenschaftsrat, dessen Kompressionsmaßnahmen sich von oben her gegen alle Fächer richten, schlägt Dahrendorf vor, durch eine weitere vertikale Spaltung der Studiengänge in Lang- und Kurzstudium die Ausbildungsdauer zu reduzieren. Das Langstudium, orientiert am Modell des gegenwärtigen Studiums, aber im Sinne der Wünsche des Wissenschaftsrates reformiert (Zwischenprüfung, kleine Gruppen usw.), soll im Durchschnitt 8 bis 10 Semester dauern, das Kurzstudium hingegen ist als berufspraktisch orientierte Ausbildung gedacht, die in 6 Semestern (3 Jahren) absolviert werden muß. Durch das Kurzstudium erreicht Dahrendorf eine noch schnellere »Durchlaufgeschwindigkeit«, als sie aufgrund der Wissenschaftsratspläne möglich wäre. Und genau darin besteht das erkenntnisleitende Interesse dieses Planes, das schon im Ansatz sich als ein administratives zu verstehen gibt. Es wird nicht bedacht, daß »die Studienabschnitte und ihre formalen Abschlüsse verschiedenen Stellenwert, je nach der logischen Struktur der Wissenschaft und den entsprechenden Methoden der Lehre, je nach den spezifischen Verhältnissen eines Faches zur Berufspraxis und den entsprechenden Formen der praktischen Vorbereitung auf den Beruf (haben)« (XIII, 90). Es geht nicht darum, den einzelnen Wissenschaften gemäße Studiengänge *anzubieten*, vielmehr sollen wirtschaftlich vertretbare Relationen zwischen Investition und Produktion an den Hochschulen hergestellt werden. Dahrendorf argumentiert nicht soziologisch-kritisch, sondern in Kategorien der Bedarfsbefriedigung.

»Was zunächst die Gesamtverteilung der Studentenschaft angeht, so ist nach diesem Modell vorgesehen, daß ein erheblicher Teil aller Studenten zu jedem gegebenen Zeitpunkt (rund 40 %) in den Kurzstudienbereichen studiert und die Mehrzahl aller Absolventen der Hochschulen (ca. 55 %) den Abschluß K (= Kurzstudienabschluß. S. L.) erwirbt. Das heißt, daß quantitativ der Kurzstudienbereich zumindest unter dem Aspekt der Studienabschlüsse im Vordergrund dieses Hochschulmodells steht« (XV, 103). Unter Hinweis

87

auf die statistisch projizierten Erhöhungen der Studentenzahl in dem kommenden Jahrzehnt heißt es sodann: »Jedoch würde der Hochschulgesamtplan eine Reduktion dieser Entwicklung um rund 30 % ermöglichen bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz gemessen an der Zahl der Abschlüsse (Erhöhung um 12 %)« (XV, 107). Der Begriff der Optimalität ist hier von jedem Inhalt gereinigt, der die Gegenwart transzendieren könnte. Die Akademikerfabrik hat ihre ideologischen Verbrämungen abgestreift: »Dahinter steht der Gedanke, daß es den Hochschulen nicht abträglich ist, wenn sie Warenhäuser der Ausbildung werden« (XIX, 14).

Dahrendorfs Plan hat noch eine zweite Komponente, die den Begriff der »differenzierten Gesamthochschule« erst verständlich macht. Der ganze nachschulische Bereich soll in eine Gesamthochschule integriert werden. Ziel des Plans ist es also unter anderem, die wissenschaftlichen Hochschulen, die Pädagogischen Hochschulen usf. in einer Institution zusammenzufassen. Bei diesen Gedanken dürfte die amerikanische Praxis und das darauf aufruhende »Multiversity«-Rezept Clark Kerrs Pate gestanden haben.³⁶ Kerr, ehemaliger Präsident der University of California und jetzt mit Forschungen auf dem Gebiet der Higher Education befaßt, hat dieses Konzept in *The Uses of the University* (The Godkins Lectures at Harvard University 1963) entwickelt; Dahrendorf rezipiert dieses Modell, wenn auch uneingeständenerweise, zumindest unzitiertweise. Der Unterschied zu den Ideen Kerrs und den *Empfehlungen* des Wissenschaftsrats liegt darin, daß er nicht horizontal in »undergraduate/graduate studies« oder Grund/Aufbaustudium, sondern vertikal in Lang-/Kurzstudium mit einem dem Langstudium nachgeschalteten Aufbaustudium für eine Minderheit unterteilt. Doch auch in diesem Punkt ist man in den USA in der Praxis schon weiter als in Baden-Württemberg in der Theorie: unter der Hand findet dort eine Ausbildung zu herabgesetzten Preisen im junior College statt, die nur zwei Jahre dauert.

Was bei der Darstellung der *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates zur Aufspaltung des Studiums gesagt wurde³⁷, gilt auch

36 Vgl. hierzu Kap. III, S. 99 ff.

37 Vgl. Kapitel II, S. 63 ff.

88

für die von Dahrendorf entwickelten Vorschläge; auch er plädiert für die Scheidung von Theorie und Praxis. Mag sein, daß er seinen Plan als Beitrag des Liberalismus zur gegenwärtigen Hochschuldiskussion verstanden hat; in den Folgen unterscheidet dieser sich kaum noch von allen bekannten Plänen, in denen die Zwangseinteilung der Hochschulabsolventen in fungible Arbeitskräfte und eine technokratische Elite bereits vollzogen ist. Den darin sich bekundenden allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen³⁸ ist weder durch abstrakt moralisches Wollen noch durch Gesundbeterei beizukommen.

Mit der Aufgliederung in ein »stärker theoretisch« (XV, 48) orientiertes Langstudium und ein Kurzstudium »mit starkem Bezug auf die Anforderungen der Praxis« (XV, 93), das in einem drei Jahre währenden Leistungswettbewerb abgewickelt wird, präjudiziert Dahrendorf eine soziale Auslese, über die der Hochschulgesamtplan eine klare Auskunft gibt. Es steht nämlich zu erwarten, daß das Kurzstudium hauptsächlich für diejenigen sozialen Schichten attraktiv sein wird, die erstmals von der Universitätsausbildung erfaßt werden: die unteren Schichten. »Die Voraussetzungen einer erheblichen Expansion der Bewerberzahlen für die Hochschule impliziert auch, daß Gruppen, die bisher der Hochschule relativ fern standen, in größerem Umfang die Hochschulreife erwerben. Es ist nicht auszuschließen, daß im Verlauf dieses Prozesses der Anteil der Bewerber für Kurzstudiengänge überproportional anwachsen wird« (XV, 103). Im Plan ist also vorweggenommen, was Dahrendorf in einer Diskussion bei den Bergedorfer Gesprächen vom 24. Juli 1967 strikt geleugnet hat (vgl. XIX): im Hochschulbereich entsteht eine Institution für unterprivilegierte Schichten. Was im Hochschulgesamtplan als expansive Bildungspolitik firmiert, nämlich »das Hochschulsystem durch Umwandlung für die wachsende Zahl derer (zu) öffnen, die mit dem Wunsch nach weiterer Ausbildung an ihre Türen (der Hochschulen. S. L.) klopfen« (XIX, 15), erweist sich somit als Fiktion. Denn nach der Einteilung der Studieninhalte in praxisferne Theorie für die wissenschaftliche

38 Vgl. Kapitel I.

89

Nachwuchselite einerseits und die Vermittlung austauschbarer Verfügungs- und Hantierungstechniken durch einen eigens dafür vorgesehenen »ausbildungsintensiven« (XV, 85 ff.) »Lehrstab« andererseits kann von »höherer Bildung für alle« nicht mehr - oder doch nur in einem sehr formalen Sinne - die Rede sein. »Es wird«, sagte Dahrendorf in Bergedorf, »viel leichter sein, einen Studenten zu einem Kurzstudium zu bewegen, wenn er dies an der Universität ebenso ableisten kann wie alle anderen. Er ißt in derselben Mensa, hat denselben gleichen Studentenausweis und besucht denselben Medizinerball. Eigene Einrichtungen hätten notwendigerweise einen gewissen diskriminierenden Charakter« (XIX, 14). Der Begriff von Gleichheit, der in solchen Sätzen sich ausspricht, ist überaus verräterisch: er hält sich im Rahmen »seelischer Wiedergutmachung«; seiner gesellschaftlichen Inhalte – Chancen- und Bildungsgleichheit zum Beispiel - hat er sich ent schlagen.

Der rein artistische Charakter dieses Reformmodells, das rigoros von allem Inhaltlichen abstrahiert, läßt sich auch noch an einem anderen Punkt verdeutlichen. In großer Ausführlichkeit wird über angemessene Titel diskutiert: Bakkalaureus, Doktor, Magister.³⁹ Als ob davon die Zukunft der Hochschulen abhänge! Zur Sache selbst wird eher beiläufig gesprochen. Kein Wort über Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsmethodologie; kein Wort über die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft und eine mögliche demokratische Organisation der Universität. Nichts,

außer Kompressionsempfehlungen.

In dem Dahrendorfschen Arbeitskreis waren weder Gewerkschaftler noch Studenten vertreten. Vertreten waren neben der Bürokratie die Großindustrie durch Professor Walter Ludwig und Dr. Richard Sinn, beide von der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik AG, Ludwigshafen, und die Ordinarien und »die Assistenten«, nämlich qua Kooptation. Diese Praxis ist vom Wissenschaftsrat her bekannt.⁴⁰ Auch dort amtierten ja, wie gezeigt, als »anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens« bislang sechs Großindustrielle. Die Bilder gleichen einander, und auch die Resultate. In diesem

39 Vgl. das *SpiegelInterview mit Dahrendorf* vom 9. Oktober 1967.

40 Vgl. Kapitel 11, S. 81 ff.

90

Zusammenhang ist allerdings den Gewerkschaften die Frage zu stellen, ob sie überhaupt eine Vorstellung von den Bedingungen einer vernünftigen Ausbildung besitzen. Wollen sie sich mit den vagen Forderungen ihres Grundsatz-Programms begnügen und die Praxis der Hochschulreform dem wissenschaftlich-bürokratisch-wirtschaftlichen Establishment überlassen? Haben sie für den nötigen Sachverstand in ihren Reihen gesorgt, um mitreden zu können? Sind sie in der Lage, die Probleme der Hochschulpolitik mit denen der Demokratie sinnvoll zu verknüpfen? Wenn nicht, dann nützt es auch nichts, wenn neuerdings als Nachfolger von Carl Wurster von der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik Rolf Spaethen von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in den Wissenschaftsrat eingezogen ist.

Im Dahrendorf-Plan ist das, was unter Reformökonomie zu verstehen sei, folgendermaßen definiert: »Es ist nötig, das Verhältnis zwischen Eingriffen und Veränderungen in der gewünschten Richtung optimal zu gestalten, also mit möglichst wenig Aufwand die gesetzten Ziele zu erreichen. An keiner Stelle ist es dabei die Absicht, den bestehenden Verhältnissen ein zwar in sich schlüssiges, aber völlig andersartiges System gegenüberzustellen; dazu kann nur eine Umwälzung in allen Teilen führen. Vielmehr erscheint es in jedem Sinne wirtschaftlicher, wo immer möglich an die bestehenden Institutionen anzuknüpfen und damit neben den finanziellen auch die sozialen und menschlichen Kosten der strukturellen Veränderung möglichst gering zu halten« (XV, 29). Neuere Vorschläge gehen über diesen Plan noch hinaus, jedenfalls was die Verringerung der Reibungshitze betrifft. Sie empfehlen:

1. an den Universitäten Studiendisziplinierung - im Sinne der Vorstellungen des Wissenschaftsrates - zu betreiben;

2. die Universität dadurch zu »entlasten«, daß nun schon vor dem Abitur in den Schulen eine Gruppe »mittlerer Begabungen« in den Fachschulbereich (in Akademien umgetauft) abgeschoben wird.

Vorgetragen wurde diese »ökonomische« Lösung zum Beispiel vom Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, Gerhard Stoltenberg, am 17. November 1967 im Bundestag bei der

91

Beantwortung einer Großen Anfrage der Fraktionen der Großen Koalition. Stoltenberg faßte zunächst die bisherigen Thesen und Vorschläge zur Komprimierung des Ausbildungsbereichs, wie sie am deutlichsten der Dahrendorf-Plan artikuliert hat, zusammen: »Eine mögliche Lösung des Problems (der »Bildungsexplosion« S. L.) besteht darin, daß neben die Ausbildungsgänge, die vorwiegend auf die Gewinnung wissenschaftlichen Nachwuchses gerichtet sind, andere, neue treten, die eine spezialisierte Ausbildung für nichtwissenschaftliche Berufe und eine erweiterte allgemeine Bildung vermitteln, und die ihren Platz außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen haben müßten. In Wirtschaft und Verwaltung besteht ein besonderer Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs, der in der Lage ist, sich die für seine Arbeit erforderlichen Spezialkenntnisse in der Praxis anzueignen. Durch die neue Art der Ausbildung kann zudem eine erhebliche Senkung der Ausbildungskosten erreicht werden: an derartigen Ausbildungsstätten, wo die Studenten rascher zum Abschluß geführt werden, weniger Studenten das Studium ohne Examen abbrechen, und keine kostspielige Forschung betrieben wird, kostet ein Absolvent die öffentliche Hand, wenn man den Durchschnitt aller Fachgebiete nimmt, nur etwa den dritten bis fünften Teil dessen, was der Absolvent der entsprechenden Fachrichtung einer wissenschaftlichen Hochschule kostet.« Diesem Ausbildungssektor können der Fachhochschulbereich. und das Kurzstudium zugeschlagen werden.

Der neue Akzent wird dann in Stoltenbergs Bemerkungen zu einem Vorschlag von Mikat gesetzt: »Nach dem Vorschlag von Professor Mikat soll das Abitur und damit die Hochschule demgegenüber dadurch entlastet werden, daß auf der Ebene der mittleren Führungskräfte die Fachakademien: Ingenieurschulen, Wirtschafts-, Sozial- und Rechtspflegeakademien besonders stark ausgebaut werden. Voraussetzung für die Aufnahme in die Fachakademien soll der Abschluß der Realschule oder beim Besuch der Gymnasien die erfolgreiche Beendigung des elften Schuljahrs, also eine Art Akademiereife sein. Für die auf dem Gymnasium verbleibenden Schüler soll dann in den letzten zwei Jahren vor dem Abitur eine intensive Vorbereitung auf das Studium möglich sein. «

92

Neben Mikat könnte sich Stoltenberg bei der Verfolgung solcher Pläne auch auf den Vorsitzenden des Deutschen Bildungsrates, den Politologen Hans Maier (München) berufen, der anlässlich einer Diskussion mit Philologen dafür plädierte, einen »ersten Verteiler« vor dem Abitur einzubauen.⁴¹ »Vom Hochschulbereich ist keine durchgreifende Hilfe zu erwarten. Wie aber, wenn es gelänge, die verhängnisvolle Relation von zehn zu neun (Abiturient:Student. S. L.) zu ändern, die die Hauptursache des Übels zu sein scheint? Wenn etwa von zehn Abiturienten nur noch fünf studierten? [...] Ob nicht an irgendeiner Stelle ein »erster Verteiler« eingebaut werden könnte?«⁴² Das übel in der gegenwärtigen zahlenmäßigen Relation von Abiturienten und Studenten, in der »Einbahnspur zur Universität« zu sehen, ist eine verwaltungstechnische Selbstsuggestion, die das Hauptproblem, die Investitionsschwäche, ignoriert. Tatsache ist, daß die alte Aufgabe der Universität, sogenannte »Spitzenkräfte« auszubilden, zu einer ihrer Randfunktionen geworden ist. Die Entwicklung, die nach »akademischer Ausbildung« immer größerer Gruppen von Beschäftigten in Produktion und Verwaltung verlangt, hat erst begonnen. Die Ausbildung dieser Arbeitskräfte ist mit der Politik eines »ersten Verteilers« sicher reibungsloser zu erreichen als durch »reformierte Studiengänge« an den Universitäten. Manches deutet nun aber darauf hin⁴³, daß die Umwandlung der Fachschulen sich in einem »Beschilderungswechsel«⁴⁴ erschöpfen wird, der die dringend notwendige Reform des Ausbildungswesens, auch der Fachschulen, ersetzen soll.

41 Vgl. den Bericht *Werden Gymnasiasten um die Hochschulreife betrogen?*, in: *Münchener Merkur* vom 18. Oktober 1967.

42 Vgl. *Zuviele Abiturienten*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Ausgabe S, vom 17. November 1967.

43 Vgl. den Kommentar von Günther Kraus in: *Die Welt* vom 24. November 1967,

44 Vgl. *Auch Fachschüler wünschen Reform*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 2. Februar 1968.

93

Folgen der Formierung

»Die Mehrzahl der Studenten wird nach diesem Studium die Hochschule verlassen« (XXXII, 11), schreibt der Wissenschaftsrat; er meint: zwangsweise verlassen müssen. Die Folgen einer solchen Hochschulreform und des Wissenschaftsbegriffes, den diese artikuliert, sind von nicht zu überschätzender Bedeutung: sie konsolidieren, was ist. Statt selbst Subjekt von Erkenntnis wird der Student Objekt einer auf die »künftigen Aufgaben« (XXXII, 5) verkürzten Wissensvermittlung in einem gegen andere Fächer abgedichteten EinFach-Studium. Es tritt »an die Stelle des selbständig denkenden Studenten« die »zu optimaler Lernfähigkeit konditionierte Lernmaschine« (XXIII, 104). Theorie und Praxis, Erkenntnis und Interesse bleiben unvermittelt. Das paßt einer Gesellschaft in den Kram, die darauf aus ist, Herrschaftsverhältnisse methodisch jeder rationalen Aufklärung zu entheben. Auf sie reimt sich der Satz von Helvetius: »Die Vorurteile der Großen sind die Gesetze der Kleinen«; zumindest sollen sie es werden. Wolfgang Cartellieri, bis zur Großen Koalition Staatssekretär im Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung und bis 1. November 1966 Vorsitzender der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates, hat diesen heiklen Zusammenhang folgendermaßen formuliert: »Der wissenschaftlich gebildete Mensch sollte möglichst mit 26 oder 28 Jahren seinem Beruf zugeführt werden.«⁴⁵ Nach dem Willen des Wissenschaftsrates wird nun zwar der »wissenschaftlich gebildete Mensch« schon mit 23 oder 24 Jahren seinem Endzweck »zugeführt«, aber dafür dürfte die 26-28 JahrGrenze für die Technokraten der Aufbau-Elite ihre Gültigkeit behalten.

Damit ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Anpassung der Universität an die Bedürfnisse der Wirtschaft getan. »Jeder ist soviel wert, wie er verdient, jeder verdient soviel, wie er wert ist« (II, 249). Diesen Prozeß samt seinen Konsequenzen hat Christoph Oehler beschrieben: »Die politische Indifferenz des Akademikers dürfte [...] mit seiner verän

45 *Bildungs- und Forschungspolitik für das Jahr 1980*, in: *Planung I*, BadenBaden 1965, S. 391 ff.

94

erten Stellung im Berufsleben zusammenhängen. [...] Die Verhältnisse lehren ihn, daß er jetzt nur durch berufliches Fortkommen etwas »wird«. «⁴⁶ Die geltende Bildungsökonomie verstärkt und verschärft diese Tendenz. Bildung geht in der Investition, die sich später im Rückfluß höheren Einkommens und im Wachstum der Produktivität amortisiert, ohne Rest auf. Dieses Bildungskonzept⁴⁷ hat sein Vorbild im amerikanischen »Education has a Dollars and cents value« und »Education is human capital«; es abstrahiert vom liberalkapitalistischen Wirtschaftsprinzip, das den Bürger als rational kalkulierendes Wirtschaftssubjekt voraussetzt. Diese Zeit ist, wie man weiß, vorbei. Dennoch erklärt man heute in der Bildungspolitik den einzelnen in seiner Isolation quasi zum Privatunternehmer; er hat sich durch Investition von Zeit und Geld auf dem Arbeitsmarkt wertvoll zu machen. Horkheimers Feststellung, daß die möglichst vollständige Anpassung des Subjekts an die verdinglichte Autorität der Ökonomie zugleich die Gestalt der Vernunft in der bürgerlichen Gegenwart sei, charakterisiert diese Entwicklung. Der einzelne erscheint nur noch in seinen »Leistungen«. »Die Theorie der Entfremdung demonstriert die Tatsache, daß der Mensch sich nicht in der Arbeitsleistung realisiert, daß sein Leben ein Arbeitsinstrument geworden ist, daß seine Arbeit und ihre Produkte eine Form und eine Macht angenommen haben, die unabhängig von ihm als Individuum sind.«⁴⁸ Es wäre die Aufgabe einer kritischen

Bildungsökonomie, diesen Verblendungszusammenhang zu durchstoßen statt ihn zu bestätigen. Bislang freilich hat sie allein dazu beigetragen, daß der Akademiker »als Experte [...] sich [...] den bestehenden Organisationen in Wirtschaft und Verwaltung als nützliches Glied einfügt, um innerhalb ihrer bestehenden Hierarchie der Posten und Positionen aufzusteigen, nicht aber um diese Hierarchie [...] und die sich in ihr ausdrückenden Machtverhältnisse in Frage zu stellen und gegebenenfalls zu verändern. Es läßt sich

46 Christoph Oehler, *Politische Funktion und Politische Bildung des deutschen Akademikers*, in: *Frankfurter Hefte* 1965 II, S. 31 ff.

47 Vgl. dazu die Ausführungen des hessischen Kultusministers Schütte in: *Kulturpolitik in Hessen*, Frankfurt/M. 1966, S. 1.

48 Herbert Marcuse, *Triebstruktur und Gesellschaft*, Frankfurt/M. 1965.

95

absehen, welche Auswirkungen diese Mentalität, in der sich der Rückzug aufs private >Fortkommen< ausdrückt, auf ein unabhängiges politisches Interesse haben muß.«⁴⁹

Bedenkt man die Folgen der »Neuordnung des Studiums«, berücksichtigt man das weitgehend unpolitische Verhalten der Professoren und Assistenten und das geringe Potential politisch engagierter Studenten⁵⁰, so erscheint es fraglich, ob die Universität als Ganzes heute einem autoritären Staat Widerstand zu leisten vermöchte. Auch eine noch nicht veröffentlichte Studie Ludwig von Friedeburgs über die politische Einstellung Berliner Studenten ist nicht dazu angetan, in diesem Punkt große Hoffnungen zu wecken. In einem Vortrag hat Friedeburg kürzlich darauf hingewiesen, daß die »Neigung der Studenten zur Demokratie überwiegend eher auf Anpassung denn auf Überzeugung beruhe. Sein Resümee: nimmt man alle Studien der letzten Jahre zusammen, so lassen sie keinen anderen Schluß zu als den, daß die Verwandlung des demokratischen Systems in einen Obrigkeitsstaat antikommunistischer Prägung vermutlich auch bei der studierenden Jugend wenig Widerstand finden würde.«⁵¹

Mit der Verwirklichung der Konzeption des Wissenschaftsrates würden die letzten Chancen für eine politische Aktivität der Studenten abgeschnitten werden, und zwar sowohl den studentischen Vertretungsorganen als auch den Studentenorganisationen. Das politische Interesse der Studenten würde zunehmend vom »Leistungswettbewerb« aufgesogen. Dies ist eine Prognose, die sich bereits heute an den Zuständen an den Pädagogischen und Technischen Hochschulen in der Bundesrepublik verifizieren läßt und die von Politikern auch gern verifiziert wird. So erklärte zum Beispiel der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Berliner SPD, Herbert Theis, während der Debatte über die Vorfälle vom 2. Juni 1967 am 8. Juni in einer Rede vor dem Berliner Abgeordnetenhaus: »Ich darf zu meiner großen Freude feststellen - und die Aus

49 Christoph Oehler, a.a.O.

50 Vgl. dazu J. Habermas, L. v. Friedeburg, Chr. Oehler, F. Wetz, *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten*, Neuwied 1961.

51 *Christ und Welt* vom 30. Juli 1965.

96

führungen des Herrn Senators für Wissenschaft und Kunst bestätigen das -, daß wir, wenn wir von Studenten im großen und ganzen sprechen, damit nicht die der gesamten Hochschulen und - ich darf beinahe auch sagen - nicht die der Technischen Hochschulen meinen. Wahrscheinlich ist der ganze Arbeitsablauf und die Aufgabe der Studenten der anderen Universitäten und der Hochschulen so umfangreich und die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Studenten so, daß es notwendig ist, daß sie intensiv ihrer Ausbildung nachgehen« (XXI,145). Welcher Art die »Studienreform« ist, die Herr Theis unterstützt, braucht nach diesen Sätzen nicht näher erklärt zu werden.

Der Hoffnung der konservativen Presse, exemplarisch mit einem Zitat aus dem *Tagesspiegel* belegt, daß »diejenigen Professoren und Studenten, die in der Lehre und im Lernen die Hauptaufgabe der Universität sehen [...], jene anderen eines besseren belehren (würden), die auf politischem Streifzug sich auf dem Universitätsgelände tummeln möchten«⁵², wäre mit der Neutralisierung des politischen Klimas durch »Leistungsdruck« Rechnung getragen. Die Studentenvertretungen hätten dann im wesentlichen nur noch zwei Funktionen zu erfüllen: die Leistungsstruktur des Ausbildungsbetriebes verbessern zu helfen und die Verwaltung des Schweigens zu besorgen. Sie würden mehr und mehr die Aufgaben von Betriebsräten übernehmen, insbesondere die der Ablenkung in Entscheidungsfällen.⁵³

Für die politischen Hochschulgruppen gilt Ähnliches. Sie haben bisher einen nicht unerheblichen Teil der hochschulpolitischen Opposition geleistet. Ihnen würde, sollten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates Wirklichkeit werden, die Basis für politische Aktionen in der Studentenschaft genommen. Damit wäre die Entpolitisierung der Studentenschaft und der Hochschulen gewährleistet; die Restauration der Autorität und der Autoritäten könnte beginnen. Dann endlich ließe sich das, was H. D. Sander in der *Welt* vom 5. März 1966 von der akademischen Verwaltung der Freien

52 Der *Tagesspiegel* vom 22. Juli 1965.

53 Cf. F. Fürstenberg, *Der Betriebsrat*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* Heft 3, 1958, S. 423

Universität Berlin forderte, auch auf das Grundgesetz und das noch uneingelöste Versprechen eines »demokratischen und sozialen Rechtsstaates« anwenden: nämlich all dies als einen »utopischen Zopf aus der sagenhaften Stunde Null abzuschneiden«. Dann wäre die Gesellschaft der Bundesrepublik endgültig im Bild. Ob die Diremption von Vernunft und Entscheidung in dieser Gesellschaft Gestalt annehmen wird, hängt nicht zuletzt vom Ausgang der Demokratisierungsversuche an den Hochschulen ab. Dort steht, in der Tat, Zukunft auf dem Spiel.

Sie wird in den wesentlichen Punkten nicht anders aussehen als die Entscheidungen, die sich heute an den Hochschulen in aller Welt konkretisieren: Entscheidungen über Bewußtsein und Interessenfreiheit der Menschen in der technischen Zivilisation, über die neue Klassengesellschaft von Sozialingenieuren und Insassen geschlossener Anstalten.⁵⁴ »Der Trend besteht, die Probleme einer Massenuniversität wie einer Massengesellschaft nicht mühsam demokratisch, durch [...] kritische Erkenntnis und langwierige rationale Vermittlung ihrer Konflikte zu lösen, sondern sie einzuebnen auf jene neo-totalitäre Weise, die, unmerklicher und schmerzloser als direkte Herrschaft, auch wirksamer und, wenn einmal installiert, undurchdringlicher wäre. Ob konservativ oder progressiv, gegen *diesen* Trend sollten die Wissenschaftler sich wehren« (VI, 383)

54 Vgl. Jürgen Habermas, *Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung. Zu Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Zivilisation*, in: *Theorie und Praxis*, Neuwied und Berlin 1963, S. 231 ff.

III. Die Wissensfabrik. Das Beispiel der Universitäten in den USA

Keep the students safe for knowledge
 Keep them loyal, keep them clean
 This is why we have a college
 Hail to IBM machine

University of California Christmas Carol (FSM'S¹ >Joy to U. C.<²)

Wie sich die Bilder gleichen³

Bei näherer Betrachtung der Universitäten und Colleges in den Vereinigten Staaten - insbesondere im Bundesstaat Kalifornien, dessen Programm der Higher Education, Jencks zufolge (VII, 1) ⁴, die künftige Entwicklung des nordamerikanischen Ausbildungssystems vorwegnimmt - stößt man auf erstaunliche Parallelen zur bundesrepublikanischen Hochschulpolitik, mit einem Unterschied freilich: an den amerikanischen Universitäten wird, jedenfalls in wichtigen Punkten, längst praktiziert, was hierzulande, zum Beispiel in den *Empfehlungen des Wissenschaftsrates*, noch im Stadium der Planung und des Rätselratens steckt. Es ist nicht zu verkennen, daß das Ausbildungssystem der USA nach dem Zweiten Weltkrieg der bundesrepublikanischen Hochschulpolitik wiederholt Anregungen gegeben⁵ und ihr gleichsam Modell gestanden

1 FSM = Free Speech Movement. Die FSM ist eine Studentenorganisation der Berkeley-Universität, die sich gebildet hat, um gegen die Administration das politische Mandat der Studenten in der Universität durchzusetzen.

2 U. C. = University of California.

3 Wichtige apologetische und kritische Schriften zu Hochschulfragen in den USA sind hier ausführlich im Original zitiert, weil sie in der Bundesrepublik kaum bekannt und nur schwer erhältlich sind.

4 Die hier zitierte Literatur ist im Anhang, S. 162, aufgeführt.

5 Zu einem neueren Plädoyer für verstärkten Export amerikanischer »education and culture« nach Westeuropa vgl. Walter Adams, *A Report on the Strategie Importance of Western Europe to the United States Advisory Commission on International Educational and Cultural Affairs*. U. S. Government Printing Office, September 1964.

hat; man denke an die Einrichtung der Kollegienhäuser, an die Abteilungsgliederung der Fakultäten, an die Berufung eines Universitätspräsidenten (vgl. dazu die Entwicklung an der Universität Konstanz und Dahrendorfs Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg)⁶. Die Wahrscheinlichkeit, daß man in der Nachahmung des amerikanischen Vorbilds fortfahren, ja, daß sie sich verstärken wird, ist groß.

Als Wortführer einer technisch-deterministischen Hochschulpolitik in den USA, der, im Gegensatz zu anderen

Kritikern⁷, die Situation der Gesellschaft und die wechselseitige Verschränkung von Universität, Wirtschaft und Staat sehr genau kennt, hat sich Clark Kerr⁸ erwiesen. Er ist Professor für »Industrial Relations« und war bis vor kurzem Präsident der University of California. Kerr ist der Urheber jenes Modells einer »Universität in Stromlinienform«, das ein Hauptangriffspunkt der Studenten in Berkeley⁹ gewesen ist. Seine Argumentation ist politischer und zynischer als die des Wissenschaftsrates, der sich noch hinter Traditionsrelikten der deutschen Universitätsgeschichte versteckt. Kerrs Buch *The Uses of the University - eine* Wiedergabe von Vorlesungen, die er in Harvard gehalten hat - zählt zu den Klassikern der Literatur über American Higher Education und über die formierte Universität.

6 Vgl. Ludwig Raiser, *Deutsche Hochschulprobleme im Lichte amerikanischer Erfahrungen*. Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft. Neue Folge Nr. 43, Kiel 1966, insbes. S. 21.

7 Soz. B. Paul Goodman, *The Community of Scholars*, New York 1962.

8 Kerr ist heute Vorsitzender der »Commission on the future of Higher Education«, einer Nebenorganisation der Carnegie Foundation. Er leitet dort gegenwärtig ein Forschungsprojekt, das für die zukünftige Praxis der amerikanischen Hochschulpolitik große Bedeutung haben wird. Im Rahmen dieses Projekts sollen untersucht werden: 1. Ziele und Funktionen der Higher Education; 2. Nachfrage nach Higher Education; 3. Binnenstruktur der Higher Education; 4. Möglichkeiten universitärer Selbstverwaltung; 5. Effizienz von Investitionen; 6. Innovation und Wandel; 7. Ausgaben; 8. finanzielle Möglichkeiten für Higher Education; 9. Vorschläge für Hochschulstrategien.

9 Cf. die kritische und ausführliche Darstellung bei Draper (IV), einem Mitarbeiter der Universitätsbibliothek in Berkeley und Berater der FSM.

100

The university started as a single community - a community of masters and students. It may even be said to have had a soul in the sense of a central animating principle. Today the large American University is, rather, a whole series of communities and activities held together by a common name, a common governing board, and related purposes. This great transformation (in eine »Multiversität«. S. L.) is regretted by some, accepted by many, gloried in, as yet, by few. (IX, 1)

Zu den Glorifizierern gehörte auch Kerr, wäre Geschichte für ihn nicht ein sich jenseits menschlichen Handelns abspulender Prozeß, den man als Imperativ zu akzeptieren hat.

»The Idea of a Multiversity« has no bard to sing its praises; no prophet to proclaim its visions; no guardians to protect its sanctity. It has its critics, its detractors, its transgressors. It also has its barkers selling its wares to all who will listen - and many do. But it also has its reality rooted in the logic of history. It is an imperative rather than a reasoned choice among elegant alternatives. (IX, 6). Und: What is the justification of the modern American multiversity? History is one answer. Consistency with the surrounding society is another. (IX 44/45)

Von den »Classics« zur Wissensfabrik. Skizze einer historischen Entwicklung

Die Geschichte der amerikanischen Universitäten läßt sich in drei große Phasen gliedern: 1. die klassische Universität, 2. die Periode der Einspannung der Universitäten in den Produktionsprozeß, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts beginnt, und 3. die Konsolidierung im Zeichen der »federal research grant«-Universität nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die wenigen Colleges in den USA deutlich an dem Vorbild der englischen Hochschulen ausgerichtet; ihr Aufbau und ihr Selbstverständnis ähnelten denen der Universitäten von Oxford und Cambridge (IX, 12). Nach 1876 setzte die Umwandlung dieser Bildungsanstalten in einen dem Produktionsprozeß dienenden Wissenschaftsbetrieb ein; zu diesem Zeitpunkt forcierte man erstmals die Forschungsarbeit und die ihr entsprechende Aus

101

bildung. Der Bund trug durch Landschenkungen dazu bei, die Ausbreitung technischen Wissens in den hauptsächlich agrarisch strukturierten Gebieten des Landes zu befördern. In dem Maße, wie Bildung ihre introspektive Dimension verlor und durch wissenschaftlich-technisches Training ersetzt wurde, übernahm die Universität einen allgemeinen »Erziehungsauftrag«. Mit der Ausblendung der gesellschaftlichen Praxis aus den entstehenden Wissenschaftsbetrieben bildete sich eine Art Surrogat politischen Handelns und es anleitender Theorie. Und eben an diesem Punkt setzt die institutionalisierte und programmierte Erziehung im Ausbildungsbereich an.

Kerr interpretiert die mit der zweiten Entwicklungsphase der amerikanischen Universität sich durchsetzende Betonung der »undergraduate houses and concentration on course work, as against graduate work and electives« (IX, 16-17) als »counter-revolution«. In Wirklichkeit ist sie die notwendige Ergänzung einer lediglich auf Verfügung über gegenständliche und vergegenständlichte Prozesse gerichteten Wissenschaftsanstalt bzw. eines Berufstrainings, das die gesellschaftliche Praxis rational nicht ausweisbaren Werten, der Irrationalität, überläßt.

Daran hat sich in der Zwischenzeit so gut wie nichts geändert. Die institutionelle Funktion der amerikanischen Universität, ihre politische Zweckbestimmung, wird in der amerikanischen Soziologie offen beschrieben; S. M. Lipset hat sie in einer Studie über *University Students and Politics in Underdeveloped Countries* dargestellt, einer Auftragsarbeit der US Air Force, »which presumably was interested in a bird's-eye view of the question« (IV, 47).

Participation in politics is an alternative to other forms of extracurricular activity. »In Columbia and Mexico, where the extracurriculum is virtually non-existent, at least in the public universities, satisfaction of this leadership ambition must focus on participation in university management and in the opportunity to stimulate, organise and inspire student group action.« In the United States, organised sports were expressly introduced into colleges and universities to divert the adolescent energy which in many college communities had gone into brawls and »town and gown«

102

riots. Conscious but unsuccessful efforts to manipulate the situation similarly so as to diminish the energy available for political activity have been attempted by some American run universities in the Arab world [...] The *mere provision* (Hervorhebung von mir. S. L.) of opportunity for extra curricular activities does not, then, guarantee that all or even most students will make a satisfactory social adjustment [...] (XI, 47/48)

The full program of extra-curricular activities not related to politics which is offered in most American universities also decreases student political participation. In many of the developing areas, politics is one of the few areas open to student participation, since there is little or no provision of facilities for non-political extracurricular activities. (XII, 344)

Hieraus darf man schließen, daß Lipsets Interesse der Eingliederung der ganzen Studentenschaft in den »mainstream Of Society« (XII, 331) gilt. Führt »the mere provision« nicht zu diesem Ziel, so ist administrativer Zwang am Platze: die Verwaltung hat dafür zu sorgen, daß auch in denjenigen Bereichen, die von der Wissenschaft bzw. vom Berufstraining ausgespart sind, die Anpassung der Individuen an die Verhaltenserwartungen und Denkfiguren der Great Society stattfindet. Stellt man, wie Lipset (XI, 133), fest, daß politische Aktivität der Studenten Ausdruck des Versagens der Universität »as an academic community« sei, so ist diese Definition bereits eine Empfehlung an die Verwaltung, unter den Studenten politischen Konformismus herzustellen, d. h. ihr Bewußtsein zu disziplinieren.

In der dritten Phase der Geschichte der amerikanischen Universität nun nimmt sich, nicht uneigennützig, die Bundesregierung der Koordination von Forschung und Ausbildung, auch der »undergraduates«, an.

The second great impact on the universities began with federal support of scientific research during World War II. [...] The major universities were enlisted in national defense and in scientific and technological development as never before. (In World War I the universities had only been a source of raw recruits.) [...] The »federal grant« university has been emerging over the past twenty years, but until recently it has developed more by force of circumstances than by conscious design. The universities most affec

103

ted have been making largely *piecemeal adjustments* to the new phenomena without any great effort at an overall view of what has been happening to them. Perhaps this was just as well - the transition probably was smoother precisely because it was not subjected to critical analysis. The federal government and the leading universities entered into a common law marriage - unblessed by predetermined policies and self-surveys - but nonetheless they formed a very productive union [...] (IX, 48/49/50)

Der Bund steuert heute durch Finanzierung den überwiegenden Teil der universitären (und außeruniversitären) Forschungsprojekte; von einer Selbstverwaltung der Wissenschaft kann nicht die Rede sein. 1960 wurde Higher Education mit rund 1,5 8 Milliarden vom Bund finanziert. Im ganzen nahm die Erziehung im Jahr 1960 51/2 Prozent, die Verteidigung 11 Prozent des Volkseinkommens in Anspruch.¹⁰ Die Gesamtsumme verteilt sich wie folgt:

1. ca. ein Drittel für »university affiliated research centers«,
2. ca. ein Drittel für »project research within universities«,
3. ca. ein Drittel für Sonstiges (Wohnheime, Stipendien, Lehrinnovationen usw.) (IX, 53)

The \$ 1 billion for research, though only 10 percent of total federal support for research, accounted for 75 percent of all university expenditures on research and 15 percent of total university budgets. Clearly the shape and nature of research are profoundly affected by federal monies. (IX, 53)

Die Gelder kommen im wesentlichen von sechs verschiedenen Bundesstellen (vgl. die Tabelle in IX, 53) und verteilen sich wie folgt auf drei »national concerns«:

1. defense: 40 Prozent der Gesamtsumme (bezogen auf 1961),
2. scientific and technological progress: 20 Prozent,
3. health: 37 Prozent (IX, 54).

Diese Zahlen verraten mehr von den innergesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Herrschaftsstrukturen als alle offiziellen Verlautbarungen über amerikanische Finanz- oder Sozialpolitik. Daß der Bund heute rund drei Viertel der wissenschaftlichen Forschung kontrolliert und unter Aufsicht hat, gibt einen Eindruck von den Anstrengungen, die Wissenschaft

10 Zit. nach Paul A. Baran und Paul M. Sweezy, *Monopolkapital*, Frankfurt/M. 1967, S. 295.

104

zu organisieren, sie auf ihre vom Staat einerseits, von der Privatwirtschaft andererseits vorgezeichneten Verwendungszwecke festzulegen - und von der Neubestimmung des Wissenschaftsbegriffes durch die Ökonomie: Forschung, Erkenntnis, Wissenschaft gehen als Verfügungsmächte ein in den Reproduktionsprozeß der Great Society. Das Hauptproblem liegt hier nicht im Bereich der »federal control« (Geheimhaltung und »security clearance«-Vorschriften), sondern vielmehr darin, daß niemand die Kontrolleure kontrolliert - die »federal influence« ist so namenlos wie effektiv. An der Rangordnung der wissenschaftlichen Disziplinen, wie sie aus den Finanzierungsplänen hervortritt, läßt sich der Grad ihrer Verwertbarkeit für die Zwecke der Wirtschaft und der staatlichen Politik ablesen:

Federal research expenditures have been largely restricted to the physical and bio-medical sciences, and engineering, with only about 3 percent for the social sciences and hardly any support for the humanities. (IX, 54)¹¹

In dem Maße, wie die Finanzierung auf andere Funktionen der Universität und innerhalb der Forschung auf andere Fachgebiete ausgedehnt wird, wie die Finanzierungspolitik von der »intuitive balance« in die »bureaucratic balance« (IX, 57), die zentrale Bundesplanung, hinüberwechselt, geraten die Universitäten und mit ihnen die gesamte Wissenschaft immer tiefer in ein Abhängigkeitsverhältnis. Der Weg führt zu der »federal orientation to the >total function of the university« (IX, 72). Wird die Universität schließlich, wie es heute der Fall ist, in den »military industrial complex« integriert, so müssen ihre Produkte, sowohl die der Forschung als auch die der Ausbildung, als Produkte einer straff organisierten Wissensindustrie begriffen werden.

Basic to this transformation (in die >Multiversität< S. L.) is the growth of »knowledge industry«, which is coming to permeate

¹¹ Vgl. J. K. Galbraith, *The New Industrial State*, Boston 1967, S. 292, der darauf hinweist, daß »Classics, humanities, some of the social sciences [...] are largely unaffected by this new relation with the technostructure«, die Prioritäten - zumindest die Nicht-Prioritäten - der Finanzierung durch die Bundesregierung entsprechen somit denen der privatwirtschaftlichen Interessen.

105

government and business and to draw into it more and more people raised to higher and higher levels of skill [...] Knowledge has certainly never in history been so central to the conduct of an entire society. What the railroads did for the second half of the last century and the automobile for the first half of this century may be done for the second half of this century by the knowledge industry¹² that is to serve as the focal point of national growth. And the university is at the center of the knowledge process [...]. Universities have become »bait« to be dangled in front of industry with drawing power greater than low taxes or cheap labor ... In California new industrial laboratories were located next to two new university campuses before the first building was build on either of these campuses [...] Sometimes industry will reach into a university laboratory to extract the newest ideas almost before they are born. Instead of waiting outside the gates, agents are working the corridors. (IX, 87, 89/90)

The organized intellect is a great machine It turns out its countless pieces of knowledge but with little thoughts for their consequences their impact on the environment - like a new insecticide [... Intellect has also become an instrument of national purpose, a component part of the »military-industrial complex« [...] In the war of the ideological worlds a great deal depends upon the use of these instruments. Knowledge is durable. It is also transferable. Knowledge costs a great deal to produce, less to reproduce. Thus it only pays to produce knowledge if through production it can be put into use better and faster. (IX, 123/124)

Diese Maschine, deren Unterbau aus einem Bündel divergierender Interessen besteht, nennt sich »multiversity«, »a truly American university« (IX, 86) »with some form of contact with nearly every industry, nearly every level of government« (IX, 7). Gemeint ist mit Multiversität eine Institution, in der heterogene Interessen durch Verwaltung zusammenge

¹² Galbraith (a.a.O., S. 282) vergleicht die Funktion der Universitäten im »new industrial state« mit der des Finanzkapitals in den früheren Stadien

der kapitalistischen Entwicklung: »Most directly nurtured by the industrial system are the educators and scientists in the schools, colleges, universities and research institutions. They stand in relation to the industrial system much as did the banking and financial community to the earlier stages of industrial development.«

106

halten werden, um der Erfüllung eben jener Zwecke willen, die der Wirtschaftsprozeß den Interessen setzt.

The University as producer, wholesaler and retailer of knowledge cannot escape service. [...] The campus and society are undergoing a somewhat reluctant and cautious merger, already well advanced. M. I. T.¹³ is at least as much related to industry and government as Iowa State ever was to agriculture. (IX, 114/115)

Die Universität produziert jedoch nicht nur abstrakte Wissensstücke, sie bildet auch deren Träger aus: Spezialisten und Technokraten. Diese werden von Kerr unverhohlen als Inventar des Produktionsprozesses verstanden. Wissenschaft ist ein Zweig der öffentlichen Dienste, und Dienstleistung heißt der Nenner, auf den diese Gesellschaft ihre Akademiker gebracht hat.

An industrial society must educate its people. There are at least two imperatives. First, the vast bulk of the population must be literate in order to receive instruction, follow directions, keep records. Second, managers, engineers, and civil servants must be trained to operate the new productive system. Beyond that are the needs for doctors, lawyers, scientists, and university professors. Education becomes a leading industry. (VIII, 186)

Die Aufgabe, das »Management« auszubilden, fällt den Universitäten und Colleges zu. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen sie Sorge tragen, »that the well-behaved do advance« (IX, 111). Zum Manager taugen nicht Leute, die, und sei es nur durch eigenwillige Gedanken, das Getriebe blockieren; die Universitäten sind daher darauf eingerichtet, »to turn out people with all sharp edges worn off, the wellrounded person« (Jack Weinberg in IV, 182). Diesen an sie gestellten Forderungen hat die Universität als »integral part« (IX, 4 1) der Gesellschaft zu genügen. Damit ist ihre Funktionalisierung beschlossen, deren vollkommener Ausdruck die Multiversität ist, die Kerr, folgerichtig, als »a series of processes producing a series of results - a mechanism held together by administrative rules and powered by money« (IX, 20) beschreibt.

Donald N. Michael¹⁴ hat die Produktionsergebnisse der Wis

¹³ M. I. T. = Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Mass.

¹⁴ Michael ist Sozialpsychologe und lehrt an der Boston University. Er

107

sensfabrik offen und zynisch beim Namen genannt. Im Zusammenhang einer Analyse der zukünftigen Entwicklung der amerikanischen Gesellschaftsformation hat er ein prognostisches Modell der Klassenstruktur in den Vereinigten Staaten entworfen. Michael unterscheidet drei Schichten: 1. die »professionals« - das Synthesepersonal, 2. die »technicians« - die auf Rezeption gedrillten mittleren Kader, 3. die »unskilled« die nicht qualifizierte Mehrheit der Bevölkerung:

By and large, the most accomplished of the professionals (which increasingly will include management) will [...] be time-oriented, require a deep and broad background in their fields, and need a life-long ability to absorb fresh intellectual material. [...]

The technicians will [...] be trained at a specialty: frequently expect to change specialty two or three times in his working life; and possess the social and psychological capabilities for learning a new specialty and for moving to another place to practice it. [...]

The unskilled will be unskilled because he will be relatively poorly educated, poorly motivated, and poorly incorporated into the values and behavior of the society of the intellect toward which we are headed. [...] A disproportionately large portion of the unskilled work force will be nonwhite especially Negro, at least for the next two decades, simply because a disproportionately large portion of the nonwhite population will continue to receive education inadequate for more demanding jobs. [...] (99-101)

Das Synthesepersonal wird im Bereich der Higher Education qualifiziert. Dort werden auch, über die Schulung am Material hinaus, bestimmte Haltungen eingeübt, nämlich:

1. kooperatives Verhalten;
2. abstrakte system-immanente Kritik;
3. die Bereitschaft, aufgrund unzureichender Informationen

hat verschiedentlich als Berater mit Forschungs- und Bundesstellen zusammengearbeitet: mit den Joint Chiefs of Staff, der National Science Foundation, dem Department of Health, Education and Welfare (speziell mit dem Büro für Jugendkriminalität). Die von mir zitierte Studie von Michael - *The Next Generation. The Prospects Ahead for the Youth of Today and Tomorrow*, New York 1968 - ist aus solchen Beratungsaufträgen hervorgegangen.

108

Entscheidungen zu treffen, verbunden mit der Schulung auch in feindlichen Kooperationsformen;
4. ideologische Fixierungen.¹⁵

Die »technicians«, die Spezialisten, bedürfen keiner besonderen Schulung in Kooperation. Sie arbeiten als Informationszulieferer. Voraussetzung für diese Tätigkeit sind Disziplin und Fleiß; beides wird dem Studenten in einem autoritären Lernbetrieb beigebracht. Die Techniker können an den verschiedenen Stellen des technologischen Systems eingesetzt werden; sie sind austauschbar. Auf diese Endzwecke der Ausbildung ist, wie Michael zugibt, auch die Lehrpraxis eingestellt:

Already the trend at each educational level is for only the most promising students to be truly exposed to an intimate teacherstudent relationship. More and more, the relatively few good teachers will arrange their time to mold and inspire the most interested and creative students. [...] Meanwhile the growing size of the student body will increase the pressures to provide whatever education can be offered most of them via more primitive programs and machines. (97)

Ideologische Indoktrinierung ist sozusagen ein Nebeneffekt solcher Ausbildungsverfahren, keine Grundbedingung für die Arbeit dieser Schicht. Sie hat einen eher therapeutischen Wert, indem sie im Lernprozeß selbst als Druckmittel wirkt und die Internalisierung des rezeptiven Verhaltens befördert.¹⁶

Universität und Großindustrie

Verglichen mit den USA sind die personellen Vermittlungen von Industrie und Universität in der Bundesrepublik weit weniger offenbar. Was in den Vereinigten Staaten längst alte Praxis ist, vollzieht sich hierzulande hinter dem Schirm von Auftragsforschung und Stimmberechtigung in fast allen außeruniversitären Verwaltungs- und Planungsgremien der Wissenschaft (DFG, Wissenschaftsrat usw.). In den USA kontrollie

¹⁵ Vgl. Kapitel IV, S. 154/155

¹⁶ Vgl. Allison Davis, *Socialization and Adolescent Personality*, in: T. Hartley/Th. Newcomb (Hrsg.), *Readings in Social Psychology*, New York 1947, S. 139 ff.

109

ren die, welche C. W. Mills zur Machtelite rechnete, die Universitäten eindeutig und unverhohlen.

Was in Kerrs Terminologie »society« heißt, ist mit der Machtelite, den »leadership groups in society«, gleichzusetzen. Der Begriff »society« hat überdies einen ideologischen Aspekt: so wie der liberale Rechtsstaat die Identifikation des Bürgertums mit dem Volk voraussetzt, so beruht die Herrschaft der Machtelite auf der Identifikation aller mit ihrem Interesse als Allgemeininteresse, als Interesse der »society«.

The use of the university, or the role of the multiversity, is to have a relationship to the present power structure, in this businessman's society of ours, which is similar to that of any other industrial enterprise. There are railroads and steel mills and supermarkets and sausage factories - and there are also the Knowledge Factories, whose function is to service all the others and the State.

We are here to serve the Powers that rule society: this is the meaning of Kerr's reiterations that the university is merging with society. But now, suppose you have »nonconformists« and »extremists« who also want to move outside the obsolete boundary line, but as dissident or radical critics and adversaries, not as intellectual flunkies? Obviously this is not the same thing. The contradiction disappears. It is not »society« that the multiversity must merge with: it is the »leadership groups in society«, which, to the mind of the Captain of Bureaucracy, are identical with »society«. Kerr virtually says as much, in a revealing sneer at »nonconformists«: »A few of the nonconformists have another kind of revolt (als eine gegen die Fakultät. S. L.) in mind. They seek, instead, to turn the university, on the Latin American or Japanese models, into a fortress from which they can sally forth with impunity to make their attacks on society.« (IV, 205/206)

Wie die Zusammenarbeit von »leadership groups« und Universitäten institutionell aussieht, ist des öfteren untersucht worden. Sie begann mit der zweiten Entwicklungsphase des Universitätssystems, und zwar an den öffentlichen wie an den privaten Hochschulen. Kerr meint, daß an den öffentlichen Universitäten zusätzlich zu den »alumni«, den

Spendern, und den »business communities« noch die landwirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen repräsentiert seien. Diese Unterschiede sind jedoch sehr gering: die Großindustrie sitzt überall

110

fest im Sattel, und ein Gewerkschaftler richtet - ganz unabhängig von seiner Qualität - gegen eine sechzehnfache Mehrheit der wirtschaftlichen Führungsgruppen nichts aus (siehe die Skizze auf S. 113 f.).

Charles and Mary Beard in their second volume on *The Rise of American Civilization (1927)* remarked that »at the end of the (19th. S. L.) century the roster of American trustees of higher learning reads like a corporation directory«. Thorstein Veblen, about the time of World War I in the Higher Learning in America concluded: »The final discretion in the affairs of the seats of learning is entrusted to men who have proven their capacity for work that has nothing in common with higher learning«. Veblen was referring to big business control of universities [...]. Hubert P. Beck, in a classic study published after the conclusion of World War II entitled, *Men Who Control Our Universities: The Economic and Social Composition of Governing Boards of Thirty Leading American Universities*, observed: »Altogether the evidence of major university-business connections at high levels seems overwhelming. The numerous high positions of power in industry, commerce, and finance held by at least two thirds of the members of the governing boards of these 30 leading universities would appear to give a decisive majority more than ample grounds for identifying their personal interests with those of business.« (I, 6/7).

Die Verschmelzung der wichtigsten Industrie-, Handels-, Landwirtschafts- und Bankinteressen der jeweiligen Region mit den Universitäten läßt sich an der Besetzung der »governing boards« dieser Universitäten ohne Mühe nachweisen. In diesen Gremien werden die grundsätzlichen Entscheidungen über »Higher Education Policy« getroffen, darunter die über den Kandidaten für das Amt des Präsidenten.¹⁷ Die »trustees« oder »regents« besitzen de jure die »total control« (I, 10) über die Universitäten und Colleges. In Kalifornien haben sie - laut Artikel 9 des 9. Abschnitts der Staatsverfassung »complete powers of organization and government« und werden vom Gouverneur auf 16 Jahre ernannt. Welche Formen das Zusammenspiel heute angenommen hat, kann man

17 Vgl. *College and University Presidents, Recommendations and Report of a Survey. The New York State Regents Advisory Committee on Educational Leadership*, New York 1967, insbesondere S. 17 ff.

111

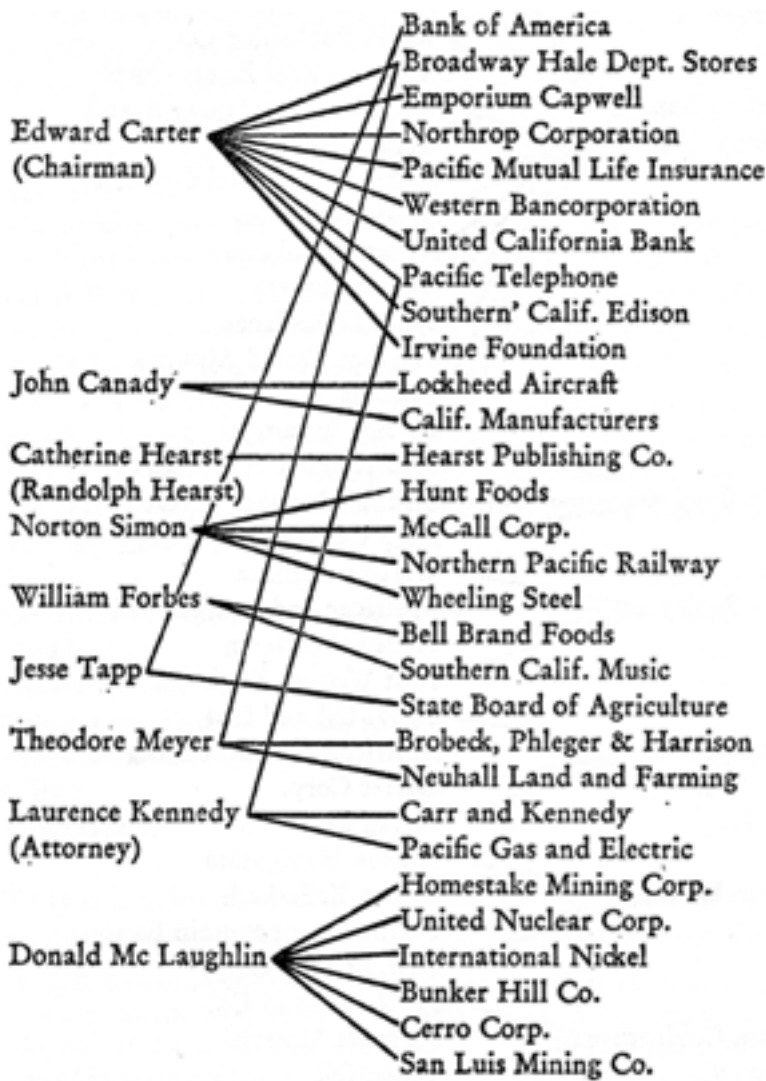
am Beispiel der University of California studieren. Von insgesamt 24 »regents« kamen 1966 (für 1965 vgl. Marvin Garson, *The Regents*, in: IV, 215 ff.) 16 aus den Kreisen der (teils regionalen) Großindustrie, 4 aus der Landesregierung, einer aus den Gewerkschaften. Bei zwei Mitgliedern war unklar, die Wünsche welcher Gruppen sie vertraten. Das 24. Mitglied ist der jeweilige Präsident der University of California (damals Clark Kerr).

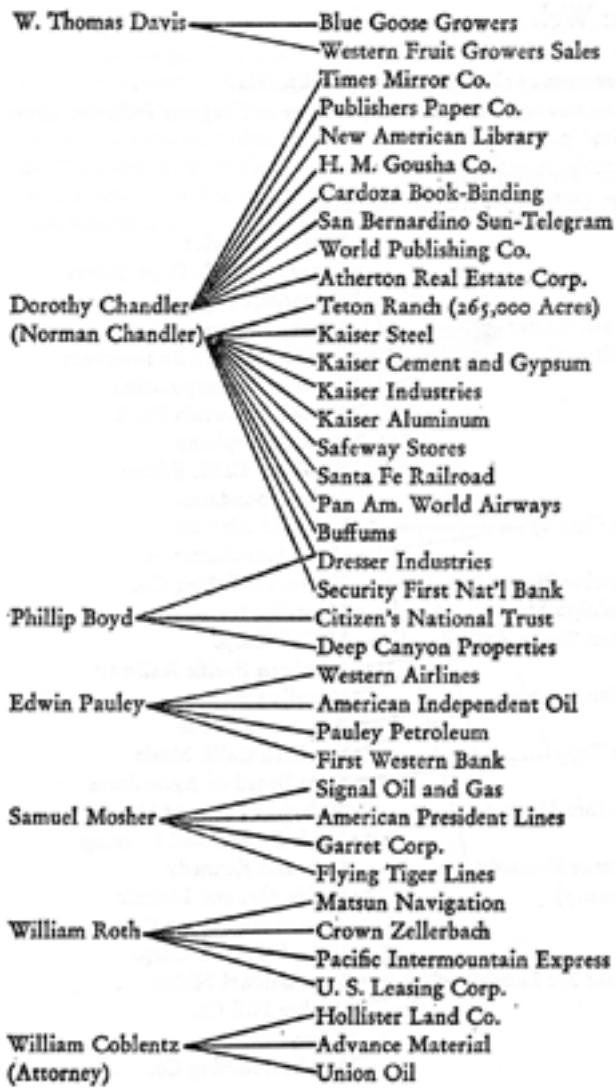
The Web

The regents of the University of California
Connective lines between corporation and regents indicates either ownership or directorship.^{17a}

Sources for all charts:

Poor's register of directors and executives





Also on the regents are Edmund Brown (Governor) Glenn Anderson (Lt. Gov.) Jesse Unruh (Assembly Speaker) Max Rafferty (State Supt. of Schools). Clark Kerr (U. C. Pres) Elmer Heller, Frederick Dutton (An Attorney) and Cornelius Haggerty (Pres. Afl-Cio Building Trades Union)

Die enge Verflechtung von Universität und Konzernen, wie sie aus diesem Beispiel hervortritt, hat drei wichtige Aspekte: 1. billige Ausbildung von Arbeitskräften für die Industrie, 2. durch Steuervorteile begünstigte Mitherrschaft der Industrie über die Universität, 3. unmittelbarer Profit durch die Ausnutzung der »regent«-Position für Geschäfte mit der Universität.

Three times over the American colleges and universities yield a profit for those that control them. The first profit lies in the training of future corporation employees for free or next to nothing. If personnel were trained in the factories themselves the companies would be obliged to foot the bill. But in the universities the students and the taxpayers cover the costs - in many instances completely. Consider, for example, that the sources of income for all institutions of higher learning in the United States in 1962 (the last year for which data are available), totalling to \$ 7,429,000,000, were as follows:

Source	Percent of Total
Government (state, federal and local)	45,6
Student fees	20,2
University enterprises	18,7
Other (organized instruction related activities. endowment earnings)	7,2
Gifts	6,2
Miscellaneous	2,1 ¹⁸

What this indicates is that direct corporate contribution to university functioning is miniscule-with the possible exception of

18 U. S. Bureau of the Census, *Statistical Abstract of the United States*, 1966 (87. Aufl.), Washington D. C. 1966, S. 132; Krebs bemerkt hierzu: »the role of the corporation within the >private gifts< category might be somewhat greater when original university funding is considered - but these data are not available.«

115

payments for »university enterprises« from which business extracts a direct service (in research, for example) on a cash-on-the-barrelhead basis. The real costs are borne, through taxes, by practically everyone in the society except those who benefit the most-with students left in the absurd position of paying their own way out of pocket as part of an off-the-job pre-training programm.

The second profit turnover stems from the involuted internal revenue laws. That university donations are tax-deductible (even as they benefit the donor in training labor for his firm) means that the university serves (for 6.2% of total revenue) as a useful dodge for assets that would be taxed by the government were they either maintained in liquid form or taken as individual income. In return for such philanthropy, the corporate benefactor continues to exercise discretionary power over bis (taxpayers' and students') funds as he sits at the Board of Governors table with his equals.

The third money-maker in educational affairs stems from the effects of contacts - the result of businessmen intermingling with other businessmen in the presence of money. The Chemical Bank New York Trust Company, one of whose directors - Mr. Moore - is chairman of the board of trustees of Columbia University is fortunate to maintain Columbia's huge bank accounts¹⁹; the oil and gas rights of a 500-acre tract owned by the University of California at Berkeley are leased to the Signal Oil and Gas Company, whose chairman is none other than University of California regent, Mr. Mosher²⁰. Trustee Tishman of New York University acquires the contract to construct for his school the library and faculty housing which the school requires²¹. And while these men and their confreres across the country develop profit directly from the university till, they make contact (in the course of philanthropic activity) with other businessmen and military, governmental, and scientific notables whose careers intersect at college boardrooms. Thus these governing bodies become one of the several arenas in the United States in which the »uneasy coincidence« (the term is C. Wright

19 Vgl. A. Krebs und E. Lemansky, *Columbia University: A Political Monograph*, in: *Free Student*, Mai 1965.

20 M. Garson, *The Regents*, Berkeley (California): *Free Speech Movement 1965*, S. 12 (nachgedruckt in IV).

21 *Who Runs New York University?* New York, Free University of New York, S. D. S., 1966.

116

Mills') of different sectors of the elite in American life is maintained one of the many boardrooms of the free world. (X, 6)

Die Spenden der Wirtschaft sind, was nicht weiter verwunderlich ist, ein geeignetes Instrument, Druck auf die Universität auszuüben, vor allem auf die Studentenschaft. Zwar machen die Spenden nur einen geringen Teil des Gesamtbudgets aus, aber die Industrie hat es verstanden, mit einem Minimum an Investition ein Maximum an Einfluß zu gewinnen. Die Drohung, daß die finanzielle Unterstützung eingestellt werde, reicht in vielen Fällen aus, unliebsame Entwicklungen an den Universitäten, insbesondere politischer Natur, zu bremsen. So weiß man zum Beispiel, daß die nachdrücklichsten Anstrengungen, Studenten, die sich an der Civil-Rights-Bewegung beteiligten, unter Kuratel zu stellen, von den Mitgliedern der »business community« ausgegangen sind, also von Hotelbesitzern, Eigentümern von Supermarkt-Ketten, Zeitungsverlegern usf. Die »boundary lines« der Universität sind einseitig für die bereits dominierenden Interessen der Gesellschaft durchlässig; von ihnen werden die Präferenzen bei Entscheidungen innerhalb der Universität bestimmt:

The location of power has generally moved from inside to outside the original community of masters and students. The nature of the multiversity makes it inevitable that this historical transfer will not be reserved in any significant fashion [...]. (IX, 26)

An welcher Stelle der Durchbruch erzielt werden kann, ist klar, aber auch, daß die Universität die Aufhebung der »boundary lines« mit allen Mitteln zu verhindern suchen wird.

Since those who wished to contain the civil rights movement found no effective vehicles in the community, they began pressuring the university. Because a majority of participants were students, they maintained that the university was responsible. After initially resisting the pressure, the university finally succumbed, and promulgated restrictive regulations with the intent of undercutting the base of student support for the civil rights movement. (Jack Weinberg,

Sinn und Absicht des Drucks auf die Universitäten ist es, diese politisch zu neutralisieren. Wird die scheinbare Neutralität aufgebrochen, so ergeben sich ähnliche Situationen wie bei den

117

Auseinandersetzungen um das Disziplinarrecht an westdeutschen und Berliner Hochschulen. In einem Ausschuß, der über die politische Betätigung der Studenten auf dem Universitätsgelände befinden sollte, hatten die Studenten von Berkeley folgenden Antrag eingebracht:

The advocacy of ideas and acts which is constitutionally protected off the campus should be protected on the campus. By the same token, of course, speech which is in violation of law and constitutionally unprotected should receive no greater protection on the campus than off the campus. (Zit. nach IV, 75)

Die Administration wünschte und benötigte jedoch etwas anderes; hinter ihr standen die »regents« und andere politische und wirtschaftliche Gruppen. Sie wollte »some ground for holding the threat of university penalties (e. g. expulsion) over students engaged in off-campus political action of the kind they wished to stop« (IV, 75). Ähnlich ist die Lage in Berlin. Vom Senator für Wissenschaft und Kunst, Professor Stein (SPD), wird berichtet, er habe im Hinblick auf ein neues Hochschulgesetz im Sommer 1967 geäußert: angesichts der schwierigen Situation der Stadt sei an eine Abschaffung des Disziplinarrechts nicht zu denken. Eben dies sind, wie Kerr gezeigt hat, typische Reaktionen der »Wissenschaftsfabrik«, Zeichen ihrer Interessenharmonie mit der bestehenden Gesellschaftsorganisation.

Es wäre freilich falsch, anzunehmen, daß die deutschen Universitäten genau das gleiche Schicksal erleben müßten wie die amerikanischen. Dazu sind die Traditionen der Bildungssysteme zu verschieden. Eine feudalistisch verwaltete Ordinariuniversität mit Autonomiefiktion hat es in den USA nie gegeben. Und gerade diese Herrschaftsstruktur mit einer Garantie der institutionellen Autonomie hat die westdeutschen Universitäten bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts von unmittelbaren ökonomischen Zwängen freigehalten. Habermas konnte noch 1965 im Vorwort zu einem der wenigen kritischen Bücher zur Hochschulreform im Nachkriegsdeutschland sagen: »Eine eigentümliche Arbeitsteilung scheint sich heute anzubahnen. Die unermüdliche Rhetorik der Hochschulreform hütet den großen Anspruch der Universität, während administrative Notmaßnahmen für eine äußerliche An

118

passung an handgreifliche Bedürfnisse sorgen. Die Ideen hängen so hoch, daß sie einer ungerührten Praxis als Alibi dienen können.«²² Inzwischen ist aber - spätestens mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates - auch der »große Anspruch« auf den Hund gekommen. Die Apologeten der deutschen Ideologie liefern nur noch Rückzugsgefechte. Wo von allen Seiten der Lehrermangel beklagt wird, lassen sich die desolate Studienorganisation in den philologischen Fächern und die Hilflosigkeit der Philologiestudenten in den ersten Semestern nicht länger als Wahrheitssuche rationalisieren. Einmal mehr rächen sich nun die objektiven Zwänge an der Welt des Geistes, von denen sie frei zu sein glaubte. Wo die ökonomische Nachfrage nach Wissenschaftlern mit Macht auftaucht, kann sich das Ideal der akademischen Freiheit kaum einen Tag länger halten. An seine Stelle tritt die Rechtfertigung der Funktionalisierung und der Integration der Hochschulen in die spätbürgerliche Gesellschaft. Der qualitative Sprung von der Autonomie-Ideologie zur Integrations-Ideologie steht den deutschen Universitäten noch bevor; erst dann werden sie sich der Entwicklung in den USA bis auf wenige Schritte genähert haben.

Das Unternehmertum im Lehrstuhl. Publish or perish

Im Laufe der Entwicklung der Universität zur Multiversität hat sich der Lehrkörper gespalten. Lehre und Forschung treten auseinander; das trifft zumindest für die »undergraduates« zu; für die »graduates« fallen beide wieder zusammen. Ähnliche Folgen melden sich in den *Empfehlungen* des Wissenschaftsrates an, obwohl die Analogie nur mit Vorsicht hergestellt werden sollte, da zwischen Grundstudium und »undergraduate studies« einerseits und Aufbaustudium und »graduate studies« andererseits sowohl ein genereller²³ als

22 J. Habermas, Vorwort zu Wolfgang Nitsch, Claus Offe, Uta Gerhardt, Ulrich K. Preuß, *Hochschule in der Demokratie*, Berlin und Neuwied 1965. S. 5.

23 Im Durchschnitt entsprechen die ersten zwei Jahre College bzw. Universität dem bundesrepublikanischen Abitur.

119

auch ein individueller Niveauunterschied besteht. Erfäßt man die Mischtypen gesondert, so kann man von einer 3-Klassen-Struktur sprechen:

Teaching is less central than it once was for most faculty members; research has become more important. This has given rise to what has been called the »non-teacher« - »the higher a man's standing, the less he has to do with students« - and to a threefold class structure of what used to be »the faculty«: those who only do research, those who only teach (and they are largely in an auxiliary role), and those who still do some of both. In one university I know, the proportions at the Ph. D. level are roughly one researcher to two teachers to four who do both. (IX, 42/43)

Welche Ausmaße das Fakultätsproletariat annimmt, zeigt Kerr an Harvards Vorlesungsverzeichnis: »The Harvard catalogue now lists more than 5,000 »Officers of Instruction and Administration«, many of whom are not faculty in the traditional sense« (IX, 66). Diese Aufspaltung der Funktionen bringt Kerr mit der zweiten und dritten Entwicklungsstufe von Higher Education, mit der »land-grant university« bzw. der Multiversität, in Zusammenhang. In dem Maße, wie der Forschungsprozeß in- und extensiviert wird, beginnt sich die Verknüpfung von Forschung und Lehre zu lockern, bis sie schließlich für eine Klasse in der Fakultät, den »researchentrepreneur«, fast völlig aufgehoben ist. Für den Managerprofessor hat man einen Prestigegewinn eingebaut:

»The American professoriate« is no longer »a proletariat«. Salaries and status have risen considerably. The faculty member is more a fully participating member of society, rather than a creature on the periphery; some are at the very center of national and world events. (IX, 44)

»Creatures on the periphery« sind nur noch die »only-teachers« und die Studenten. Die neue Klasse der Forschungsunternehmer ist aber im Gegensatz zu den »creatures« von der Universität kaum mehr unter Kontrolle zu bringen. Die Kontrolle über die Forschung übt im wesentlichen der Bund bzw. die Industrie aus. Die Universität hat im Grunde nur noch Verfügungsgewalt durch die Programmierung des Lernprozesses. Auch hier liegen deutliche Parallelen zur Vertrags- und Auftragsforschung an den bundesrepublikanischen und

120

Berliner Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg vor: Forschung vollzieht sich, von der Universität aus gesehen, mehr oder weniger unkontrolliert; der Universität ist lediglich die Entscheidung über Lehr- und Lernprogramme geblieben.²⁴

A university's control over its own destiny has been substantially reduced. University funds from tuition and fees, gifts and endowments, and state sources go through the usual budget making procedures and their assignment is subject to review in accordance with internal policy. Federal research funds, however, are usually negotiated by the individual scholar with the particular agency, and so bypass the usual review process. Thus 20 to 50 to 80 percent of a university's expenditures may be handled outside the normal channels. These funds in turn commit some of the university's own funds; they influence the assignment of space; they determine the distribution of time between teaching and research, to a large extent they establish the areas in which the university grows fastest. Almost imperceptibly, a university is changed [...]. Also, some faculty members tend to shift their identification and loyalty from their university to the agency in Washington. Their concern with the general welfare of the university is eroded and they become tenants rather than owners, taking their grants with them as they change their institutional lodgings. (IX, 58/59)

Für die unterste Klasse, die »undergraduates«, bedeutet das völlige Vernachlässigung; auf einer Stufe in der Hierarchie mit diesen Knechten stehen die »only-teachers«. Es ist klar, daß im Zuge dieser Entwicklung sich die Universitäten nach dem Maßstab ihrer Forschungsqualität differenzieren. Dafür sorgt nicht zuletzt die Investitionspolitik. Die Ausgaben des Bundes sind gezielt und gehen nur an eine relativ kleine Zahl von Universitäten. Faßt man »project research« und »research center«-Ausgaben zusammen²⁵, so erhielten sechs Universitäten 57 Prozent aller Forschungsausgaben des Bundes.²⁶

24 Zu Entscheidungsprozessen und Machtverteilung in amerikanischen Universitäten vgl. N. J. Demerath, R. W. Stephens, R. B. Taylor, *Power, Presidents and Professors*, New York - London 1967.

25 Vgl. die Kategorien 1 und 2 auf S.104

26 Kerr nennt das Basis-Jahr nicht. Er spricht von »in a recent fiscal year«.

121

Zwanzig Universitäten vereinnahmten 79 Prozent der Forschungsausgaben. Bringt man nur »project research« in Ansatz, so sind die Prozentausgaben 28 bzw. 54.

Es soll hier noch einmal festgehalten werden, daß die Forschungsfinanzierung durch den Bund 75 Prozent der gesamten Forschungsaufwendungen aller Universitäten ausmacht. Bezogen auf die Gesamtausgaben der ersten zwanzig Universitäten trug der Bund 20 bis 50 Prozent ihres Budgets, wenn man nur »project research« in Rechnung stellt; werden die »research centers« hinzugezählt, so machen die Bundesausgaben 20 bis 80 Prozent der Gesamtausgaben der ersten zwanzig Universitäten aus, die ihrerseits nur rund ein Zehntel aller Universitäten in den Vereinigten Staaten

darstellen (vgl. IX, 25). Die ersten sechs, die rund ein Viertel der Zuschüsse eingestrichen haben, führten ca. 25 Prozent aller Habilitationen (Ph. D.) durch. Ähnlich verhält es sich bei den ersten zwanzig Universitäten (vgl. IX, 63).

This concentration of effort has undoubtedly strengthened the facilities and improved the quality of faculties of universities already in the front rank. It has probably widened the gap between those of the first and those of the second and third ranks. It may, in fact, have actually injured universities of the second and third ranks and some colleges by turning their potential faculty members into research personnel in the front-rank universities. The good are better; the poor may well be worse. And it has greatly accentuated the difference between colleges and universities. (IX, 63/64)

Es bilden sich besonders intensive Forschungszonen heraus, die, eng verbunden mit dem »military-industrial complex«, aus drei verschiedenen Gruppen von Universitäten bestehen (East Coast, California, Big Ten und Chicago). »These three groupings of universities [...] currently produce over three quarters of the doctorates conferred in the United States« (IX, 92). Auch in der Bundesrepublik gibt es Ansätze zu einer solchen Straffung (zum Beispiel in Konstanz und Bielefeld), so daß gewisse Schwerpunkte gesetzt werden, bzw. bestimmte Aufbaustudien nur noch an bestimmten Orten verfolgt werden können.

Die Klassenstruktur der Universität ist also nicht nur ein individuellinstitutionelles Problem, sondern auch das Ergebnis

122

eines Ausleseverfahrens der Institutionen selbst. »Only teaching« charakterisiert insbesondere die Colleges (in der Regel vier Jahre Studienzzeit). Eine Universität als reine Forschungsinstitution gibt es bislang noch nicht, weil die Universitäten aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ohne den College-Unterbau nicht auskommen können. Es gibt aber viele Differenzierungen auf einer Skala, die von »only teaching« bis »only research« reicht. Definiert man als »comprehensive university« einen Zustand, in dem der Staat die Absicht verfolgt, Leute »with a wide variety of aptitudes and achievements« in einer Institution zusammenzubringen, in dem der Staat es daher unterläßt, »(to) establish machinery to make peremptory judgements about the gifts of various students and teachers, locating different types on physically separate campuses« (VII, 26), so läßt sich im Stadium der Multiversität folgender Entwicklungsprozeß beobachten:

If the scholars are a minority, and feel that they have no hope of changing this situation, they tend to leave. If they are a majority (or the politically dominant minority) they relegate those who teach, and especially those who only teach freshmen and sophomores (die ersten beiden Jahre im College), to second-class citizenship. Those who could succeed at either research or teaching concentrate their energies on research in order to make sure they remain acceptable. Almost the only ones who concentrate on teaching are those who lack the special aptitudes required for research. Some are good teachers, but many are not. This inevitably confirms the general prejudice against those who »merely« teach. Often the non-researchers are refused permanent tenure. Yet while the scholars are reluctant to see non-scholars hired on a permanent basis, they are also reluctant to teach undergraduates themselves, especially run-of-the-mill freshmen and sophomores. Wherever possible the chore is turned over to already overworked graduate students. This has some advantages, but it further lowers the status of teaching vis-à-vis research, by making it something you »grow out of«. It also ensures that almost nobody in faculty or departmental meetings will think of himself primarily as a teacher. In the end, pressure usually develops to limit the enrollment of undergraduates to the talented minority whom the more scholarly professors think worth their time. In recent years almost all the for

123

merly »comprehensive« universities have gradually raised their academic requirements not only for the admission of students but for the employment of teachers. Those excluded from the universities do not, however, sink back into the proletariat to which the high-brow so often feels they belong. They create new institutions which bring together the unscholarly teachers with the unscholarly students. (VII, 28/29/30)

Das, was sich in der Bundesrepublik in einer etwas späteren Studienphase in der Teilung von Grund- und Aufbaustudium vollzieht, wird in den USA auch institutionell getrennt; nach dem Leitmotiv: »separate but unequal development«. Eine derartige Zersplitterung der Universitätsausbildung dürfte in der Bundesrepublik schon an der »Tradition« scheitern.

Im Reich der Verwaltung

Der Einfluß der Fakultät in den amerikanischen Universitäten und Colleges ist sehr gering. Wie schon gesagt, gleicht die Herrschaftsstruktur der Universität der eines Wirtschaftsunternehmens. Die Fakultät verfügt lediglich über einige Verwaltungsbefugnisse.

Die Verwaltung befaßt sich mit den zwei Prioritäten der Multiversität: »peace« and »progress« (IX, 36). Die Funktion der Universität in der Gesellschaft bestimmt auch ihr Selbstverständnis. Sicherheit und Ordnung sind zu gewährleisten, damit die Rekrutierung der Hochschulen nicht gestört wird.

To make the multiversity work really effectively, the moderates need to be in control of each power center and there needs to be an attitude of tolerance between and among the power centers, with few territorial ambitions. When the extremists get in control of the students, the faculty, or the trustees with class warfare concepts, then the »delicate balance of interests« becomes an actual war. (IX, 39)

Extrem heißt hier: abweichend vom »mainstream of society«. Kerr propagiert ein formalisiertes Verwaltungsmodell, Inhalte stehen nicht zur Debatte. Die Erziehungsmaschine muß laufen. Um die Richtung, in die das Rad sich dreht, haben die Studenten sich nicht zu kümmern. Dafür sind andere Leute

124

zuständig, zum Beispiel die »leadership groups in society«. Dafür, daß die Maschine läuft, haben der Präsident, die »deans« und »little deans«²⁷, die »chancellors«, Verwaltungsstäbe und die Campus-Polizei zu sorgen. Der Präsident der Multiversität muß sich damit zu fügen, »to hold its constituent elements loosely together and to move the whole enterprise another foot ahead in what often seems an unequal race with history« (IX, 40/41). »He must have ready access to each center of power, a faire chance in each forum of opinion, a chance to paint reality in place of illusion [...] (IX, 40). Triebkraft seines Handelns ist »necessity«, nicht »voices in the air« (IX, 37). Der Präsident, den Upton Sinclair als »the most universal faker and most variegated prevaricator that has yet appeared in the civilized world« beschrieben hat, war, Kerr zufolge, ein autoritärer Monarch. »Instead of the not always so agreeable autocracy, there is now the usually benevolent bureaucracy, as in so much of the rest of the world« (IX, 33). Die Drohung schwingt mit. In Berkeley hat man erfahren können, daß man nur so lange »usually benevolent« verwaltet wird, als man sich verwalten läßt. Die Administration kommt sonst ungeschminkt zur Sache, zur Gewalt.

Nach Kerr ist im Kontext der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West »survival [...] almost the sole essence of rational behavior« (IX, 126). Das zeigt sich auch in der Universität: administrative Rationalität sorgt für das Funktionieren und den Ausbau der Wissensfabrik. Rationalität steht nicht für Einsicht in die gesellschaftliche Entwicklung und deren Kontrolle durch die ihr bisher unterworfenen Bürger, sondern für die Anpassung aller Bürger an einen verdinglichten Block von Gesellschaft. Ein Mittel solcher Anpassung ist intellektuelle Arbeit. »Consequently, it is important who best attracts or captures the intellectuals and who uses them most effectively, for they may be a tool as well as a source of danger« (Kerr, zit. n. IV, 211). In den Augen der Verwalter ist ein Intellektueller entweder ein Werkzeug oder eine Quelle der Gefahr; ein Drittes gibt es nicht, Diese Alternative ist nur zu bekannt - auch der Zusammenhang, in dem 27 In Berkeley wurden die stellvertretenden »deans« als »little deans« bezeichnet.

125

sie steht. »If we apply the Kerr method of extrapolation, we get this: Everybody must be either on the FBI informer rolls or on the Subversive List [...]. Remember that you do not have to approve this; *you* are expected only to accept it« (IV, 211). Der Marktschreier des Imperativs erweist sich als Wegbereiter eines autoritären Staates.

The age of ideology fades. When man first entered the irreversible journey into industrialization there were innumerable views about the best way to organize society. Some of them have almost completely disappeared from the scene: anarchism, syndicalism, communalism, cooperativism. Others of them have been blunted and revised from their original form, particularly capitalism and socialism. The age of utopias is past. An age of realism has taken its place; an age in which there is little expectation of either utter perfection or complete doom. One of the results of the past century is the accumulation of experience about the realistic alternatives [...]. It (industrial society. S. L.) requires »realism« because an industrialized society is such a complicated mechanism with such, interdependence of its parts, that keeping it going without major disruption becomes an over-riding concern [...]. The century of the »great debate« from the mid-nineteenth to the mid-twentieth century, gives way to the era of the great and little compromises; ideology is dead but industrialism is alive - industrialism and the »new realism« that is its companion. Not only all dictatorships but also all democracies are »guided«. (VIII, 282-284)

Politically he (das Individuum. S. L.) can be given some influence. Society has achieved consensus and it is perhaps less necessary for Big Brother to exercise political control. Nor in this Brave New World need genetic and diemical means be employed to avoid revolt. There will not be any revolt, anyway, except little bureaucratic revolts that can be handled piecemeal. (VIII, 295)

Die Studenten: Proletarier in der Wissensfabrik

Eine Umfrage an der University of Wisconsin ergab, daß 50 Prozent der Studierenden die Universität als »depersonalized« empfanden. Die University of Wisconsin ist eine der drei großen »public universities«; sie haben sich in den letzten

126

Jahren als Zentren der politischen Aktivität der Studenten (XII, 326) hervorgerufen. Der Feststellung:

generally speaking, students in today's large university are no longer treated as individuals; instead they have become IBM cards, numbers, cogs in a sort of educational factory,

stimmten 59 Prozent der befragten Studenten zu. Ähnliche Ergebnisse haben Untersuchungen in Berkeley erbracht (XII, 329). Das »Material« der Wissensfabrik sind die Studenten. Die »vast educational machinery« zerstört jedes subjektive Interesse an der Sache selbst, das nicht in Mittel-Zweck-Relationen aufgeht. Das ist das Resultat einer Gesellschaftsgeschichte, die es nicht zuläßt, daß sie von den Bürgern bewußt erfahren und in ihrem Bewußtsein durchsichtig gemacht wird. Es gibt

the general feeling among the students that the university has made them anonymous; that they have very little control over their environment, over their future; that the University society is almost completely unresponsive to their individual needs. The students decry the lack of human contact, the lack of communication, the lack of dialogue that exists at the University. Many believe that much of their course work is irrelevant, that many of their most difficult assignments are merely tedious busy work with little or no educational value. All too often in his educational career, the student, in a pique of frustration, asks himself, »What's it all about?« In a flash of insight he sees the educational process as a gauntlet: undergraduate education appears to be a rite of endurance, a series of trials, which if successfully completed allows one to enter graduate school; and upon those who succeed in completing the entire rite of passage is bestowed the ceremonious title, Ph. D. For those who cop out along the way, the further one gets, the better the job one can obtain, with preference given to the major one has selected. All too often, the educational process appears to be a weeding-out process, regulated by the laws of supply and demand. The better one plays the game, the more he is rewarded. (Jack Weinberg, *The Free Speech Movement and Civil Rights*, in: IV, 185/186.)

Diese Gefühle werden verstärkt und verschärft durch die Art des »undergraduate«-Studiums: das »credit system«. An den »credit hours«, die als Maßzahl akademischer Arbeit dienen,

127

und ihrer Akkumulation orientiert sich die Ausbildung der »undergraduates«. Eine formelle Abschlußprüfung findet meist nicht statt. Im Laufe der Jahre hat sich die »credit hour« als eine Einheit eingebürgert »for expressing quantitatively the time required for satisfactory mastery of the course which includes one hour a week of lecture or class instruction for one semester, or its credit equivalent of laboratory or field work, or other types of instruction [...]«. Nach den Vorlesungsverzeichnissen zu urteilen verneinen viele Universitäten »credit to students who miss more than a specified number of these clock hours, regardless of the proficiency demonstrated«²⁸.

Dieses Zensursystem fördert das Konsumverhalten der Studierenden. So wird es auch von Kerr verstanden: »A kind of bizarre version of academic laissez faire has emerged. The student, unlike Adam Smith's idealized buyer, must consume usually at the rate of fifteen hours a week. The modern university was born« (IX, 15). Es besteht Konsumzwang, man hat seine Zeit abzusetzen. Dabei sind die Studenten einem ziemlich hohen Leistungsdruck ausgesetzt: es muß eine bestimmte Anzahl von Stunden belegt und die Kurse müssen besucht werden. Wer sich dem Reglement nicht beugt, scheidet aus. Nach dem vorliegenden statistischen Material ergibt sich für die drei großen und wissenschaftlich bekannten öffentlichen Universitäten eine »drop-out«-Quote von 50 Prozent, das heißt, daß beispielsweise die Hälfte derer, die in Berkeley als »freshmen« ihr Studium beginnen, nicht zum Studienabschluß kommen wird. Bei den guten privaten Universitäten und Colleges liegt die Quote beträchtlich niedriger: in Harvard bei 5 Prozent und in Stanford unter 10 Prozent (XII, 329). Zwar unterscheiden die Statistiken nicht zwischen »transfers« (Universitätswechsel) und »drop outs«; da aber allgemein der Universitätswechsel in den USA sehr erschwert ist, dürfte der entscheidende Anteil dieser Prozentangaben auf »drop outs« beruhen.

Weitaus gesicherter sind die statistischen Ergebnisse in einem anderen Punkt. Es steht fest (111, 33 ff., 99), daß es einen Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen der Eltern und

²⁸ Zitate aus: Lanora G. Lewis, *The Credit System in Colleges and Universities. New Dimensions in Higher Education*, Veröffentlichung des U. S. Department of Health, Education and Welfare, 1966, S. 2.

128

hoher »drop-out«-Quote gibt. Der Leistungsdruck trifft die sozialen Schichten also ungleichmäßig stark; die Studenten aus den unteren Gesellschaftsschichten fallen ihm eher zum Opfer als ihre Kommilitonen aus sozial bessergestellten Familien. Die nämliche Auswirkung hat die Verschärfung der Zulassungsverfahren, die auch an den Staatsuniversitäten eingeführt worden sind.

To force the undergraduate to reach a productive level sooner, the governing boards have introduced a new technique which is nothing short of »academic speed-up«. This has taken many forms. For example, there has been an increase in the number of units a student must take each semester. The pressure is continuously on the student to finish his undergraduate studies in less than four years. The result is a vicious cycle of pressure on both professors and the student who takes five or six courses a semester turning out papers by the dozens, preparing for midterm examinations, and finally staggering into finals [...] (1, 15)

Paul Goodman hat die Situation der Studenten in der *New York Review of Books* folgendermaßen dargestellt:

At present in the United States, students - middle-class youth - are the major exploited class. (Negroes, small farmers, the aged are rather outcast groups; their labor is not needed and they are not wanted.) The labor of intelligent youth is needed and they are accordingly subjected to tight scheduling, speed-up and other factory exploitative methods. Then it is not surprising if they organize their CIO. It is frivolous to tell them to go elsewhere if they don't like the rules; for they have no choice but to go to college, and one factory is like another. (zit. nach *IV*, 195)

über Sinn und Zweck dieses Leistungsdrucks sind sich Anpassungsstrategen wie S. M. Lipset einig: »Academic standards are relevant. The greater the pressure placed on students to work hard and to retain their position in university or to obtain a good appointment after graduation, the less they will participate in politics of any kind« (XI, 143), Oder, mit Habermas²⁹ zu sprechen: der Kommilitonen aufgeklärtes Selbstinteresse an Examensvorbereitung und künftiger Karriere ist als solches unpolitisch.

29 Jürgen Habermas, *Diskutieren - was sonst*, aus: *4 Daten, StandorteKonsequenzen*, o. J., S. 62.

129

In loco parentis

Die Universität steht »in loco parentis« - dies der juristische Ausdruck für den Erziehungsauftrag der Hochschulen und Colleges; dieser Erziehungsauftrag ist aufs engste verknüpft mit der zweiten Entwicklungsphase des amerikanischen Ausbildungswesens (vgl. S. 102). »In loco parentis« ist die Rechtfertigung für Zensur, »speaker's bans«, Entlassung von Professoren und zwangsweise Exmatrikulation von Studenten (1, 20); es deckt einzelne repressive Maßnahmen und das »system of governance« im ganzen (Krebs), das die Kontrolle der Wohnheime ebenso einschließt wie die Beargewöhnung des Privatlebens der Studenten. Krebs unterscheidet hier drei Aspekte: 1. Einwirkung auf die selbstorganisierte studentische Öffentlichkeit (Studentengruppen etc.), 2. direkte Einwirkungen auf das Privatleben, 3. Kanalisierung von Aggressivität in nichtakademischen Beschäftigungen (Sport etc.).

First, there are rules governing the »inalienable« right of assembly. Students who would dare organize themselves into groups are normally expected to abide by a host of requirements before even being entrusted with an empty classroom. Rosters of membership, officers, constitutions, faculty sponsorship, all of these have somehow become necessary preconditions to administrative »recognition« (the opposite of which is not non-recognition, but rather permanent evaluation). Since student groups, if recognized, are apparently as whimsical as the institutionalized insane, their funds are controlled by the university's bursar who arranges for expenditures at his pleasure.

Second, most universities (and in particular those in a more rural setting which can best maintain the atmosphere of a prison or army base) have constructed a sort of Second Book of Leviticus which would codify details of morality far beyond any municipal ordinances. This is useful: it emphasizes submission to irrational authority, transforms one aspect of the life of healthy human beings into unresolvable tensions, and gives free play to the morbid preoccupations of deans of students. Thus: exact permissible lengths of skirts, proscriptions upon slacks and jeans, specification and definition of ties and jackets, the effects of inclement weather (occasionally specified to degrees Fahrenheit) upon »normal« regulations.

130

Thus: the comings and goings of men and women, whether men may enter the rooms of women (or vice versa) - and, if so, when, and to what exact width, if necessary, the doors must be kept open; whether women may sit on the same sofa

with men (and, this granted, the number of feet that must remain on the floor at all times). Thus: highly priced engineers are hired to design exit systems that would permit women to leave burning dormitories but restrict them, in their lust, from leaving buildings that are not burning; wealthier schools (e. g., Cornell) have architects design clever iron window bars as functional as those on the Women's House of Detention and yet discreet enough to pass unnoticed by all except the inmates. And, to be sure, each infraction of parietal rules in general carries with it a correlative punishment - within a limbo of »adjustment« counseling - for those with »problems« (however difficult it might seem to distinguish the personal problems from those of the system).

As consolation for institutionally imposed deprivations, the administrator seeks to involve student populations in a world of plastic and chrome, in packaged traditions and exorbitantly expensive amusements. At the Air Force Academy, for example a special staff was hired solely to invent hoary rituals with which students might identify; at Duke University, workmen were hired to groove (with masonry files) the steps of buildings to promote an atmosphere of greater antiquity. Each school has usually elaborated an especially hallowed area where none but an elect might walk. And with great regularity most American colleges provide mammoth semi-professional sports spectacles.

Through these techniques the successful administrator sees to it that his charges have minimal opportunity for bureaucratically disruptive personal or political relationships, for introspection (which might lead to a disruptive outcome), or for critical evaluations of the world in which they live. In the same measure that the question »where do I fit into this social order« should pass unanalyzed (in other than in the most superficial, banal sense), so too should the question, »where do we, as an ongoing social order, fit in with the rest of humanity?« To even begin to answer these sorts of questions requires an understanding of history, of technology, of the role of immigrations, conquests, colonialism. But in view of the structure of the university and the nature of the administrator and his staff,

131

the only manner in which these can be developed is by students themselves in the face of system opposition. (X, 819)

Ein vierter Aspekt wäre die Instrumentalisierung der studentischen Selbstverwaltung. Die Gründung der »student governments« fällt mit der Konsolidierung der zweiten Phase der amerikanischen Universitätsgeschichte zusammen. »They found their power in the area of extracurricular activities, where it has remained [. . .]. Their extracurricular program helped broaden the student life.« (IX, 21). Hier wurde den Studenten eine Spielwiese zur Verwaltung der eigenen Unmündigkeit eingerichtet. Besser ließe sich das kaum organisieren. Welche Rolle die »student governments« heute noch spielen, kann man dem Verhalten der ASUC³⁰ in den Konflikten auf dem Berkeley Campus entnehmen: die ASUC war lediglich der Vorposten der Universitätsverwaltung.

Unterscheidet man mit Clark and Trow (II, 17 ff.) vier Typen von »college subcultures«, nämlich 1. »collegiate« - »the world of football, fraternities and sororities, dates, cars, drinking and campus fun«, 2. »vocational« (berufsorientiert), 3. »academie« (wissenschaftlich interessiert) und 4. »nonconformists«, so wird deutlich, daß die Rolle der »collegiate student governments« im Grunde die gelber Gewerkschaften ist; sie bringen der Universitätsverwaltung nicht unbedeutende Vorteile:

They are routine, predictable, and acceptable to important constituencies. Therefore, on many campuses, they are not only condoned but officially supported by administrators and influential segments of the faculty. Consider the relationship of administrative interests to student government in this regard. A collegiate student government is not very dangerous administratively, since it avoids controversial ideas and political action. Its main interests are social and it lends itself to the monitoring of student social activities [...]. When student organizations are primarily oriented toward the routine social problems of the student community, they are likely to be a grass roots arm of the official control apparatus [...]. At most colleges, student government is either explicitly defined or implicitly considered by officials to be an integral part of the administration. (11, 43/44)

30 A. S. U. C. = Associated Students of the University of California; offizielle Studentenvertretung.

132

Auch die berufsorientierten Studenten fügen *sich* meist dieser Definition von studentischer Selbstverwaltung. Schwierigkeiten machen nur die »academics« und »nonconformists«; wenn diese Gruppen überhaupt ein Interesse an studentischer Selbstverwaltung nehmen, dann meist so, daß sie die Universität im Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung begreifen und bewußt Politik aus der Universität hinaus und in sie hinein tragen.

The tendency of liberal intellectual students to turn a student government into a political arena, taking stands on controversial issues, sharply conflicts with the desire of administrators to use it as an administrative unit, one that works only on campus and within prescribed areas of non-political activity. The kind of student government most threatening to administration is one entailing serious political involvement, for here a subsystem of the college will be taking stands

and entering into alliances that irritate segments of the outside community, including those which are sources of financial and moral support. (11, 44)

Thus, in brief, student government that restricts itself to student social life, and a sports program that excites large numbers of students and outsiders, are both likely to find favor with administrators interested in reducing student disorderliness while seeking greater support among external non-intellectual groups. (11, 45/ 46)

Im Gegensatz zur Bundesrepublik sind die Manipulationen im »system of governances« in den Vereinigten Staaten durchsichtig und mit wenig Dekor umgeben. Es finden sich vielmehr ganz offene Hinweise auf die Zwecke dieses »people-engineering in the best tradition of the total institution of the century« (1, 8), und zwar gerade bei ihren Befürwortern. Da die »extracurriculars« allein die Politisierung der Studenten nicht abwenden können, schlägt zum Beispiel Lipset vor, die sexuelle Restriktion zu lockern. Studenten, denkt er, die Mädchen nachstellen, hecken nicht politische Programme aus. Das erkenntnisleitende Interesse dieser seiner Vorschläge hat Lipset selbst bündig zusammengefaßt: »This paper has attempted to analyse some of the conditions under which university students [...] reject incorporation into the university as an intellectual community and refuse to accept the existing

133

political and social order of which the university is a part in the political sphere« (XI, 150). »To attack the status quo of the affluent society seems to require defining it as an essentially corrupt and sick society which cannot be reformed« (XII, 335). Man wird Lipset dankbar dafür sein, daß er diejenigen zu »radicals«, »extremists«, zu Kranken und Abweichlern gestempelt hat, die am status quo etwas ändern möchten. Mit seinen Empfehlungen hat er dem Staat und der Verwaltung jene strategischen Hinweise gegeben, deren sie bedürfen, um die Widersprüche in der Gesellschaft zu rein subjektiven Widersprüchen zu erklären und die Anpassung derer, die widersprechen, zu vollenden. Wie das im Einzelfall funktioniert, soll kurz an einem konkreten Fall gezeigt werden. Das Academic Council of the University of California, welches das gesamte höhere Ausbildungssystem in Kalifornien umfaßt, brachte am 17. Dezember 1964 ein Gutachten zu den Ursachen der Revolte der Studenten in Berkeley heraus, in dem unter anderem festgestellt wurde:

[...] some of the unrest among students is traceable to a feeling that the university is a huge corporate enterprise run by remote administrators and geared to the mass production of research and of candidates for degrees. The present situation has produced tremendous soul-searching on the whole issue of impersonality and inaccessibility. Efforts at all levels should be intensified to improve the relations between the three segments of the university community: students, faculty, and administration. The council especially urges that faculty members and administrators take a greater personal interest in students. Discussions with individual students should be encouraged concerning both personal and university problems. Furthermore, there is need to give continuing thought and attention to improving the educational environment of both undergraduate and graduate students [...] (Zit. nach IV, 153)

Die Irrationalität des Ganzen wird in der Empfehlung, dieses »feeling« zu zerstreuen, zum Verschwinden gebracht. Davon, daß die Universität ein Teil jenes Ganzen ist, ist in dem Gutachten mit keinem Wort die Rede. Die manipulative Denkstruktur ist bereits so festgefügt, daß ein anderer Inhalt von Wissenschaft gar nicht mehr gedacht wird.

Diese Neigung, gesellschaftliche Probleme subjektiv - als psy

134

chologische oder sozialpsychologische - zu definieren, findet sich nicht nur bei Lipset. Sie ist vielmehr kennzeichnend für den Stand der amerikanischen Hochschulforschung insgesamt; es genügt, auf das von Nevitt Sanford herausgegebene Standardwerk *The American College*³¹ hinzuweisen, in dem 29 von 30 Autoren sich ausschließlich mit Problemen der Entwicklungspsychologie des Studenten beschäftigen. Historische, ökonomische, gesellschaftliche Gesichtspunkte im strengen Verstande kommen nicht vor. Ein Ausdruck dieser Erkenntnisverlagerung ist die amerikanische Hochschulpsychiatrie, die sich »verantwortlich« fühlt »für das gesunde Funktionieren der gesamten Studentenpopulation« (III, 3). Die »mental health«-Planer haben es sich zur Aufgabe gemacht, »auferlegte Forderungen in Selbstverantwortung, verzögerte Befriedigung in Selbstbeschränkung, Disziplin in Selbstdisziplin zu überführen« (III, 111). »Mental health« umfaßt, wenn man ihren Theoretikern glauben darf, »the whole field of social relations«. Kurz: die Hochschulpsychiatrie besorgt auf ihre Weise das Geschäft der Anpassung, indem sie dem Studenten hilft, Autorität zu verinnerlichen und sich mit dem Erziehungssystem und der Gesellschaftsformation, die in solcher Autorität sich artikuliert, zu identifizieren. Die Hochschulpsychiatrie erklärt sich somit auch für »die gesunde Mehrheit, zumindest in präventiver Absicht, für zuständig« (III, 107) und verfährt nach dem Motto: »For college students in the United States today, the attainment of maximum health is more than a right. It is an obligation which every student owes to society which has endowed him with superlative opportunities to achieve and enjoy good health« (zit. n. III, 104). Der Student soll »funktionieren«, und, wie Farnworth gesagt hat, »reif gemacht werden« (zit. n. III, 104). »Change of personality« ist das Bildungsziel des Colleges; die Universität mit ihrem Leistungszwang besorgt dann den Rest. Im Jahre 1965 wurde bei einer Umfrage auf Bundesebene an die Studenten die Frage gerichtet: »How much

confidence do you have in these institutions?« Das Ergebnis lautet: »[...] the

31 Nevitt Sanford (Hrsg.), *The American College. A Psychological and Social Interpretation of the Higher Learning*. New York - London - Sydney 1965.

135

majority voiced a great deal of confidence in the medical profession, banks and financial institutions, higher education and big corporations.« (XII, 339)

Die Sozialpsychiatrie in den »Verdünnungszonen des Pathologischen« (Dörner) steuert auf Identität mit dem sozialen und politischen Gesamtsystem hin - Hochschulverwaltung und psychiatrische Hochschulforschung, staatliche Administration und Wissenschaftsbetrieb arbeiten zu diesem Zweck Hand in Hand. »Von daher ist zu verstehen, daß die Hochschulpsychiatrie einen so großen Teil ihrer Forschungskapazität auf >drop-out<, Selektionseffekte, >under-< und >overachieving< und - weniger stark - auf Prüfungen konzentriert. Es geht dabei regelmäßig um den Nachweis, daß die emotionalen Umstände wichtiger sind. Diese Resultate geben aber umgekehrt der Administration ein größeres Gewicht im Verhältnis zur Fakultät, da sie (>personnel work<, >dean of students<) zugleich für das emotionale Wohlergehen der Studenten, für die zahlreichen außerakademischen Bereiche des College-Daseins und für die moralische Erziehung verantwortlich ist. So entspricht der zweite psychiatrische Forschungskomplex in kaum geringerem Maße dem Interesse der Hochschulverwaltung und ist, zumindest teilweise, [...] auf dieses zurückzuführen: die Untersuchungen zur College-Anpassung, wie man durch außer-akademische Erleichterungen und technische Verbesserungen den Bedürfnisdruck des Individuums entschärfen, den Leistungsdruck erträglich machen könne [...]. Auch in einem dritten wichtigen Funktionsbereich - dem der Disziplin - dient die Hochschulpsychiatrie dem Verwaltungsinteresse. Dies geschieht nicht nur durch Überweisung verhaltensgestörter Studenten an den Psychiater, sondern auch durch Forschungen und >mental health<Planungen, in denen der Hochschulpsychiater den Nachweis führt, daß ein solches präventives Programm [...] notwendig sei, da jeder Student [...] Verhaltensstörungen wie auch der Teilnahme an friedentörenden Studentenrevolten potentiell ausgesetzt sei« (III, 109-110). Leistung und Anpassung: das sind die Aufgaben der Studenten. Und die Hochschulpsychiatrie erweist sich als geeignetes Mittel, ihnen diese Aufgaben einzuschärfen.

136

Ansätze zu einer totalen Institution

Die großen »residential colleges« entsprechen in manchen Punkten dem von Erving Goffman konzipierten analytischen Modell einer »total institution«, »a place of residence and work where a large number of likesituated individuals, cut off from the wider society for an appreciable amount of time, together lead an enclosed, formally administered round of life« (V, xiii). In diesen »total institutions« wird, wie auch in den »residential colleges« (Goffman nennt im Ausbildungsbereich nur die »boarding schools« als Beispiel), die der »civil society« eigene Trennung von Arbeit und Freizeit, von »sleep, play and work«, aufgehoben. Individuelles Verhalten in getrennten Sphären an geographisch verschiedenen Orten, mit je verschiedenen Teilnehmern und in je verschiedenen, unkoordinierten Herrschaftsverhältnissen, die Trennung also von Arbeits- und Lebensbereich, existiert für die »undergraduates« kaum. Alle drei Momente sind an einem Ort zusammengezogen, in einem wenig differenzierten Teilnehmerkreis, der einer Autorität, eben der Administration (manchmal auch der Fakultät), unterworfen ist. » [...] each phase of the member's daily activity is carried on in the immediate company of a large batch of others, all of whom are treated alike and required to do the same things together« (V, 6). Zumeist, wie auch hier, besteht eine erzwungene zeitliche und inhaltliche Koordinierung dieser Momente durch ein Netzwerk ausdrücklicher, formalisierter Verhaltensregeln und einen Stab von Exekutoren. »The handling of many human needs by the bureaucratic organisation of whole blocks of people« (V, 6) ist ein zentrales Merkmal totaler Institutionen. Aus dieser Struktur ergeben sich Folgen sowohl objektiver als auch subjektiver Natur.

Einrichtungen dieser Art gründen auf einem »basic split« zwischen »manager and managed«, »inmates and staff«. Die »inmates« wohnen in »Heimen« - wie auch die »undergraduates« -, die ihre Kontakte mit der Außenwelt beschneiden. Die Manager haben ihr tägliches Arbeitssoll zu erfüllen (»work«) und sind ansonsten in die Umwelt integriert (»play and sleep«): daraus ergibt sich eine Perspektive gegenseitiger

137

Einschätzung, in der die Verwalteten den Verwaltern als potentiell Aufsässige, die Verwalter den Verwalteten als »condescending, highhanded and mean« (V, 7) erscheinen.³² Um die »educational goals« von Leistung und Anpassung zu erreichen, werden die Studenten einem Initiationsritus unterworfen, der, in der Zerstörung von Teilen des »Selbst«, Raum für den »change of personality« gibt. »The recruit comes into the establishment with a conception of himself

made possible by certain stable social arrangements in his home world. Upon entrance, he is immediately stripped of the support provided by these arrangements« (V, 14). Die erste Barriere zwischen »student inmate« und »outside« im neuen sozialen Kontext besteht darin, daß der Student vorher insoweit autonom war, als er über seine verschiedenen Rollen mehr oder weniger frei selbst verfügen konnte. In den Colleges wird ihm dagegen ein gut Teil der Kontrolle darüber entzogen: soziale, sportliche u. a. Aufgaben werden ihm zugewiesen. Es findet eine Art Rollenenteignung - »a role dispossession« - statt; die Rollen werden absorbiert und verwaltet. Auch die standardisierten AufnahmeprozEDUREN der Universitäten bewirken eine Beeinträchtigung des Selbst, der »previous bases of self-identification«. Die zitierte Umfrage an der University of Wisconsin (S. 126 f.) zeigt deutlich, welche Spuren die gegenwärtige Form der Verwaltung im Bewußtsein der Studenten hinterläßt.

Admission procedures might better be called »trimming« or »programming« because in thus being squared away the new arrival allows himself to be shaped and coded into an object that can be fed into the administrative machinery of the establishment, to be worked on smoothly by routine operations. Many of these procedures depend on attributes such as weight or finger-prints that the individual possesses merely because he is member of the largest and most abstract of social categories, that of human being. Action taken on the basis of such attributes necessarily ignores most of his previous bases of self-identification. (V, 16)

Zwar werden dem Studierenden keine Fingerabdrücke genommen, die Test- und Registrationskategorien der Univer

32 Vgl. dazu die empirischen Befunde in: E. G. Williamson und John L. Cowan, *The American Student's Freedom of Expression. A Research Appraisal*, Minneapolis 1966, insbes. S. 77 f.

138

sitäten und Colleges sind jedoch nicht weniger abstrakt. Eine weitere Form des »mortification of the self« besteht in Eingriffen in die Privatsphäre des Studenten.

On the outside, the individual can hold objects of self-feeling such as his body, his immediate actions, his thoughts, and some of his possessions - clear of contact with alien and contaminating things. But in total institutions these territories of the self are violated; the boundary that the individual places between his being and the environment is invaded and the embodiment of self profaned. (V, 23)

Die Zwangssituation ist hier zwar nicht so vollständig wie in den typischen »total institutions« (»prison«, »asylums«), ihre Wirkung aber ist darum nicht minder nachhaltig. Wo es darum geht, nicht nur äußere Unterwerfung unter, sondern Identifikation mit der Autorität zu erreichen, zieht jede Abweichung, jedes Anzeichen von Nichtübereinstimmung Strafe nach sich. Aus Beschränkung soll Versagung, aus Disziplin Selbstdisziplin werden. Ausflüchte werden nicht geduldet; Abweichungen, die sich im Verhalten objektivieren »behavior disorders« - trifft die ganze Härte des Systems.

Da der einzelne nicht mehr frei über seine Rollen verfügen kann, bestehen auch die Ausweichmöglichkeiten, welche die »Civil society« gewährt, nicht mehr. Das Kontrollnetz ist dicht. So verfügt zum Beispiel der »dean of students« über ein Informationsnetz, das akademische Leistungen, psychiatrische und Intelligenz-Tests, Begutachtungen durch Lehrer, Verhalten in den »extracurriculars« und auch außerhalb der Universität (High School, Polizeiakten etc.) umspannt. Er kann jedem für ihn interessanten Hinweis nachgehen. Autonomes Handeln ist unter solchen Umständen nicht mehr möglich. Der Student ist einem System von »governances« subsumiert, das er bis zur Identifizierung verinnerlichen muß: »the inmate's life is penetrated by constant sanctioning interaction from above, especially during the initial period of stay before the inmate accepts the regulations unthinkingly. Each specification robs the individual of an opportunity to balance his needs and objectives in a personally efficient way and opens up his line of action to sanctions. The autonomy of the act itself is violated« (V, 38). Seine Äußerungen

139

werden nicht mehr in einem objektiven und subjektiven Zusammenhang gesehen, sondern als Symptom mißlungener oder gelungener Einfügung in die Institution.

Innerhalb der Institution bildet sich schließlich eine Art Privilegienkatalog heraus, der drei grundlegende Elemente umfaßt: Ordnungsregeln, Verhaltensregeln und Strafen (V, 49). Die Verhaltensregeln haben direkt die Studenten zu Adressaten. Nach Kerr produziert allein die Fakultät davon eine Vielzahl (IX, 103). In ihnen formalisiert sich das »system of governance«. Der Anpassungszwang ist so intensiv und allgemein, daß er das Handeln ebenso wie die Sprache der Studenten prägt und eine Subkultur mit besonderem Ritual und spezifischen Verkehrsformen erzeugt. Der Rollenenteignung in der »totalen Institution« (und durch sie), die Goffman untersucht und definiert hat, entspricht die Verminderung der individuellen Interessen; der Disziplinierung der Studenten entspricht die Neutralisierung der Wissenschaft. »Every total institution can be seen as a kind of dead sea in which little islands of vivid, encapturing activities appear. Such activity can help the individual withstand the psychological stress usually engendered by assaults

upon the self. Yet it is precisely in the insufficiency of these activities that an important deprivational effect of total institutions can be found« (V, 69-70). Eine Vielzahl von verdinglichten, toten Verhaltensweisen - eine zur undurchsichtigen Institution geronnene zweite Natur - und umfangliche Veranstaltungen therapeutischer Verdrängungsaktivität: das sind die Strukturelemente der meisten amerikanischen »residential colleges«.

Die Domestizierung der Studenten

Neben den »residential colleges« gibt es noch einen zweiten Typus des Higher Education Systems in den USA: das »commuter college«; die Studenten wohnen nicht auf dem Campus, sondern zu Hause und kommen jeweils nur zu den Kursen in die Universität. Das wirkt sich auf die Verhaltensweisen der Studenten und die Infrastruktur der Universitäten aus.

140

Lipset hat in einer Studie über die Studenten in unterentwickelten Ländern eine Reihe von Faktoren untersucht, die Einfluß auf die politische Willensbildung der Studenten nehmen: Leistungsanforderungen im akademischen Bereich, das zahlenmäßige Verhältnis von Professoren und Studenten, die Beziehungen beider Gruppen zueinander, die wirtschaftliche Situation der Eltern, außerakademische Beschäftigungstherapeutik, Größe und Aufbau der Universitäten etc. Die Möglichkeiten zu politischer Aktivität der Studenten hängen nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, für eine studentische Subkultur eine Nische im Leistungsbetrieb auszusparen -einen Freiraum, in dem eigenständiges und reflektiertes Denken und politische Entscheidungen entstehen können. Zwei wesentliche Voraussetzungen hierfür sind die Größe und Art der Universität und das Bestehen eines »residential college«, das stärker als das »commuter college« kritische Öffentlichkeit befördert. Da nur in großen Universitäten - in kleinen nur dann, wenn eine besondere Auslese vorliegt - »a critical mass« (Jencks) von Studenten zusammenkommt und sich der Administration entziehen kann, wird die Größe der »student population« zu einer der Hauptbedingungen bewußter politischer Praxis.

[...] the larger the university, the greater the absolute number of those with dispositions to political activities and the stronger their mutual support, organisation and resources. Larger student bodies will also heighten the tendency towards the formation of an autonomous student culture resistant to the efforts of the university administration to control it. (XI, 145)

Student leftism, involvement in civil rights activities, and opposition to the Vietnamese War, are largely associated with size of university. The smaller private and denominational colleges, many state universities, and the large majority of technological schools have seen no demonstrations, have no chapters of left wing or civil rights groups, and their student bodies do not exhibit much political awareness. (XII, 321)

Neben der Größe spielt die Art der Universität bzw. des College (öffentlich. oder privat; »denominational« oder »non-denominational«; »technological« oder »liberal arts«) eine Rolle. Die Studentenschaft an den großen öffentlichen

141

Universitäten ist sehr heterogen; die von Clark und Trow beschriebenen Subkulturen sind dort sämtlich vertreten (vgl. S. 132). Die besten privaten Universitäten und Colleges sind weitaus homogener in der Zusammensetzung der Studentenschaft.

In the selective liberal arts colleges and leading private universities, the enormous growth in demand for college places since World War II and the increased selectivity which this has allowed has led to [...] a predominance of able, academically oriented students, the great majority of whom are going on to graduate and professional schools, with even their non- conformists and political activists more cautious, more aware of what they have to lose (Martin Trow, zit. nach XII, 329)

Geht man mit Lipset davon aus, daß die großen privaten Universitäten (die Ivy League) vornehmlich Eliteerziehung und Eliteausbildung betreiben, so kann die politische Zurückhaltung ihrer Studenten nicht verwundern. Da diese Bildungsanstalten »ports of entry« für einen Teil der Machtelite sind, steht mit Gründen zu erwarten, daß die Studenten in Ideologie und Praxis die Übereinkunft mit der bestehenden Gesellschaftsordnung antizipieren, »that elitist systems will be less productive of students political unrest than those which do not offer secure paths to success« (XI, 149).

Für Kalifornien stellt Jencks fest, daß die »public colleges« eine außerordentlich heterogene Gruppe von Studenten versorgen, da diese sich allermeist nur aus der näheren Umgebung rekrutieren und kaum eine Auslese stattfindet. Weil diese Colleges nach Maßgabe der lokalen Grenzen organisiert sind (das Einzugsgebiet vieler dieser Colleges beläuft sich auf wenig mehr als 30 Quadratkilometer), verringert sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Studenten während des

Studiensemesters die Familie verlassen. Gerade aufgrund der Verstärkung und der Zunahme der Gesamtstudentenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es möglich, »colleges of >effecient< size in more and more places« zu errichten. Damit kommen immer größere Kreise der Bevölkerung auf »commuting distance« zu diesen Ausbildungsinstitutionen.

Those who take advantage of the opportunity to save money by living at home are exposed to one another, and to the faculty for

142

only a few hours a day. Rich and poor may sit together in class, but they have little contact outside because they depart for home when class is over. At the same time the commuter sees less of his classmates, he sees more of his parents, siblings and other high school chums. One of the traditional functions of a residential college has been to emancipate the young from the inevitable limitations of their parents - before it was too late. Late adolescents were given a chance not only to think about questions which their parents felt unimportant or even dangerous, but to live their daily lives and choose their friends without worrying about their parents' daily reactions. (VII, 11/12)

Ein »commuter college« beschneidet diese Möglichkeiten. Von vielen Eltern wird das jedoch weniger als ein Nachteil denn als Vorzug ausgelegt. Dem prima facie-Verdacht gegen ein »residential college«, es untergrabe die geltenden Verhaltensregeln (zum Beispiel auf sexuellem Gebiet) oder befördere den Intellektualismus, ist das »commuter college« nicht ausgesetzt. Im allgemeinen - und das ist unbestritten und wird auch von Lipset hervorgehoben - wirken die »commuter colleges« entpolitisierend, während, wie die Erfahrung gelehrt hat, die »residential colleges«, wo die Studenten in Wohnheimen oder in Apartments (>digs«) wohnen, die politische Willensbildung der Studenten vorantreiben. Ausnahmen von dieser Regel bilden nur solche Wohnheime, bei denen Ideologie und Praxis - wie bei einem praktizierten »in loco parentis« - deckungsgleich geworden sind.

Wether students live at home with their families, in university halls of residence, or in »digs« will affect their involvement in politics in particular. The common life in a hostel or hall of residence or dormitory enhances the formation of common student attitudes, a consciousness of kind and the readiness to mobilise for organised activity. The *Cité Universitaire* in Paris clearly has facilitated student political activity in recent years.

This proposition assumes of course that these common residential arrangements are not attended by strict supervision by adults, where the wardens or other university or college officials stand *in loco parentis*. The relative peacefulness of student life in British and American universities is partly a function of the strength of a tradition in which the teaching staff takes on responsibility for

143

the surveillance and supervision of the students' affairs. The provision of hostels on the continental and Indian styles, where it occurs against a tradition of an almost complete *laissez-faire* attitude on the part of the teaching staff vis-à-vis the students, only contributes to turning the halls of residence into centres of agitation. Living in digs and cafes, in the pattern of the major Latin continental countries, France and Italy, is frequently associated with the emergence of an autonomous political culture among the students and that culture is usually agitational and extremist. Living at home prolongs the authority of the family over the student and tends to insulate him from university influences. The Indian student study cited earlier indicates that the more conservative the political party, the more likely were its supporters to live with parents or relatives while attending university, while a disproportionate number of more leftist students lived in liostels or in a »private lodge«. In Japan, with its strong radical student movement, the centres of activity are in »the metropolitan areas, especially Tokyo, [which] have the largest proportion of students who are far from home and live either in a dormitory or in a lodging. They are freer as well as lonelier than students who live at home. Their marginality is greater, and they are less controlled - a favorable condition again for student movements.« (XI, 146)

California foreshadows the future

Christopher Jencks ist der Meinung, alle Zeichen sprächen dafür, daß die gegenwärtigen Muster der Higher Education in Kalifornien morgen das ganze amerikanische Erziehungs- und Ausbildungswesen bestimmen werden (VII, 96). Kalifornien gehört zu den Bundesstaaten, in denen der größte Teil der Higher Education dem öffentlichen Sektor zuzurechnen ist. Im Bundesdurchschnitt sind 3 Fünftel der angebotenen Studienplätze solche öffentlicher Universitäten und Colleges, in Kalifornien sind es 4 Fünftel (in Massachusetts 1 Fünftel). Diese Struktur des Ausbildungsbereichs führt Jencks auf die homogene Mittelschicht in Kalifornien zurück, deren Loyalitäten nicht - wie in Massachusetts - auf mehrere pri

144

vate Universitäten verteilt sind, sondern eine einheitliche Basis für staatliches Handeln abgeben.

State legislators will only devote the necessary resources to higher education when the demand comes from a broadly based coalition: farmers and engineers, teachers and businessmen, Protestants and Catholics, Irish and Anglo-Saxons, upper-middle class and lower middle classes. In such states as Massachusetts where the middle classes are still deeply and often bitterly divided, such a coalition has proven at best shaky, at worst non-existent. Each element of the coalition has continued to give its first loyalty to private institutions which it largely controlled, and has suspected public institutions as both unresponsive and mediocre. (VII, 7/8)

Diese Koalition hat in Kalifornien die Voraussetzungen für ein planbares und heute weitgehend geplantes Erziehungswesen geschaffen. Aktualisiert wurde diese Planung erst in der dritten Phase der Universitätsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Vorher hatte niemand Higher Education als ein monopolistisches Unternehmen verstanden und dementsprechend disponiert (vgl. VII, 20). Nach 1945 nun hat Kalifornien die ersten Planungsgremien für Universitätsbelange eingesetzt.

The planning committee usually includes representatives of the major interests which will be affected, and these representatives try to negotiate treaties covering areas of probable conflict. (VII, 22)

Was »major interests« bedeuten, ist dem Abschnitt über die »regents« und »trustees« der Universitäten zu entnehmen.³³ Die Planung selbst zielt auf eine vereinfachte Steuerung der Ausbildungsgänge.

In state wide planning »the interests« have the dominant voice from the beginning. The function of the plan has mainly been to make conflicts between these interests more manageable, and to provide a public indication of their relative strength, so that they and others can anticipate to some extent what will happen next. (VII, 23)

Da die Bevölkerung Kaliforniens in ihrer Mehrheit nicht der Meinung ist, »that living away from home is an integral part of higher education« (VII, 30), und da den Planern diese Ein

³³ Siehe Kapitel III, S. 109 ff.

145

stellung nicht ungelegen kam, entwickelte sich allmählich ein Drei-Stufen-System öffentlicher Higher Education.

If the planners want to have as many people as possible commute to college, they must stratify the system of higher education and provide lower level instruction in a great many places where there is no high level instruction. If low level and high level instruction are separated, unscholarly and scholarly teachers must be separated too. Given this fact »comprehensive« universities are out. (VII,32)

What the Californian planners want is essentially the same kind of differentiation of function that exists within the statewide economy (das läßt auch Schlüsse auf die Herkunft der Planer zu. S. L.), with each community doing only a few things for which it is especially suited, and even the great metropolises providing less than the full range of goods and services. To achieve this he must prevent everyone's flocking to the academic metropolises (gemeint sind hauptsächlich Berkeley und der Los Angeles Campus - UCLA der University of California. S. L.), leaving the tasks of smaller and less prestigious centers, undone. Conversely he must prevent every small institution from squandering its resources on grandiose efforts to rival Berkeley. His great problem is that the institutional nationalists, see almost all such proposals for the academic economy not as a »rational« division of labor between communities, but as imperialistic schemes to create a few wealthy »post-academic« institutions and an enormous number of »underdeveloped« ones which merely provide raw materials and markets for the products of the giants. (VII, 59)

Logisch wäre also ein »tripartite system«, in dem die relativ unspezialisierten ersten 2 Jahre (»freshmen«, »sophomores«), die letzten 2 College-Jahre (»juniors«, »seniors«) und die »graduates« institutionell je nach Einzugsgebiet aufgespalten wären. Die Quantität der Studenten pro Gebietseinheit vermindert sich durch die »drop outs« mit jeder höheren Stufe daher bedarf es jeweils eines größeren Einzugsgebietes für »efficient size«. Es ergibt sich somit folgende Staffelung: 1. »junior colleges« (sie erfassen die ersten 2 College Jahre), 2. »state colleges« (sie erfassen die gesamten 4 Jahre der CollegeAusbildung), 3. »universities« (sie erfassen sowohl college als auch graduate studies). Es zeigt sich hier, daß das Modell nicht konsequent zu Ende geführt ist, da jede Stufe

146

die vorhergehende noch mit sich führt. Auf der Stufe II bzw. III liegt das Schwergewicht auf den »juniors/seniors« bzw. auf den »graduates«. Der jeweilige Unterbau wird durch selektive Aufnahmeverfahren eingeschränkt.

Every California community today produces a substantial number of high school graduates who cannot find a job or husband (zur Studienmotivation der Mädchen - vgl. Dörner 111, 66. S. L.) to their taste. The majority of these graduates decide to continue their education in some kind of college. These students vary in both ability and ambitions, but just as in high school, their commitments are usually quite vague. Most of them can be grouped together in a comparatively small number of courses covering rather broad topics. California's planners have concluded that a faculty of 150 can »cover« the intellectual and vocational interests of the great majority of college freshmen and sophomores, and that even thirty to forty can do a satisfactory job. They have also concluded that a community of 30,000 or more produces enough interested students each year (200 or more) to justify providing such a faculty. As students grow older their interests grow more specialized - or at least the educators feel more compelled to cater to whatever specialized interests they have. A faculty of at least 250 and preferably two or three times that is required to cover the »legitimate« academic and professional interests of college seniors. Yet the Proportion of young people interested in such advanced instruction falls sharply compared to freshmen year, from two thirds of the age grade to about a quarter. If specialized classes are not to become uneconomically small, a four year multipurpose college must apparently graduate at least a thousand students a year, and preferably twice that. So it takes a geographic area with something like half a million people to sustain a four year college. At the graduate level instruction becomes even more specialized. A multi-purpose university seems to require a regular faculty of 1,000 or more. Yet only a handful are interested in most of the specialities taught at graduate level, and such a faculty can only be justified if it serves a region of several million people. (VII, 30/31/32)

Auf Institutionen bezogen, sah diese Differenzierung in Kalifornien wie folgt aus: ausschließlich an der Ausbildung auf Stufe I waren 70 »nonresidential community colleges«

147

(= »junior colleges«) orientiert; die Ausbildung auf Stufe II wurde hauptsächlich von 16 »state colleges« (vornehmlich »commuters«, einige Wohnheime) wahrgenommen; fast nur an zwei der Hauptbranchen der University of California - Berkeley und UCLA - wurde die Ausbildung auf Stufe III vollzogen. Berkeley und UCLA sind aber nur die beiden Hauptzentren der University of California: es gab 1965 noch drei andere, kleinere Branches (Davis, Santa Barbara, Riverside), und heute sind drei weitere Zweigstellen im Bau- oder Planungsstadium (La Jolla, Irvine, Santa Cruz). Diese 3 bzw. 6 »campuses« legen den Nachdruck jedoch nicht auf die »graduate«-Ausbildung, sondern auf die Vorstufen I und II. Wie schon erwähnt, wird auf den Stufen II und III der jeweilige Unterbau einem Selektionsverfahren unterworfen: in die 2 (bzw. 5 oder 8) »state universities« wird zur Stufe I nur das oberste Achtel und in die »state colleges« nur das oberste Drittel der High School Absolventen (Maßstab: Zensurendurchschnitt) hereingelassen. Erst nach Abschluß der Stufe I ist eine größere Freizügigkeit gewährt: Studenten mit einem Notendurchschnitt von C (ca. 3) können dann von einem »junior college« in ein »state college« bzw. eine »state university« oder von einem »state college« in eine »state university« überwechseln. Die Mehrzahl der Studenten beginnt somit auf der »community college«-Stufe diese wirkt gleichsam als Sieb³⁴ für das ganze System.

34 Burton R. Clark, Soziologe in Berkeley, hat diese Siebfunktion unter dem Stichwort der »cooling out function« untersucht. Seine Beobachtungen gelten auch den »Junior Colleges« in Kalifornien. Seine Ausführungen wurden in einem »Abstract« so zusammengefaßt: »The wide gap found in many democratic institutions between culturally encouraged aspiration and institutionally provided means of achievement leads to the failure of many participants. Such a situation exists in US Higher Education. Certain society units ameliorate the consequent stress by redefining failure and providing for a >soft< denial; they perform a >cooling-out<-function. The junior college especially plays this role. The cooling out process observed in one College includes features likely to be found in other settings: substitute achievement, gradual disengagement, denial, consolation, and avoidance of standards«. Vgl. auch Erving Goffman, *Cooling the mark out. some aspects of adaptation to failure*, in: *Psychiatry*, November 1952, S. 451 ff.

148

Today the majority of California collegians are not at the state university, nor even at the state colleges, but at two year community colleges. In both the community colleges and the state colleges the great majority of students live at home and spend only a few hours a day on campus. Most of these hours are spent passive by listening and writing in class. Both in class and out the atmosphere is so often dominated by lower middle class docility and naivete that the students do not even realize that they are supposed to change while in college. For such students college can be merely a continuation of secondary education [...] They will become better informed and have more academic skills than their parents, but in many cases their social and cultural attitudes will differ only slightly from their parents'. Often these differences would exist even if the students had not gone to college, reflecting changes in secondary education, in the mass media, or in the general ethos of the younger generation. (VII, 88)

Die Auflösung der »residential patterns« hat die Verwandlung und Instrumentalisierung des herkömmlichen Bildungsbegriffs zur Folge: »education is a matter of academic achievements, and the cheapest way to acquire such education is while living at home« (VII, 30). Eine Bindung der Studenten an »ihr« College oder »ihre« Universität besteht in Kalifornien nicht mehr. Die von den Planern durchgesetzten Zulassungsverfahren und die Staffelnung des »transfer systems« lassen solche Identifizierungsformen nicht mehr aufkommen. Im Gegensatz zu privaten Hochschulen, die »transfer«-Studenten nur selten aufnehmen, ist das öffentliche Ausbildungssystem Kaliforniens an die kontinuierliche Wanderung der Studenten geknüpft.

The fact that California makes transferring so easy not only reduces the initial identification of students with their colleges of the moment but sets up a social pattern which discourages identification even among those who intend to stay for four or more years. Taken together, transfers and withdrawals (sometimes for academic reasons, sometimes for economic ones) generate enormous turnover in the membership of a college class [...]. Continuing migration moreover, seems to encourage students to take the same impersonal view of themselves that official institutions do. They come to see their lives in terms of the transcripts they are accumula

149

ting and presenting to one office or another. Their social contacts become an endless series of first acquaintances and impressions leading at once to easy intimacy and a reluctance to get involved with any one. (VII, 64165)

Daß solche Dezentralisierung in der Bundesrepublik sich durchsetzen wird, ist nicht zu erwarten. Dem stehen die überlieferte Konzeption der Hochschule und auch das Standesinteresse der Akademiker, insbesondere derjenigen, die im Unterbau lehren sollen, entgegen; alle diese Faktoren begünstigen die Aufteilung des Studienganges *innerhalb* einer einzigen Institution in ein Grund- und ein Aufbaustudium³⁵ und stehen einer institutionellen Trennung dieser beiden Ausbildungszüge im Wege. Zudem ist der Expansionsgrad des bundesrepublikanischen Ausbildungswesens weit niedriger als der des amerikanischen. Hierzulande wird man sich wahrscheinlich mit Neugründungen von Universitäten behelfen.

35 Siehe die Bemerkungen über die *Empfehlungen des Wissenschaftsrates*, Kapitel II, S. 63 ff.

IV. Schlußbemerkungen über Emanzipation und Indoktrinierung

Technik und technischer Fortschritt sind nicht ablösbar von den Entscheidungen der Wissenschaft; sie gehen aus diesen hervor. Eine Bildungsidee, die von diesem Zusammenhang abstrahiert, ja, ihn zerreißt, führt, wie rasdi oder langsam auch immer, notwendig zur Barbarei; da sie die objektiven Folgen der wissenschaftlichen Forschung nicht hereinholt in die wissenschaftliche Reflexion selbst - und eben diese Reflexion ist das politische Moment der Forschung -, liefert sie alles, was Erkenntnis heißt, der Manipulation aus. Sie entschlägt sich der Verantwortung für die Produkte der Vernunft und den Gebrauch, den die Menschen von diesen Produkten machen. In dem Maße, in dem die Wissenschaft sich nicht mehr als begriffliche Durchdringung der Wirklichkeit und theoretische Aufhellung menschlichen Handelns versteht, unterwirft sie sich unkontrollierten wirtschaftlichen, technischen und politischen Prioritäten. Denn nicht nur der Fortschritt ist machbar, sondern auch seine Richtung. Die akademische Ausbildung hätte die Einsicht in diesen Sachverhalt vorzubereiten. »Wenn Wissenschaft aus der Tugend ihrer positivistischen Strenge die Not macht, praktische Fragen der Beliebigkeit unkontrollierter Werturteile zu überlassen -dann kann Aufklärung einer politisch mündig gesprochenen Öffentlichkeit nicht mehr erwartet werden. Wenn es akademische Bildung überhaupt geben soll, kann sie auf den Resonanzboden der privaten Lebensgeschichte nicht mehr eingeschränkt sein; sie ist durch und durch, politisiert.«¹

Strategien der Absicherung

Solange die Universität sich zur Aufgabe macht, Verfügungswissen zu vermitteln statt Reflexion zu fördern, und Bildung in Jürgen Habermas, *Vom sozialen Wandel akademischer Bildung*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a.a.O., S. 23.

151

als subjektiv sittliche Haltung statt als wissenschaftliche Orientierung von Bewußtsein und Handeln begreift, so lange werden sich die Anstrengungen, die Studenten unter Druck zu setzen, weiter verschärfen. Hand in Hand mit der Funktionalisierung des Wissenschaftsbegriffs und des Studiums geht die ideologische und psychologische Programmierung der Studierenden. Die Konkurrenzsituation erzeugt Angst, und Angst ist einer der Hebel sowohl des amerikanischen als auch des bundesrepublikanischen Ausbildungssystems. Allison Davis hat diesen Zusammenhang ausführlich und genau beschrieben (II)².

Nach Davis sind es insbesondere zwei Faktoren, auf die das Erziehungsmanagement sich stützt, um die formale

Lernbereitschaft zu intensivieren: 1. »anxiety to avoid social punishment«, 2. Angst vor der Enttäuschung im »drive to attain the rewards of social prestige«. Die Angst dieses zweiten Typs »is a most effective motivation toward social learning because it leads to reward. In our social system the instrumental acts to attain prestige rewards are acts of striving [...] It is the striving for reward, for status, the uneasiness lest the reward be not attained, which constitutes the adaptive social function of anxiety. Adolescents with a strongly developed social anxiety, therefore usually strive for the approved social goals most eagerly and learn most successfully. In this sense the most fully socialized individuals are those with the most effective, socially directed anxiety« (11, 146). Angst bewirkt Anpassung; sie ist das gewaltlose Gegenmittel gegen die Emanzipation. Wird sie im Lernprozeß als Druck wirksam, so hält sie die Lernenden auf der Stufe blinder Rezeptivität fest.

Zur Absicherung des Ausbildungsbetriebs und zum systemkonformen Training der Studierenden bieten sich insbesondere zwei Strategien an: 1. die Hochschulpsychiatrie, die dafür sorgt, daß das Verhalten der Studenten und ihre Leistungsfähigkeit unter den Bedingungen der Effektivitätssteigerung »stabil« bleiben, 2. »the design of maximally effective environments for learning«. Beide Strategien können nur

2 Die hier zitierte Literatur ist im Anhang S. 163 aufgeführt.

152

dann wirksam werden, wenn die Studienautonomie eingeschränkt oder völlig abgeschafft ist.

Die Geschichte und die Tendenzen der Hochschulpsychiatrie in der Bundesrepublik lassen sich mit der Entwicklung in den USA durchaus vergleichen (vgl. Kapitel III). In den Jahren zwischen 1930 und 1945 war die Tätigkeit der »college psydiiatry« beschränkt auf Fragen der Leistungsmessung; erst in der Nachkriegszeit wurde sie zu einer anerkannten Hochschulinstitution, die sich mit den neueren »mental health«-Programmen befaßte, in »denen auch der Ansatz der Persönlichkeitsbildung integriert und auf Leistung und Anpassung funktionalisiert wird [...], in denen Persönlichkeitssystem und Hochschulsystem zur Deckung gebracht werden sollen« (111, 145). Die Hochschulpsychiatrie in der Bundesrepublik arbeitet vorläufig noch nach den Prinzipien der frühen amerikanischen Programme; sie hat eine vorwiegend psychotechnische Funktion in dem Sinne, daß sie analog den *Wissenschaftsrats-Empfehlungen - überforderung* und Ineffizienz mindern und Beschränkung und Effizienz im Ausbildungsbetrieb begünstigen hilft (Entspannung, Propagierung des Ausgleichsports, Überprüfung von Wohn- und Arbeitsräumen, Beratung). Eine der zweiten amerikanischen Phase entsprechende Entfaltung der Hochschulpsychiatrie, das heißt: ihre Funktionalisierung im Hinblick auf Anpassungsleistungen auch in nicht-intellektuellen Persönlichkeitsbereichen, »würde erst dann allgemein hervortreten, wenn eine Studienreform im Sinne des Wissenschaftsrates stattgefunden hätte, d. h. mit dem Ausbau des Schülerstatus, dem Verlust der Selbstverantwortung, mit der personalen Betreuung und Erweiterung des >non-academic< Lebensraumes innerhalb der Universität. Erst in dem Maße, wie studentische Selbständigkeit dadurch objektiv beeinträchtigt würde, könnte sich dann eine [...] Persönlichkeitsideologie entwickeln, zu der es jetzt – anders als in den USA [in der Hochschulpsychiatrie. S. L.] – keine Ansätze gibt« (111, 145). Wir werden daher, wie Dörmer schreibt, »darauf zu achten haben, wie in dieser hochschulpolitischen Szenerie nicht sehr neuer Sachlichkeit das Terrain definiert ist, das man der Psychiatrie zur Ausübung

153

kompensatorischer Funktionen zuweisen wird« (111, 141). Inzwischen gibt es bereits erste Versuche, das amerikanische »mental-health«-Programm auf die Verhältnisse an den Universitäten der Bundesrepublik zu übertragen. So definierte jüngst der Psychiater Franke³ studentische Gesundheit ganz im Sinne der neueren amerikanischen Hochschulpsychiatrie als »täglich neu zu leistendes Entsprechen einem spezifischen Erwartungsbild, d. h. Anerkennung der Universität als gegebener Lebenswirklichkeit«; es sei nunmehr »nur noch eine >innere Hochschulreform< der Einzelindividuen erforderlich« (III, 18). Der Domestizierungsprozeß hat begonnen. Daß die wissenschaftlichen Disziplinen, die ihm das Instrumentarium bereitstellen müssen, sich gegen ihn wenden werden, steht nicht zu erwarten; sie selbst sind, seit sie die Kontrolle über die Produkte von Wissen und Arbeit den Administratoren der Gesellschaft überlassen haben, ihm verfallen.

Ähnlich wie mit der Hochschulpsychiatrie steht es mit der Ökonomie des Lernens. Noch sind die Planungen auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik über einzelne Vorschläge nicht hinausgekommen; gleichwohl läßt sich an diesen ablesen, in welcher Richtung geplant wird: Kernpunkt des Kollegienhaus-Plans des Wissenschaftsrates ist die Verbesserung des Lernklimas an den Hochschulen und die Erhöhung der gruppenspezifischen Rezeptivität. Es leidet keinen Zweifel, daß gerade dieser Vorschlag im Zusammenhang mit den *Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums* gesehen werden muß. Beide haben den berufsorientierten Leistungs- und Ausbildungsbetrieb zum Ziel: oberstes Kriterium der Universität ist ihre Effektivität; sie hat sich vor den Erfordernissen der spätkapitalistischen Gesellschaft zu bewähren (I). Doch auch hier ist die resolute Durchsetzung des Leistungsbetriebes und seiner Gesetze die *conditio sine qua non* für die Verwirklichung der Einzelvorschläge. Am Ende dieser Entwicklung steht die kollektive Einübung in Lernbereitschaft

und fraktioniertes Wissen und, bei den technokratischen Spitzenkadern, das »Synthese-Training« - beides womöglich verun

3 M. Franke, *Sozialhygienische Anmerkungen zur Gesundheit der Studenten*, in: *Psyche* 19, 1965, S. 386 ff.

154

den mit ideologischer Indoktrinierung, soweit diese selbst nicht in Widerspruch gerät zu den Funktionsvoraussetzungen gerade dieser Schichten.

Die Frage ist, ob der Leistungsbetrieb, in dem die subjektiven Interessen völlig vom Produktionsziel aufgesogen sind, die Konflikte, die sich aus der Anpassung der Universität an die Bedürfnisse der verwalteten Gesellschaft ergeben, tatsächlich immer rechtzeitig wird ausschwemmen oder neutralisieren können. Die Unterdrückung der Konflikte glückte wohl erst, wenn die Mitglieder der Gesellschaft durch rigide oder subtile Indoktrinierung erfolgreich daran gehindert würden, sich ihrer objektiven Lage bewußt zu werden. Der dann erreichte Zustand wäre der einer relativen Sicherung der materiellen Lebensbedingungen und des gesellschaftlichen Reichtums auf Kosten politischer Entscheidungsmöglichkeiten, ja, um den Preis der Verhinderung der Reflexion auf diese Möglichkeiten. Der autoritäre »Wohlfahrtsstaat«, in dem der Bürger zwar kaum materielle Not leidet, aber subjektiv in politischer Unmündigkeit verharrt, kommt diesem Zustand bedenklich nahe; er ist ein Ausdruck der Nichtübereinstimmung von verwissenschaftlicher Zivilisation und demokratischer Willensbildung, von Theorie und Praxis, an der die Universität heute zu zerbrechen droht. In dem Immobilismus der deutschen Hochschulen reproduziert sich die Erstarrung einer Gesellschaft, die keinerlei Vorstellung von ihrer Zukunft, sondern nur noch das Bedürfnis hat, sich selber am Leben zu erhalten.

Nachbemerkung

Die vorliegende Studie ist ein Versuch, die praktisch erfahrenen Einschränkungen der Lernfreiheit an den Universitäten der Bundesrepublik und der USA darzustellen. Sie kann und will nicht eine detaillierte Analyse des Zusammenhangs von Universität, Wissenschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik sein. Sie hat den Charakter einer Streitschrift. Für Beratung und Kritik habe ich Reiner Geulen, Susanne Kleemann, Wolfgang Nitsch, Rudolf Sinz und Walter Weller zu danken.

S. L.

Bibliografien

Bibliographie zu den Kapiteln I und II

(I) Heribert Adam, *Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik*, Frankfurt 1965

(II) Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*, Amsterdam 1947

(III) Elmar Altvater, *Krise und Kritik. Zum Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungs- und Wissenschaftspolitik*, in: *Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule* (Hrsg. Stephan Leibfried), Köln 1967, S. 52 ff.

(IV) Paul A. Baran/Paul M. Sweezy, *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, Frankfurt/M. 1967

(V) Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre, Bernd Rabehl, *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*, Reinbek bei Hamburg 1968

(VI) Margherita von Brentano, *Politikum wider Willen. Zur gegenwärtigen Lage der Universität*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a. a. O., S. 373 ff.

(VII) Hans Dichgans, *Abitur mit achtzehn Jahren*. Manuskript eines Vortrags, gehalten vor dem Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft am 2. 10. 1966

(VIII) Hans Dichgans, *Erst mit dreißig im Beruf? Vorschläge zur Bildungsreform*, Stuttgart 1965

(IX) Elmar Freund, *Forschung, der dritte Faktor*, Stuttgart 1967

(X) Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Bericht 1957/1967 (XI) André Gorz, *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*, Frankfurt/M. 1967

(XII) Herbert Gross, *Neues Wirtschaftsdenken - Erfolg durch Marketing*, Düsseldorf 1967

(XIII) Jürgen Habermas, *Zwangsjacke für die Studienreform. Die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a. a. 0., S. 86 ff.

(XIV) Jürgen Habermas, *Universität in der Demokratie Demokratisierung der Universität*, in: *Merkur*, Mai 1967, S. 4 16 ff.

(XV) *Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg*. Empfehlung

159

gen zur Reform der Struktur und Organisation der wissenschaftlichen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kunsthochschulen, Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen, Bericht des Arbeitskreises Hochschulgesamtplan beim Kultusministerium Baden-Württemberg, Juli 1967

(XVI) Wolfgang Lefèvre, *Möglichkeiten für die Hochschulpolitik des SDS*, in: *neue kritik* 3 813 9, Oktober/Dezember 1966, S. 27 ff

(XVII) Peter Müller, *Zementierung. Bemerkungen zu den Ausbauempfehlungen des Wissenschaftsrates bis 1980*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a. a. 0., S. 367 ff

(XVIII) Klaus Meschkat, *Auf Sand gebaut? Gedanken zur neuen Universität*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a. a. 0., S. 25 ff.

(XIX) *Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule - Autonome Universität*, Protokoll Nr. 26 der Tagung vom 24. Juli 1967 des Bergedorfer Gesprächskreises zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Hamburg 1967

(XX) Knut Nevermann, *Studienreform als politische Bildung*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a. a. 0., S. 291 ff.

(XXI) Knut Nevermann (Hrsg.), *Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie*, Köln 1967

(XXII) Wolfgang Nitsch, Claus Offe, Uta Gerhardt, Ulrich K. Preuß, *Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universitäten*, Neuwied und Berlin 1965

(XXIII) Friedhelm Nyssen, *Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten »Neuordnung des Studiums«*, in: *Wider die Untertanenfabrik*, a. a. 0., S. 97 ff.

(XXIV) Claus Offe, *Bildungsökonomie und Motive der Bildungspolitik. Statt einer Rezension von Friedrich Eddings Buch »Ökonomie des Bildungswesens«*, in: *neue kritik* 35, April 1966, S. 32 ff.

(XXV) Ludwig Raiser, *Die Aufgaben des Wissenschaftsrates* Köln und Opladen 1963

(XXVI) *Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Wissenschaftsrates 1961 bis 1964*, erstattet von Prof. Dr. Ludwig Raiser, Köln und Opladen 1965

(XXVII) Helmut Schelsky, *Einsamkeit und Freiheit, Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen*, Reinbek bei Hamburg 1963

(XXVIII) Matthias Schmitt, *Die Industrieinvestitionen im Aus*

160

land, in: *Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen*, 18. Jg., 1967, S. 709 ff

(XXIX) Wolfgang Schöne, *Kampf um die deutsche Universität*, Hamburg 1966

(XXX) *Der Spiegel*, 6.10.1965, Nr. 41, *Wir kaufen die ganze deutsche Industrie. Report über amerikanische Investitionen in der BRD.*

(XXXI) *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970*, Bonn 1967

(XXXII) *Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen*, Bonn 1966 Bibliographie zu Kapitel III

(I) Bettina Aptheker, *Big Business and the American University*, New York 1966

(II) Burton R. Clark und Martin Trow, *The Organizational Context*, in: *College Peer Groups* (Th. M. Newcomb und E. K. Wilson Eds.), Chicago 1966

- (III) Klaus Dörner, *Die Hochschulpsychiatrie. Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulforschung, Stand und Kritik*, Stuttgart 1967
- (IV) Hal Draper, *Berkeley. The New Student Revolt* (mit einem Vorwort von Mario Savio), New York 1965
- (V) Erving Goffman, *Asylums. Essays an the social situation of mental patients and other inmates*, New York 1961
- (VI) Lothar Hack, *Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit*, in: *neue kritik* 41 (April 1967)
- (VII) Christopher Jencks, *Notes an Higher Education in California*, Manuskript, Institute for Policy Studies, Washington, D. C. 1965
- (VIII) Clark Kerr, *Industrialism and Industrial Man. The Problems of Labor Management in Economic Growth*, Cambridge 1960
- (IX) Clark Kerr, *The Uses of the University, The Godkins Lectures at Harvard University* 1963, Cambridge 1964
- (X) Allen Krebs, *Universities in: Treason*. Quarterly of the Free School of New York, Summer 1967, Vol. 1, No. 1, S. 5 ff.
- (XI) Seymour Martin Lipset, *University Students and politics in Underdeveloped Countries*, in: *Comparative Education Review*, Bd. 10, Na. 2 (Juni 1966), S. 132 ff.
- (XII) Seymour Martin Lipset und Philip G. Altbach, *Student Politics and Higher Education in the United States*, wie XI, S. 320 ff. 162

Bibliographie zu Kapitel IV

- (I) Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre, Bernd Rabehl, *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*, Reinbek bei Hamburg 1968
- (II) Allison Davis, *Socialization and Adolescent Personality*, in: *Readings in Social Psychology*, New York 1947, S. 139 ff
- (III) Klaus Dörner, *Die Hochschulpsychiatrie. Sozialpsychiatrischer Beitrag zur Hochschulforschung, Stand und Kritik*, Stuttgart 1967